



Stenografischer Bericht

26. Sitzung

am Dienstag, dem 23. September 2003,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

TOP 1

Erste Beratung

a) **Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004**

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 4/1022

b) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004 - HG 2004)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 4/1023

Minister Herr Prof. Dr. Paqué.....	1893
Herr Dr. Püchel (SPD)	1901
Herr Scharf (CDU)	1909
Frau Dr. Sitte (PDS).....	1918
Herr Lukowitz (FDP)	1925
Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer.....	1928
Herr Bullerjahn (SPD)	1932

Ausschussüberweisung	1935
----------------------------	------

Beginn: 15.04 Uhr.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Meine Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 26. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der vierten Wahlperiode. Dazu begrüße ich Sie, verehrte Anwesende, auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen nunmehr die 14. Sitzungsperiode fort. Wir beraten heute vereinbarungsgemäß **Tagesordnungspunkt 1:**

Erste Beratung

a) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/1022**

b) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz 2004 - HG 2004)

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/1023**

Meine Damen und Herren! Beide Gesetzentwürfe werden zunächst vom Minister der Finanzen eingebracht. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 255 Minuten vereinbart, also Redezeitstruktur G. Zur Reihenfolge der Fraktionen und zu den einzelnen Redezeiten werde ich mich vor der Eröffnung der Debatte äußern.

Ich erteile nun Herrn Minister Professor Dr. Paqué das Wort zur Begründung des Entwurfs des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 sowie des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2004. Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

Herr Prof. Dr. Paqué, Minister der Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vor Ihnen liegen der Entwurf der Landesregierung für den Haushaltsplan 2004 und die mittelfristige Finanzplanung der Landesregierung für die Jahre 2003 bis 2007. Beide Dokumente, Haushaltsplan und mittelfristige Finanzplanung, sind unter schwierigsten Rahmenbedingungen aufgestellt worden. Mit beiden setzt die Landesregierung ihren Kurs der finanzpolitischen Konsolidierung konsequent fort. Allerdings muss an dieser Stelle auch klar gesagt werden, dass die wirtschaftliche Lage in Deutschland dramatisch ist und was dies für uns in Sachsen-Anhalt bedeutet.

Seit nunmehr beinahe drei Jahren befindet sich Deutschland in einer Rezession. Die Wachstumsraten bewegen sich nahe Null. In der ersten Hälfte dieses Jahres gab es sogar eine negative Wachstumsrate; die deutsche Wirtschaft schrumpfte. Dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nicht nur den konjunkturellen Widrigkeiten geschuldet, die jede Volkswirtschaft von Zeit zu Zeit treffen. Nein, die Wachstumsmisere ist vor allem das Ergebnis jahrelang verschleppter Reformen, wie alle externen Beobachter, bis hin zur OECD, einstimmig feststellen. Dafür trägt in erster Linie die Bundesregierung die Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Folge dieser bundesweiten Entwicklung waren und sind verheerende Einbrüche bei den Steuereinnahmen. Dem konnte sich auch das Land Sachsen-Anhalt nicht

entziehen. Die Steuerschätzer mussten inzwischen ihre Prognosen zum fünften Mal in Folge nach unten korrigieren. Das hat es in dieser Form noch nie gegeben. Die Steuerschätzung im Mai 2003 korrigierte die Vorhersage für das Steueraufkommen für das Jahr 2004 um ganze 470 Millionen €. Das sind fast 5 % des gesamten Haushaltsvolumens.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Um die Dramatik der Situation bei den Steuereinnahmen zu verdeutlichen, möchte ich einige Zahlen nennen. Im Haushaltsplanentwurf 2004 sind Einnahmen aus Steuern, aus dem Länderfinanzausgleich und aus so genannten Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von 5,31 Milliarden € eingestellt. Das sind jene Einnahmen, die von der deutschlandweiten Entwicklung des Steueraufkommens maßgeblich beeinflusst werden. Diese Einnahmen liefern das steuerliche Fundament, auf dem der Landeshaushalt stehen muss.

5,31 Milliarden € im Jahr 2004 - dies entspricht ziemlich genau dem, was im Jahr 1995, also neun Jahre zuvor, wenn man es aufgrund der Haushaltspläne berechnet, eingestellt werden konnte. Damals waren es 5,28 Milliarden €. Wir sind also, was das Steueraufkommen betrifft, bei einer Größenordnung angelangt, die wir Mitte der 90er-Jahre hatten, und dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei einem Anstieg des Preisniveaus und damit natürlich des allgemeinen Kostenniveaus seit 1995 um 12 %, bei einem linearen Anstieg der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst in Deutschland insgesamt von 14,3 % und bei einer zusätzlichen Steigerung der Löhne und Gehälter von 12,8 % in den neuen Ländern aufgrund der Ost-West-Angleichung.

Meine Damen und Herren! Mir wird gelegentlich von der Opposition vorgehalten: Herr Paqué, stellen Sie sich doch nicht so an. Steuerausfälle hat es immer gegeben. Auch wir - die frühere Regierung - mussten schließlich damit fertig werden. Das gehört doch zum normalen Regierungsgeschäft. Das ist doch halb so schlimm. Das ist ganz normal.

Dazu kann ich, an die Opposition gerichtet, nur sagen: Vom Jahr 1995 - dem ersten Jahr Ihrer Regierungszeit - bis zum Jahr 2000 sind mit einer kleinen Ausnahme im Jahr 1997 die kassenmäßigen Einnahmen aus Steuern, aus dem Länderfinanzausgleich und aus Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen in jedem Jahr gestiegen. Im Jahr 2000 waren sie um rund 500 Millionen € höher als im Jahr 1995. Erst im Jahr 2001 kam es zu einem geringen Rückgang um 50 Millionen € und erst im Jahr 2002 - als es den Regierungswechsel gab - folgte dann der völlige Absturz deutschlandweit. In unserem Haushalt bedeutete das 660 Millionen € weniger als im Jahr 2001.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einen derartigen Einbruch der Einnahmen hat es nie zuvor gegeben. Die Erholung seither - seit dem Jahr 2002 - ist minimal. Sie liegt weit unter den Erwartungen. Das zeigt sich auch in den Steuerschätzungen.

Es ist also völlig klar und darüber kann man eigentlich vernünftigerweise gar nicht diskutieren, dass wir insoweit eine besondere Situation haben, in der wir uns seit zwei bis drei Jahren befinden. Ich empfinde es gelegentlich als ein wenig zynisch, wenn die Opposition hier so tut, als seien das ganz normale Entwicklungen. Das, was wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben, sind keine normalen Entwicklungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Zahlen belegen, dass die Landesregierung die Entwicklung nicht dramatisiert. Die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung natürlich bewusst und mit dem Haushaltsplanentwurf 2004 hat die Landesregierung das Nötige getan, um auch unter diesen widrigsten Umständen die Konsolidierung der Finanzen in unserem Land voranzutreiben. Aus dieser katastrophalen finanziellen Ausgangssituation heraus war schon ein großer, ein enormer Kraftakt nötig, um die Nettokreditaufnahme im Haushaltsplanentwurf 2004 auf 949 Millionen € zu begrenzen.

Meine Damen und Herren! Es ist übrigens nicht nur das Wegbrechen der Einnahmen, was die Haushaltsaufstellung erschwert hat. Es ist vor allem auch die Unsicherheit über die weitere Einnahmeentwicklung. Diese steht im Zusammenhang mit der steuerpolitischen Diskussion auf Bundesebene. Dabei geht es um das Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform und um deren Gegenfinanzierung. Würde die Bundesregierung - was sie offenbar plant - das Vorziehen zum Großteil durch eine zusätzliche Kreditaufnahme finanzieren, so würde wahrscheinlich auch Sachsen-Anhalt zu einer verstärkten Kreditaufnahme gezwungen.

Die Landesregierung konnte in ihrem Haushaltsplanentwurf 2004 diese steuerpolitischen Vorhaben noch nicht berücksichtigen. Es wäre ein Vorgehen auf allzu ungewisse Entwicklungen gewesen, da hierzu noch die Behandlung im Bundesrat und gegebenenfalls im Vermittlungsausschuss folgen wird. Ich sage hier für die Landesregierung, dass das, was die Bundesregierung bisher plant, nicht akzeptabel ist, weil es dieses Land in noch größere finanzielle Schwierigkeiten als die stürzen würde, die wir ohnehin schon haben.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Ähnliches gilt für die Gemeindefinanzreform, wie sie von der Bundesregierung geplant ist, einschließlich der Neuordnung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe. Die Bundesregierung will die Gemeinden entlasten, was im Grundsatz, in der Richtung gut und richtig ist, wobei das Projekt, wie es jetzt auf dem Tisch liegt - die Gemeindefinanzreform -, aus ordnungspolitischen Gesichtspunkten nicht akzeptabel ist. Die Bundesregierung will aber die Finanzierung dieser Entlastung auf die Länder schieben. Eine Gemeindefinanzreform, an deren Ende die finanzielle Entlastung der Gemeinden durch die finanzielle Belastung der Länder finanziert wird, das ist keine wirkliche Reform, das ist eine reine Umverteilung, ein Hin- und Hergeschiebe. Das werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Die Bundesregierung versucht offenbar, einen Keil zwischen Länder und Kommunen zu treiben. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass dies nicht geschieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einbrüche auf der Einnahmenseite, Unsicherheiten auf der Einnahmenseite, das ist die eine Seite. Die andere sind die zusätzlichen Belastungen auf der Ausgabenseite, die wir im Jahr 2004 zu schultern haben.

Die Landesregierung muss im Jahr 2004 eine Altlast der früheren Landesregierung abtragen, und zwar den Großteil der aufgelaufenen Arbeitszeitkonten der Lehrer. Die alte Landesregierung hatte in großem Stil die Bezahlung

erbrachter Leistungen der Lehrer durch die Bildung von Zeitkonten in die Zukunft verschoben. Das war eine Form der versteckten Kreditaufnahme, die so nicht weitergehen durfte.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Das haben wir immer gesagt und wir haben danach gehandelt. Im neuen Lehrertarifvertrag, der im Frühjahr 2003 in Kraft getreten ist, sind die Modalitäten der Auszahlung der Arbeitszeitkonten geregelt. Inzwischen hat sich die Mehrzahl der Lehrer in freier Entscheidung für eine vollständige Auszahlung im Jahr 2004 entschieden. Dadurch kommt es zu einmaligen Mehrausgaben von 260 Millionen €, denen wir nicht ausweichen können und denen wir nicht ausweichen wollen, weil wir es für richtig halten, dass dieses üble Kapitel zu einem Ende kommt.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Ich bitte aber zu bedenken, dass ohne diese einmaligen Mehrausgaben die Nettoneuverschuldung deutlich niedriger läge, bei unter 700 Millionen €.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Berücksichtigt man diese miserablen Rahmenbedingungen, so werte ich es als einen Erfolg der Landesregierung, dass wir einen Haushaltsplanentwurf vorlegen können, der die verfassungsrechtlichen Vorgaben für die Höhe der Nettoneuverschuldung wahrt. Die Nettoneuverschuldung des Landes Sachsen-Anhalt wird im Jahr 2004 949 Millionen € betragen.

Wir sind nicht glücklich über die absolute Höhe dieser Nettoneuverschuldung. Das will ich hier noch einmal ganz klar sagen. Wir hätten uns natürlich eine niedrigere Nettoneuverschuldung gewünscht, aber unter den gegebenen Umständen haben wir die Grenzen des Möglichen erreicht.

An dieser Stelle sei der Hinweis gestattet, dass nicht alle Länder Haushaltsplanentwürfe vorgelegt haben, die den verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechen. Ich wage auch die Vorhersage, dass neben dem Bund bis auf ganz wenige Ausnahmen alle Bundesländer erhebliche Schwierigkeiten haben werden, die Verfassungsgrenze bei der Nettokreditaufnahme einzuhalten. Einige Länder haben sogar bereits in diesem Jahr die Verfassungsgrenze bei der Nettokreditaufnahme überschritten. Dies dokumentieren die jeweils vorgelegten Nachtragshaushalte.

Erlauben Sie mir auch, darauf hinzuweisen, dass der Regierungsentwurf einen Rückgang des Haushaltsvolumens um 1,7 % enthält. Die Summe aller Ausgaben nimmt also um 1,7 % ab, und zwar schon bereinigt um die Hochwasserhilfen, die im Jahr 2003 besonders stark zu Buche geschlagen sind. Wenn man diese noch mit in Rechnung stellte, dann wäre es natürlich dem Betrage nach ein nach oben verzerrter Rückgang um 5 %.

Auch wenn ich mir bewusst bin, dass das Haushaltsvolumen aus eher technischen Gründen Schwankungen unterworfen ist und deswegen die Aussagekraft dieser Maßzahl natürlich relativiert werden muss, so bleibt doch festzuhalten: Eine Abnahme der Ausgaben um 1,7 % ist ein klarer Konsolidierungskurs. Der Finanzplanungsrat hat den Ländern eine Ausgabensteigerung von höchstens 1 % als Beitrag zur Erfüllung der Vorgaben des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorge-

geben. Mit einem Rückgang der Ausgaben um 1,7 % ist diese Vorgabe mehr als erfüllt.

Dass wir in Sachsen-Anhalt weiterhin einen konsequenten Konsolidierungskurs verfolgen, zeigt sich im Übrigen auch an dem Anteil der Ausgaben, die rechtlich verpflichtend gebunden sind. Dieser Anteil ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. 1995 betrug er rund 91 %. Für 2004 liegt er bei 99,1 %. Das heißt, weniger als 1 % dieses Haushalts oder nur rund 90 Millionen € sind rechtlich noch nicht gebunden.

Wir sind bei unseren Einsparbemühungen damit an eine Grenze gestoßen, die nur durch Eingriffe in Rechtsverpflichtungen verändert werden kann. Das zeigt übrigens auch, wie abwegig jene argumentieren, die der Meinung sind, Sparmaßnahmen von fast 0,5 % des gesamten Haushaltsvolumens bewegten sich in Größenordnungen, die man getrost vernachlässigen könne.

Ich denke da an die Initiatoren des Volksbegehrens gegen das Kinderförderungsgesetz. Einer von ihnen hat in der Presse sinngemäß verlauten lassen, dass Einsparungen in Höhe von 45 Millionen € - darum geht es in der Größenordnung bei dem Kinderförderungsgesetz - bei einem Haushaltsvolumen von 10 Milliarden € eigentlich nicht der Rede wert seien.

Ich stelle fest: 45 Millionen € sind die Hälfte dessen, was wir im Haushalt 2004 noch an freien Mitteln zur Verfügung haben. Müssten wir diese 45 Millionen € an anderer Stelle zusätzlich einsparen, dann könnte dies alternativ bedeuten, dass es keinerlei Landesfinanzierung für Theater und Orchester mehr geben würde oder dass die Hochschulen des Landes künftig nicht mehr auf 10 %, sondern 25 % ihrer Mittel verzichten müssten oder dass alle freiwilligen Programme des Sozialministeriums gestrichen werden müssten, und zwar nicht zuletzt auch Mittel für Investitionen in Kindertagesstätten, Zuschüsse für die Verbraucherberatung, für die Förderung von Beratungsstellen usw. usf. Wer das will, muss das offen sagen; denn 45 Millionen € sind eben doch eine Menge Geld.

Hinter solchen Rechenbeispielen steht eine ganz einfache Grundsatzfrage, der wir nicht ausweichen können und die wir öffentlich diskutieren müssen. Wir können nicht weiter auf Kosten zukünftiger Generationen leben. Wir können das schon gar nicht in Sachsen-Anhalt, dem Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Schuldenstand aller neuen Länder.

Deshalb bedeutet jeder Vorschlag, an einer Stelle des Haushalts nicht zu sparen, den Verzicht auf Ausgaben an einer anderen Stelle. Dies muss dann auch konkret benannt werden und darüber müssen wir öffentlich diskutieren. Es geht hierbei um politische Prioritäten, um das Abwägen von Zielen und nicht um einseitiges Gengeld über Kürzungen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Haushaltsplanentwurf 2004 ist von Schwerpunkten geprägt, die ich mit folgenden drei Schlagworten umschreiben will: erstens Konsolidierung, und zwar vorrangig durch das Absenken konsumtiver Ausgaben, insbesondere im Personalbereich, zweitens Schonung investiver Ausgaben und drittens Stabilisierung der Landeszuweisungen an die Kommunen.

Zum Personal. Die Personalausgaben stellen mit Abstand den größten Ausgabenblock unseres Haushalts dar. Sie sind daher mittel- und langfristig die entschei-

dende Stellschraube für das Gelingen der Landesfinanzen und für das Erreichen unserer Konsolidierungsziele.

Die Landesregierung hat im August 2002 ein ehrgeiziges Konzept zum Personalabbau aufgestellt. Wir streben an, den Personalbesatz im öffentlichen Dienst des Landes mittelfristig auf den Durchschnitt der westdeutschen Länder zu senken. Das Ziel sind 21,6 Beschäftigte pro 1 000 Einwohner, wobei es nicht exakt diese Zahl zu erreichen gilt; das will ich nur noch einmal einschieben. Es wird wahrscheinlich noch einer größeren Einsparung bedürfen; denn wenn wir diese Zahl erreicht haben, dann sind die westdeutschen Länder wieder ein Stück weiter. Aber das ist unsere Orientierungsmarke. Man braucht in der Politik Orientierungsmarken.

Im Durchschnitt werden wir in dieser Legislaturperiode pro Jahr etwa 2 400 Stellen abbauen. Bisher wurde dieses Konzept konsequent umgesetzt und der geplante Stellenabbau wurde vollzogen.

Mit Beginn des Haushaltsjahres 2003 wurde für die gesamte Landesverwaltung ein Einstellungsstopp verhängt. Zudem dürfen keine Beförderung, keine höheren Eingruppierungen und keine höheren Einstufungen vorgenommen werden. Ausnahmen sind nur bei unabweisbarem Bedarf möglich und bedürfen der Zustimmung des Ministerpräsidenten. Ich denke etwa an die Einstellung von Lehrern in Mangelberufen.

Sämtliche Personalabgänge im Rahmen der natürlichen Fluktuation tragen also zur Einsparung von Personalausgaben bei. Noch höhere Einsparungen durch Personalabbau wären folglich nur dann möglich, wenn etwa durch betriebsbedingte Kündigungen die Zahl der Bediensteten über die natürlichen Abgänge hinaus zusätzlich verringert werden würde. Derart strenge Maßnahmen zur Personalverringerung hat es in Sachsen-Anhalt noch nicht gegeben, mit Sicherheit nicht unter der Vorgängerregierung, die hierzu eine sehr magere Bilanz vorzuweisen hat.

Die Einhaltung dieser Vorgaben wird vom Ministerium der Finanzen in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei strikt kontrolliert und überprüft.

Ich möchte an dieser Stelle, ohne in irgendwelche Euphorie zu verfallen, doch meine Genugtuung darüber zum Ausdruck bringen, dass die Unkenrufe aus den Oppositionsreihen, die uns im Plenum und im Finanzausschuss permanent begleitet haben - das ist das gute Recht der Opposition -, eigentlich nicht begründet waren. Wir werden in diesem Jahr unsere Ziele erreichen. Wir werden die Weichen so stellen, dass wir im Personalbereich auch in den künftigen Jahren unsere Einsparziele erreichen werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Personalausgaben sind im Haushaltsplanentwurf 2004 mit rund 2,8 Milliarden € veranschlagt. Zwar ist dies eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 145,2 Millionen €. Doch diese Steigerung ist allein der Auszahlung der Lehrerarbeitszeitkonten in Höhe von 260 Millionen € geschuldet. Das - ich kann es nicht oft genug betonen - ist in der Tat das Abarbeiten einer Erblast.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle etwas detailliertere Ausführungen zu den Personalkosten zu machen, zumal in der letzten Woche in der Presse eine Berechnung von Herrn Gallert, der leider nicht anwesend ist, zur Ver-

anschlagung der Personalausgaben veröffentlicht wurde, die mindestens nicht ganz korrekt war.

Neben der Auszahlung der Lehrerarbeitszeitkonten sind Mehrausgaben im Personalbereich in Höhe von rund 100 Millionen € für Tarifversteigerungen aus der letzten Tarif- und Besoldungsrunde zu berücksichtigen. Meine Damen und Herren, Sie wissen, da gab es kräftige Steigerungen, deren Auswirkungen auf den Haushalt wir eigentlich gar nicht verkraften können. An dieser Stelle müssen wir noch die daraus resultierende Absicherung der Personalausgaben der Hochschulen und die Steigerung bei den Versorgungsbezügen hinzurechnen.

Zur Senkung der Personalkosten haben zunächst zwei eher technische Faktoren beigetragen, die für sich genommen nichts mit einer Sparleistung zu tun haben. Zum einen wird zum Dezember 2004 der Auszahlungszeitpunkt der Angestelltengehälter verschoben. Die Sozialausgaben müssen dann erst im Folgejahr gezahlt werden. Dies führt zu einer Einsparung von Höhe von 60 Millionen €. Der geltende Tarifvertrag im öffentlichen Dienst hat hinsichtlich des Zahlungszeitpunktes der Angestelltengehälter Flexibilität zugelassen. Die Landesregierung hat sich dafür entschieden, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, wie es übrigens eine ganze Reihe anderer Länder auch getan hat; ich will sie hier nicht nennen. Es deutet sich an, dass wohl fast alle Länder in diese Richtung gehen werden und den Zahlungszeitpunkt verändern werden.

Zum anderen ergibt sich aus der Umgestaltung des Landesamtes für Verbraucherschutz in einen LHO-Betrieb eine Verschiebung von 23,6 Millionen € Personalausgaben aus der Hauptgruppe 4 in die Hauptgruppe 6 - haushaltstechnisch gesprochen. Das sind keine echten Einsparungen. Das sind haushaltstechnische Veränderungen.

Echte Einsparungen ergeben sich im Haushaltsplanentwurf 2004 gegenüber dem Haushaltsplan 2003 aus den Auswirkungen des Stellenabbaus, aus dem Wegfall des Urlaubsgeldes und der Kürzung des Weihnachtsgeldes für Beamte sowie aus einer allfälligen Verkürzung der Arbeitszeit für Angestellte, über die derzeit konstruktiv mit den Gewerkschaften verhandelt wird. Ich habe in der letzten Woche angedeutet, dass wir hier Parallelität anstreben.

Wir muten den Beamten Opfer zu. Wir haben in diesem Haushaltsplanentwurf die Sonderzuwendung Weihnachtsgeld gekürzt und das Urlaubsgeld abgeschafft - wie viele andere Länder auch - und wir wollen durch Arbeitszeitverkürzung eine entsprechende Personalkostenentlastung auf der Angestelltenseite erzielen. Ich kann an dieser Stelle sagen, dass die Gespräche hierzu laufen. Sie laufen konstruktiv, sodass wir die Hoffnung haben, hierbei zu vernünftigen, den Haushalt entlastenden Ergebnissen zu kommen.

Das gesamte Einsparvolumen infolge dieser Maßnahmen beläuft sich auf 135 Millionen €. Es sind also beträchtliche Personaleinsparungen, die wir, die Landesregierung, im Haushaltsplanentwurf 2004 als Minderausgaben veranschlagt haben. Bei einer realistischen Betrachtung macht es überhaupt keinen Sinn, mehr zu fordern. Wir haben das vorhandene Einsparpotenzial voll ausgenutzt.

Die gelegentlich geäußerte Forderung, wir müssten in diesem Bereich die Anstrengungen noch erheblich verstärken, sind für mich nicht nachvollziehbar. Wer so argumentiert, der redet - das muss er klar sagen - betriebs-

bedingten Kündigungen das Wort. Das muss dann auch offen ausgesprochen werden.

Wir, die Landesregierung, nutzen alle Möglichkeiten des Personalabbaus. Wir versuchen jedoch, möglichst ohne betriebsbedingte Kündigungen auszukommen. Wir wollen die Senkung der Personalkosten möglichst im Konsens aller Beteiligten erreichen und nicht in einer Atmosphäre der Konfrontation, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Lassen Sie mich abschließend zum Thema Personalkosten eines ausdrücklich betonen: Personalabbau heißt nicht, Personal sparen um jeden Preis. Es heißt vielmehr: umfassende Abgabekritik in der Landesverwaltung, Neuorientierung vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf neue Aufgaben, Strukturwandel im weitesten Sinn.

Wir, die Landesregierung, sind wie ein privates Unternehmen dabei, unsere interne Organisation und unser externes Leistungsangebot zu überprüfen. So - und nur so - werden wir in der Lage sein, bei abnehmendem Personalbestand die Kernaufgaben des Staates effizient zu bewältigen. Nur so können wir auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Zukunft im Landesdienst sichern und die Motivation erhalten und aufbauen, die wir dringend brauchen.

Wir wissen, dass wir derzeit den Beamten und Angestellten einiges zumuten; aber wir brauchen eine Perspektive für die Zukunft, damit in Sachsen-Anhalt ein effizienter öffentlicher Dienst entsteht, der seine Aufgaben erfüllt und der dafür auch vernünftig vergütet bzw. besoldet wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich komme nun zu den Investitionen. Die Investitionen in unserem Land sind für die regierungstragenden Parteien CDU und FDP von hoher politischer Priorität. Das ist immer wieder gesagt worden; ich brauche das nicht besonders zu betonen. Mit dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf ist es uns gelungen, die Investitionsausgaben auf einem relativ hohen Niveau zu halten.

(Frau Budde, SPD: Oh!)

Mit einer Investitionsquote von 18,6 % im Jahr 2004 legen wir ein sehr respektables Ergebnis vor.

(Frau Budde, SPD: Das ist hoch, Herr Professor Paqué! Das hätte ich aber gern einmal in den anderen Jahren gehört!)

Noch immer liegt in unserem Land die Investitionsquote über dem Niveau der westdeutschen Länder, und zwar sehr deutlich.

(Lachen bei der SPD)

Gleichwohl kann sich Sachsen-Anhalt dem bundesweiten Trend sinkender Investitionsquoten nicht entziehen. Dies hängt auch mit der Sparpolitik zusammen, die in fast allen Bundesländern in Deutschland durchgesetzt werden muss.

(Unruhe bei der SPD und bei der PDS - Zuruf von Frau Budde, SPD)

- Liebe Frau Budde, wenn Sie mir, statt endlos dazwischenzureden, erklären, wie wir die konsumtiven Ausgaben, insbesondere im Personalbereich, noch weiter, schneller und konsequenter senken können, als wir das

schon tun, nachdem Sie jahrelang überhaupt nichts getan haben, dann bin ich gern bereit, über eine höhere Investitionsquote mit Ihnen zu reden.

(Starker Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank - Frau Budde, SPD: Herr Paqué, hören Sie doch auf, Märchen zu erzählen! Bleiben Sie doch einmal bei den realen Zahlen! 18 % ist richtig toll im Verhältnis zu den letzten Jahren!)

- 18,6 % - das ist unter den gegebenen Umständen ein respektables Ergebnis.

(Frau Budde, SPD: Fragen Sie einmal Ihre Fraktionskollegen, was die davon gehalten hätten, wenn das an anderer Stelle gekommen wäre! Da brauchen wir nicht einmal in die Reden hineinschauen! - Oh! bei der CDU und bei der FDP)

- Frau Budde, die endlosen Hintergrundgeräusche, die Sie machen, tragen wenig zu einer sachlichen Debatte bei.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Frau Budde, SPD: Sie sollten vielleicht zuhören! Manchmal sage ich auch etwas Wesentliches! Wir sitzen hier nämlich nicht im Hörsaal, wo alle anächtig lauschen müssen!)

Meine Damen und Herren! Das sage ich jetzt direkt an Sie gerichtet, Frau Budde: In der Zukunft wird es in dieser Hinsicht noch schwieriger werden.

(Frau Budde, SPD: Noch niedriger!)

- Jawohl, Frau Budde. Wir müssen den Realitäten ins Auge sehen, auch Sie.

(Frau Budde, SPD: Neuerdings, Herr Paqué! Neuerdings!)

Ich hörte, dass es ein internes Papier Ihres Kollegen Bullerjahn gibt, in dem die mittelfristigen Perspektiven des Landes in durchaus realistischer Form dargestellt werden.

(Frau Budde, SPD: Das ist gut! Sie haben das anscheinend nicht!)

Haben Sie Frau Budde schon eine Kopie gegeben?

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei der CDU - Frau Budde, SPD: Haben Sie das schon?)

Die Situation wird in der Zukunft eher noch schwieriger, und zwar vor allem durch den Rückgang von Zuweisungen aus dem Solidarpakt II. Hieran wird besonders deutlich, welche Bedeutung der nachhaltigen Senkung der konsumtiven Ausgaben zukommt. - Jetzt, da wir den Punkt erläutern, hört Frau Budde nicht mehr zu. - Nur bei deren Begrenzung werden finanzielle Spielräume für staatlich finanzierte Investitionen erhalten bleiben bzw. neu entstehen können.

Wichtig war uns bei der Haushaltsaufstellung vor allem auch, dass die vorgesehenen Investitionsausgaben die Bindung von Drittmitteln sicherstellen, und zwar sowohl der bereitgestellten Bundesmittel als auch der EU-Mittel. Dies geschah und dies geschieht unter anderem durch ein systematisches Überprüfen der EU-finanzierten Programme. Die Landesregierung bedient sich dabei der ressortübergreifenden Clearingstelle. Diese Clearingstelle steuert und überwacht die EU-Förderpolitik in Sachsen-Anhalt. Sie wertet regelmäßig aktuelle Entwick-

lungstendenzen aus und setzt sie in strukturelle Veränderungen um.

Als Ergebnis gab es Umschichtungen innerhalb der Förderschwerpunkte. Programme, für die nur ein geringer Bedarf bestand, wurden zugunsten stärker frequentierter Maßnahmen umgeschichtet. Dabei lag die politische Priorität bei der Aufstockung von Mitteln für die Verkehrsinfrastruktur sowie für Forschung und Entwicklung. Weitere Änderungen des derzeit gültigen Operationellen Programms wird es im Ergebnis der Halbzeitbewertung geben, die bald ansteht.

Meine Damen und Herren! Wenn wir über Investitionen reden und auch über eine Investitionsquote, die nicht mehr so hoch sein kann wie in den frühen 90er-Jahren, dann reden wir eben auch über Prioritätensetzung im Bereich der Investitionen. Es ist ein klares Bekenntnis der Landesregierung, dass wir insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur, bei Forschung und Entwicklung und bei Standortförderungen das Nötige tun, das dieses Land braucht, um endlich eine industrielle Basis zu entwickeln, auf der man aufbauen kann.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Zu dem dritten Bereich, den Kommunen. Der Landesregierung ist es mit diesem Haushaltsplanentwurf gelungen, die Leistungen an die Kommunen im Rahmen des Finanzausgleichs konstant zu halten. Die Kommunen des Landes sind über die Verbundquote des kommunalen Finanzausgleichs an den Steuereinnahmen des Landes beteiligt. Die Landesregierung hat die Möglichkeiten des Abrechnungsverfahrens im kommunalen Finanzausgleich genutzt. So konnten wir den Kommunalanteil an den bisher aufgetretenen Steuermindereinnahmen so ausgleichen, dass gegenüber dem Vorjahr eine Konstanz der Zahlungen erreicht wird.

Bei den Leistungen aus dem Landeshaushalt an die Kommunen insgesamt, das heißt einschließlich aller sonstigen Leistungen der Ressorts, wird es gegenüber dem Haushaltsplan 2003 einen Rückgang in Höhe von 77,4 Millionen € geben. Dabei sind die Mittel für die Beseitigung der Hochwasserschäden herausgerechnet worden.

Dieser Rückgang erklärt sich allerdings zum Teil daraus, dass für bestimmte gesetzliche Leistungen weniger Bedarf besteht. So hat der Innenminister für die Unterbringung von Flüchtlingen Mittel in Höhe von 5,3 Millionen € weniger angemeldet als im Vorjahr; bei den Leistungen nach dem Kinderförderungsgesetz waren im Jahr 2003 Übergangshilfen in Höhe von 15 Millionen € veranschlagt worden.

Meine Damen und Herren! Diese Mittel in Höhe von 15 Millionen € waren von vornherein als Übergangshilfen gedacht; diese gibt es natürlich im Jahr 2004 nicht mehr; denn der Übergang von den Regeln des KiBeG zu den Regeln des KiFöG wird dann vollzogen sein.

Es ist insofern grob irreführend, wenn Sie, sehr geehrter Herr Dr. Püchel, in einer Pressemitteilung behaupten, die Kommunen müssten Kürzungen von 100 Millionen € hinnehmen. Ich konnte nicht nachvollziehen - ich kann es auch jetzt nicht -, wie Sie auf diese hohe Zahl kommen.

Aber wie dem auch sei, ich darf an dieser Stelle die sozialdemokratische Opposition daran erinnern, dass es in

ihrer Regierungszeit überhaupt nicht unüblich war, dass Leistungen an die Kommunen gegenüber dem Vorjahr reduziert wurden. Lediglich in den Jahren 1998 und 2000, in zwei Jahren, gab es moderate Zuwächse. In allen anderen Jahren ihrer Regierungszeit sahen die Haushaltspläne weniger Mittel vor als im jeweiligen Vorjahr.

(Herr Gürth, CDU: Hört, hört!)

Ich lese die Zahlen vor: Im Jahr 1996 minus 293 Millionen €, im Jahr 1997 minus 247 Millionen €, im Jahr 1999 minus 10 Millionen €, im Jahr 2001 minus 111 Millionen € und im Jahr 2002 sogar minus 281 Millionen €. Die Kommastellen habe ich weggelassen.

Meine Damen und Herren! Diese Kürzungen der kommunalen Leistungen in den Haushaltsplänen wurden von der jetzigen Opposition, der damaligen Regierung, in den Jahren vorgenommen, in denen die Einnahmesituation des Landes noch deutlich besser war als in der Zeit unserer Regierung. Es würde Ihnen deshalb gut zu Gesicht stehen, Herr Dr. Püchel, sich mit der Kritik an der Landesregierung speziell in dieser Frage geziemend zurückzuhalten.

(Beifall bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Ich werde Sie nie wieder kritisieren, das verspreche ich Ihnen!)

- Nein, Sie können mich kritisieren. Herr Dr. Püchel, ich kann Kritik sehr gut vertragen. Aber Sie erlauben mir doch, mit der entsprechenden Deutlichkeit die Gegenargumente vorzutragen; denn es ist nicht der Fall, dass wir den Kommunen Ungebührliches zumuten, wenn man das mit dem vergleicht, was Sie in Ihrer Regierungszeit gemacht haben.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Was haben Sie im letzten Jahr gemacht?)

Wir haben eine erheblich schwierigere Ausgangsposition, das habe ich vorhin deutlich gemacht.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Theil, PDS)

Meine Ausführungen zu den Kommunalfinzen wären unvollständig, wenn ich nicht kurz auf die Gemeindefinanzreform hinweisen würde, die derzeit auf Bundesebene diskutiert wird. Bekanntlich gibt es hierzu noch keinen Konsens. Eines scheint allerdings schon jetzt klar: Die finanzielle Ausstattung der Kommunen wird sich wahrscheinlich nicht verschlechtern, sondern sie wird sich verbessern. Über die weiteren Modalitäten wird auf Bundesebene noch ausgiebig zu diskutieren sein, vor allem im Bundesrat und gegebenenfalls im Vermittlungsausschuss.

Insbesondere bedarf es einer genauen Prüfung, ob kommunale Verbesserungen zulasten der Länder gehen werden. Dies würde nicht nur für Sachsen-Anhalt insgesamt keinen Gewinn bedeuten; denn Land und Kommune bilden nicht nur in unserem Land einen Finanzverbund.

Auf jeden Fall gibt es derzeit eine große Unsicherheit - darauf muss ich hinweisen - im Hinblick darauf, wie genau die künftige kommunale Finanzausstattung aussehen wird. Die Landesregierung sieht deshalb zum jetzigen Zeitpunkt keinen Bedarf, auf Landesebene und darüber hinaus tätig zu werden, solange sich hierfür keine einigermaßen klare Perspektive abzeichnet.

Neben einer Stabilisierung der Kommunalfinzen strebt die Landesregierung an, vorhandene Rationalisierungspotenziale auf dem Gebiet der Finanzbeziehungen zwischen dem Land und seinen Kommunen zu nutzen. Es ist der Wille der Landesregierung, dass die Leistungen des Landes aus dem Aufnahmegesetz, aus dem Kinderförderungsgesetz, bei der Musikschulförderung und bei der Förderung der Traditions- und Heimatpflege sowie bei der Ausreichung der Jugendpauschale durch Zuweisungsverfahren im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes abgelöst werden.

Dadurch ergäben sich zumindest mittelfristig gewisse Rationalisierungseffekte. Die Verfahrensvereinfachung beim Aufnahmegesetz wird in der Landesverwaltung die Einsparung von einigen Vollzeitstellen ermöglichen. Allerdings werden sich die gesamten Auswirkungen auf die Verwaltungen von Land und Kommunen erst im Nachhinein beziffern lassen; aber auch - diesbezüglich sind wir zuversichtlich - die kommunale Seite wird von dieser Vereinfachung profitieren.

In jedem Fall wird die Landesregierung sicherstellen, dass der Umfang der bisher vom Land über die Fachgesetze gewährten finanziellen Leistungen unverändert bleibt. Dies ergibt sich schon aus der Höhe der veranschlagten Positionen. Darüber hinaus wird es sich aus Zweckbindungen ergeben, die garantieren, dass es nicht zu Umschichtungen aufgrund der Sparzwänge in den kommunalen Haushalten kommt, die zulasten der Aufgabenerfüllung gehen würden.

Einfach falsch sind die Behauptungen aus der SPD-Fraktion - darauf muss ich an dieser Stelle leider hinweisen -, dass die Landesregierung zuerst Leistungen gestrichen habe, um sie anschließend nur zum Teil an die Kommunen weiterzugeben, wie in einer Pressemeldung zu lesen war. Die Beträge, die zum Erbringen der jeweiligen Leistung erforderlich sind, werden in vollem Umfang an die Kommunen weitergegeben.

Dass einige dieser Beträge niedriger sind als im Vorjahr, hängt allein mit der schon zu Beginn erwähnten Tatsache zusammen, dass punktuell weniger Bedarf an Zuweisungen besteht, etwa bei der Unterbringung der Flüchtlinge und bei Leistungen nach dem Kinderförderungsgesetz. Es ist eine vergleichsweise billige Oppositionspolemik, so zu tun, als ob an dieser Stelle gekürzt würde. Hierbei wird nicht gekürzt, es wird vereinfacht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die damit verbundene Änderung des Finanzausgleichsgesetzes wird zurzeit vorbereitet. Zwischen dem Innenministerium und den anderen Ressorts sind noch Detailabstimmungen erforderlich. Zudem wird selbstverständlich eine Anhörung der kommunalen Spitzenverbände erfolgen. Die Landesregierung wird den Gesetzentwurf zu einem späteren Zeitpunkt in den Landtag einbringen.

Im Haushaltsplan wurde mit Blick auf die geplante Änderung ein zentraler und zusammengefasster Ausgabenansatz veranschlagt. Eine Aufteilung der Ausgaben auf mehrere Einzelpläne wäre angesichts eines vorliegenden eindeutigen Kabinettsbeschlusses zu dieser Änderung nicht sachgerecht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Vorgehensweise bietet die haushaltsmäßige Grundlage für die künftigen allgemeinen Zuweisungen, würde aber zugleich selbst im Falle des Fortbestehens der derzeitigen Gesetzeslage eine ausreichende Rechtsgrundlage für Zahlungen an die Gemeinden darstellen.

Es gibt also - damit wende ich mich an den Kollegen Bullerjahn - keinerlei Grund zur Aufregung. Ich hoffe, dass nach den hitzigen Debatten im Ältestenrat, von denen ich im Nachhinein erfuhr, die angemessene Ruhe und die angemessene Sachlichkeit im Umgang mit dieser Materie wieder einkehren.

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Denn eines klar: Das Verfahren, ein Haushaltsergänzendes Gesetz erst im Zuge der parlamentarischen Beratungen des Haushalts einzubringen, ist rechtlich völlig korrekt und politisch durchaus gängig. Dieser Weg wurde von uns bereits im letzten Jahr im Zusammenhang mit dem Kinderförderungsgesetz beschritten und von Ihnen damals nicht kritisiert.

(Lachen bei der SPD - Herr Dr. Püchel, SPD: Macht der Gewohnheit! - Zurufe von Herrn Bullerjahn, SPD, und von Frau Budde, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mit meinen bisherigen Ausführungen Eckpunkte und Grundzüge des Haushaltsplanentwurfs dargelegt. Ich möchte diese globalen Ausführungen um einige wichtige Einzelpunkte ergänzen, die in erster Linie die Facheinzelpläne betreffen.

Der Landesregierung ist es gelungen, den Einsatz von EU-Mitteln zu optimieren und damit Landesmittel einzusparen. Dies ist beispielhaft im Bereich des Landesstraßenbaus gelungen. Dort konnte dank des Einsatzes von EFRE-Mitteln sogar ein Ausgabenzuwachs gegenüber dem Vorjahr erreicht werden.

Auch in der Wirtschaftsförderung konnte die Kürzung des Bundesanteils für die Gemeinschaftsaufgabe Ost durch eine entsprechende Umschichtung von EFRE-Mitteln weitgehend kompensiert werden. Für die Wirtschaftsförderung stehen rund 687 Millionen € bereit.

Auch für den Bereich des Arbeitsmarktes konnte der Einsatz von Landesmitteln durch die verstärkte Einbindung nationaler Kofinanzierungen verringert werden. Insgesamt wurden bei den den Arbeitsmarkt betreffenden Titeln Landesmittel in Höhe von rund 17 Millionen € eingespart.

Im Bereich des Städtebaus wurde verstärkt von der Förderung der Wohnraummodernisierung auf die Förderung des Stadtumbaus umgesteuert. Damit hat die Landesregierung den veränderten Rahmenbedingungen in Sachsen-Anhalt angemessen Rechnung getragen. Der zentrale städtebauliche Engpass liegt nicht mehr im Bereich der Modernisierung von Wohnraum, sondern vielmehr im Bereich der Aufwertung unserer Städte. Dazu zählt auch der Abriss von stark unterbelegtem Wohnraum zur Wiederherstellung der Lebensqualität, insbesondere in jenen Vierteln unserer Städte, die von großen Mietwohnhäusern geprägt sind.

Auch im Bereich der Landwirtschaft und der Umwelt ist es gelungen, die Investitionen durch die Kofinanzierung des Landes und des Bundes zu sichern. Ausgabensenkungen wurden dort vor allem im Bereich der Verwaltung realisiert. Die Investitionen im ländlichen Raum können fortgeführt werden. Das betrifft insbesondere die Sicherstellung der Finanzierung im Bereich des Hochwasserschutzes.

Im Sozialbereich wurde die Krankenhausförderung neu strukturiert. An dieser ist das Land bisher mit einem gesonderten Zuschuss und anteilig beteiligt. Das Finanzie-

rungsverhältnis wird künftig zugunsten der Kommunen geändert, die dann lediglich einen Anteil von 30 % der Aufwendungen zu tragen haben. Zugleich unterbleibt aber die Zuweisung eines gesonderten Anteils durch das Land. Diese Systemumstellung wird im Jahr 2004 zu einer Entlastung beim Land führen. Ab 2005 wird sich das Finanzierungsverhältnis zugunsten der Kommunen verändern.

Im Bereich der Wissenschaft wurden in diesem Jahr mit den Hochschulen Zielvereinbarungen geschlossen. Sie dienen dazu, Qualitätsverbesserungen mit Kostensenkungen zu verbinden und bis 2006 Einsparungen in der Größenordnung von 10 % zu realisieren.

Mit dieser Vorgabe konnte den Hochschulen mit ihren Globalhaushalten eine zwar engere, aber doch eine gesicherte finanzielle Perspektive geboten werden. Dabei ist es sehr wichtig festzustellen, dass der finanzielle Rahmen der Zielvereinbarungen eine klare Schwerpunktsetzung der Landesregierung für Wissenschaft, Forschung und Lehre in Sachsen-Anhalt darstellt. Bei den drastisch verengten finanziellen Spielräumen, die wir überall haben, ist eine Reduzierung des Volumens der Globalhaushalte bis 2006 um 10 %, gemessen an den Reduzierungen in anderen Bereichen des Landeshaushalts, ein unterdurchschnittlicher Beitrag zum Einsparvolumen.

Ich lege besonderen Wert auf diese Feststellung; denn trotz der schwierigen Bedingungen, die wir haben, wird eine vernünftige, zukunftsweisende Standortpolitik im Hochschulbereich betrieben. Dazu zählt auch eine Umstrukturierung bei kleineren Haushaltsvorhaben.

Im Bereich der Schulen schaffen die neu geschlossenen Tarifverträge für die Lehrer an allgemein bildenden Schulen und für die pädagogischen Mitarbeiter die Voraussetzungen für einen sozialverträglichen Stellenabbau und damit für weitere Einsparungen im Landeshaushalt. Sie eröffnen auch erweiterte Wege, um auf mittlere Sicht den Personalbestand in den verschiedenen Schultypen bedarfsgerecht steuern zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt im Schulbereich eine Mittelreduzierung, die der Landesregierung besonders schwer gefallen ist. Wir, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP, haben immer deutlich gemacht, welches Gewicht wir den Schulen in freier Trägerschaft in einem qualitätsvollen und in einem innovativen Bildungswesen sowie als positiver Standortfaktor beimessen. Es war und es ist uns wichtig, dass in Sachsen-Anhalt eine pluralistische Schullandschaft erhalten bleibt und weiter blüht. Schulen in freier Trägerschaft erweitern und bereichern das Bildungsangebot.

Aber die Haushaltssituation des Landes zwingt auch in diesem Bereich zu gewissen Einschnitten, insbesondere um das Gleichgewicht zwischen der Finanzierung der staatlichen Schulen und der Schulen in freier Trägerschaft zu halten. Sonderopfer darf es für keine dieser Gruppen geben. Da die staatlichen Schulen ebenfalls unter einem hohen Sparzwang stehen, insbesondere aufgrund der Schwierigkeiten in den kommunalen Haushalten, müssen auch die Schulen in freier Trägerschaft einen gewissen Beitrag leisten.

Mit dem Haushaltsplanentwurf 2004 plant die Landesregierung, den Sachkostenzuschuss für Schulen in freier Trägerschaft um fünf Prozentpunkte zu senken. Dies ist

ein vertretbare, moderate Absenkung. Zurzeit beträgt dieser Sachkostenzuschuss 15 % des Personalkostenzuschusses, bei Sonderschulen 25 % des Personalkostenzuschusses.

Es ist abwegig, wenn die Opposition in einem solchen Schritt - so musste ich lesen - einen Bruch von Wahlversprechen durch die regierungstragenden Parteien sieht.

(Zuruf von Frau Ferchland, PDS)

Es ist doch völlig klar, dass die Regierung in fiskalisch besseren Zeiten keine Absenkung der Zuschüsse vornehmen würde. Hätten wir eine Situation wie vor wenigen Jahren, mit erheblich größeren finanziellen Spielräumen, wäre ein solcher Schritt nicht nötig.

(Zuruf von Frau Ferchland, PDS)

Aber die Zeiten haben sich geändert. Die Finanzlage ist heute eine andere; sie ist viel schlechter als vor wenigen Jahren. Das habe ich zu Beginn meiner Rede ausgeführt. In unserer Koalitionsvereinbarung steht das zentrale Ziel, dass wir die Finanzen in Ordnung bringen müssen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat im Haushaltsplanentwurf 2004, wie bereits im Haushaltsplan 2003, die Mittel für die Informationstechnologie um 20 Millionen € gekürzt. Dies entspricht etwa einem Drittel des angemeldeten Bedarfs. Mit diesem Sparkurs gehen wir an den Rand dessen, was vertretbar ist. Wir gehen in Bezug auf Maßnahmen der Effizienzsteigerung im IT-Bereich wirklich an den Rand dessen, was wir leisten können.

Allerdings muss man klar sagen, dass dadurch zahlreiche Neuanschaffungen nicht realisiert werden können. Weitere Kürzungen würden die Funktionsfähigkeit der Landesverwaltung in wichtigen Teilbereichen infrage stellen. Auch das muss ausgesprochen werden. Dies gilt für die Bezügeverwaltung, dies gilt in meinem Bereich zum Beispiel für die Finanzämter und es gilt für weitere Bereiche der Verwaltung. Die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung muss gewährleistet bleiben. Dafür sind wir als Landesregierung verantwortlich.

An Herrn Gallert gerichtet, der leider nicht anwesend ist, möchte ich deswegen sagen, dass eine weitere drastische Kürzung, wie er sie vorgeschlagen hat, um zum ursprünglichen Modell der Kinderbetreuung zurückkehren und dies finanzieren zu können, schlicht unverantwortlich ist. Das können wir nicht machen. Wenn wir es machen würden, würden wir im IT-Bereich systematisch hinter andere Bundesländer zurückfallen.

Wir müssen uns in der Zukunft auf neue Anforderungen im IT-Bereich einstellen und den IT-Bereich nutzen, um die Verwaltung effizienter und bürgernäher zu gestalten. Ich nenne das Stichwort „E-Government“. Wir sind im Moment mit der Finanzausstattung, die wir haben, gerade einmal in der Lage mitzuhalten. Dahinter können wir nicht zurückgehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend einige wesentlichen Aspekte der mittelfristigen Finanzplanung, die wir mit diesem Haushaltsplanentwurf gleichzeitig vorlegen, aufgreifen. Die Landesregierung wird die Konsolidierung des Landeshaushalts konsequent fortsetzen. Allerdings wurden in der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres für den mittelfristigen Planungszeitraum Steuermindereinnahmen in Höhe von mehr als 1,7 Milliarden € prognostiziert. We-

gen dieser Steuerausfälle lässt sich unser ursprüngliches Ziel, bereits Ende 2006 die Nettoneuverschuldung auf null zurückzuführen, nicht mehr erreichen. Ich habe dies ganz klar gesagt, als die Ergebnisse der Steuerschätzung vorlagen.

Mit dieser Zielkorrektur steht die Landesregierung keineswegs allein in Deutschland. Meines Wissens müssen alle Länder und selbstverständlich auch der Bund ihre jeweiligen Zielsetzungen für die mittelfristige Finanzplanung korrigieren. Die Landesregierung hat sich ein neues, nicht weniger ehrgeiziges Ziel gesetzt: Wir streben in der neuen, fiskalisch noch schwierigeren Lage an, die Nettoneuverschuldung bis Ende des Jahres 2008 auf null zurückzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist nicht eine völlig neue Leitlinie oder eine völlig neue Philosophie, die wir verfolgen. Das ist einfach das Einarbeiten der zu erwartenden Steuermindereinnahmen in den Konsolidierungskurs, den wir ohnehin geplant haben und den wir weiterhin mit Konsequenz verfolgen.

Die Landesregierung sieht sich auch weiterhin in der Pflicht, ihren Anteil zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien für den öffentlichen Gesamthaushalt zu erbringen. Sie trägt damit aktiv dazu bei, die Verschuldungsgrenze von 3 % des Bruttoinlandsprodukts für Deutschland möglichst schnell wieder zu erreichen. Für den mittelfristigen Finanzierungszeitraum bedeutet dies, die Nettoneuverschuldung bis zum Jahr 2007 auf 300 Millionen € zurückzuführen, bis dann Ende 2008 in dieser Planung die Null erreicht sein soll.

Diese Zielsetzungen bedingen natürlich zuallererst einen weiteren konsequenten Personalabbau auf den Durchschnittswert der Bundesländer. Zudem müssen wir weiter die begonnenen Verwaltungsreformen, die Bestrebungen zur Deregulierung und nicht zuletzt auch neue Steuerungsinstrumente einsetzen, um Einsparpotenziale zu erschließen. Auch eine Überprüfung freiwilliger Leistungen sowie des Fördermitteleinsatzes wird in der Zukunft notwendig sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir, die Landesregierung, machen unsere Hausaufgaben. Trotz unserer konsequenten Sparpolitik wird die Gesundung der Landesfinanzen in der mittleren Sicht aber nur gelingen, wenn auch die Bundesregierung ihre Verpflichtungen ernst nimmt. Auch die Bundesregierung muss mit allen notwendigen Mitteln ihren Beitrag für einen nachhaltigen und einen möglichst kräftigen Aufschwung in ganz Deutschland leisten.

Wir brauchen mehr Wachstum und für mehr Wachstum brauchen wir Reformen. Für diese ist in erster Linie - das ist nun einmal so nach der Lage der Dinge - die Bundesregierung verantwortlich. Ihre Verantwortung erstreckt sich auch darauf, die Finanzierung dieser Reformen nicht auf die Länder abzuwälzen. Darauf werden wir im Bundesrat peinlich genau achten.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit spreche ich auch die Opposition an: Ich habe Hoffnung - nach dem, was ich über Papiere höre, die in der SPD-Fraktion zumindest kursieren -, dass Sie sich mit Blick auf die längerfristige Entwicklung und dann auch auf die kurzfristigen Konsequenzen, die aus dieser längerfristigen Entwicklung zu ziehen sind, doch der Sichtweise der Landesregierung annähern. Es kehrt damit vielleicht

Vernunft ein; es muss vielleicht noch einige Überzeugungsarbeit geleistet werden.

(Unruhe bei der SPD - Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

- Herr Bullerjahn, ich fände es außerordentlich erfreulich, wenn wir diesen schwierigen Weg nicht „nur“ mit den Regierungsfractionen gehen könnten, sondern wenn auch aus der Opposition hierzu entsprechende konstruktive Beiträge kämen, die uns helfen würden, über die Klippe hinwegzukommen, die wir gemeinsam zu bewältigen haben.

(Zuruf von Frau Dr. Kuppe, SPD)

Wir werden im Finanzausschuss sicherlich im Detail darüber reden können. Dann liegt sicherlich auch Ihr Papier vor, und dann können wir sehen, wo sich unsere Perspektiven treffen und wo sie auseinander fließen.

Ich kann nur sagen, diese Landesregierung wird, unabhängig davon, ob Sie sich unserer Sichtweise anschließen oder nicht, ihren Weg der finanzpolitischen Konsolidierung konsequent fortsetzen.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Starker Beifall bei der FDP, bei der CDU und von Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Finanzminister, für die Einbringung. - Wir werden jetzt in die Debatte eintreten. Doch zuvor habe ich die Freude, Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen VIII Magdeburg zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wie bereits angekündigt, werden wir jetzt eine verbundene Debatte zu den Punkten a und b, also zu den Drs. 4/1022 und Drs. 4/1023, führen.

Ich hatte eingangs erwähnt, dass wir im Ältestenrat eine Debattendauer von 255 Minuten vereinbart haben. Das entspricht der Redezeitstruktur G. Ich möchte die Reihenfolge und die Redezeiten nennen: SPD 49 Minuten, CDU 75 Minuten, PDS 39 Minuten, FDP 27 Minuten. - Die SPD hat auch nur 39 Minuten; ich hatte mich versprochen - Herr Püchel, Sie hatten sich schon gefreut.

Als ersten Debattenredner bitte ich Herrn Dr. Püchel, für die SPD-Fraktion das Wort zu ergreifen.

Herr Dr. Püchel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das, was der Finanzminister eben vorgetragen hat, kam natürlich nicht überraschend. Selbstverständlich müssen Sie Ihre eigene Politik loben, verehrter Herr Professor Paqué; dafür habe sogar ich Verständnis.

Wortreich und pointiert haben Sie dargelegt, warum Sie einerseits so viele neue Schulden machen müssen und andererseits Ihren Konsolidierungskurs trotzdem konsequent fortsetzen werden, wie Sie es eben ausgeführt haben.

Natürlich haben Sie wieder die Bundesregierung und die Landesregierung, die Vorgängerregierung, kritisiert, haben ihnen die Schuld an der Haushaltsmisere des Landes gegeben. Dieses Ritual kennen wir bereits.

Wenn Sie mich ansprachen wegen meiner Kritik und ich Ihnen erwiderte, ich würde Sie nicht mehr kritisieren, so habe ich es gar nicht mehr nötig. So schön, wie Sie eben pointiert „E-Government“ gesagt haben, haben Sie Ihre Massen ringsum so beleidigt, dass ich es gar nicht mehr machen muss.

Meine Damen und Herren! Niemand hat vom Finanzminister etwas anderes erwartet. Er versucht nur, die offensichtlichen Schwächen des Haushalts und damit seiner Finanzpolitik zu überdecken. Noch vor knapp einem Jahr, bei der Einbringung des Haushalts 2003, haben Sie hier im Landtag, Herr Paqué, unter frenetischem Beifall Ihrer Fangemeinde zweierlei angekündigt. Zum einen wollten Sie das Haushaltsdefizit konsequent zurückführen, damit kommende Generationen nicht übermäßig belastet werden. Zum anderen erneuerten Sie Ihre Ankündigung, die Neuverschuldung bis Ende 2006 auf null zurückzuführen.

Mit diesen beiden Ankündigungen wollten Sie belegen, dass Sie sich tatsächlich auf einem Konsolidierungskurs befinden. Sie wollen Ihren Sparwillen dokumentieren. Sie wollten einfach deutlich machen, dass Sie jemand sind, der die Zeichen der Zeit erkannt hat und auch danach handelt.

Nur: Wie sieht die Realität aus? - Sie konnten beide Ankündigungen nicht einhalten.

(Beifall bei der SPD)

Halbieren wollten Sie die Verschuldung im kommenden Jahr. In meiner Gutgläubigkeit hatte ich Sie bei der Verabschiedung des letzten Haushalts sogar noch gefragt, was Sie unter „Halbierung“ verstehen würden: 375 Millionen €, bezogen auf 750 Millionen €, oder 450 Millionen €, bezogen auf 900 Millionen € realer Neuverschuldung.

Statt der angekündigten Halbierung der Neuverschuldung, statt weniger machen Sie nun mehr Schulden. Sie sind inzwischen wieder bei fast 1 Milliarde € angekommen.

Herr Finanzminister, allein schon gemessen an Ihren eigenen Ansprüchen sind Sie gescheitert.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn es den Aufwand gelohnt hätte, hätte ich mir noch einmal Ihre alten Reden, Aufsätze, Artikel, Interviews vorgenommen. Jeder Satz wäre heute, ein knappes Jahr danach, für Sie zur Peinlichkeit geworden.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir hatten Sie immer wieder gewarnt - ich weiß, Herr Bullerjahn hat es Ihnen gesagt -: Herr Paqué, nehmen Sie bitte den Mund nicht zu voll.

Ich glaube Ihnen gern, dass Sie ein guter Wissenschaftler sind. Nur: Die Methode „Versuch und Irrtum“ können Sie auf Ihre wissenschaftlichen Untersuchungen anwenden, aber nicht auf zweieinhalb Millionen Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Natürlich ist die Situation für alle öffentlichen Haushalte äußerst schwierig. Ehrgeizige Ziele mussten in allen Gebietskörperschaften begraben werden. Sie haben objektiv mit schwierigen Rahmenbedingungen zu kämpfen und sind selbstverständlich nicht für alle Probleme bei der Haushaltsaufstellung verant-

wortlich. Aber dann hören Sie doch bitte schön endlich auf, von Konsolidierung und Schuldenabbau zu reden. Warum geben Sie nicht zu, dass Sie die Konsolidierung der Landesfinanzen de facto auf Eis gelegt haben?

Sie haben mit Ihren drei Haushaltsentwürfen, die wir bisher von Ihnen vorgelegt bekommen haben, insgesamt fast 3,5 Milliarden € neuer Schulden aufgenommen bzw. eingeplant. Das ist mehr, als die Vorgängerregierung in den Jahren von 1998 bis 2001, also in vier Jahren, aufnehmen musste. Seien Sie froh, dass wir in Euro rechnen. In D-Mark wäre uns allen bei diesen Zahlen schwindlig geworden.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Tullner, CDU: Nun aber! - Herr Gürth, CDU: Da müssten Sie jetzt eigentlich rot werden, wenn Sie es nicht schon wären!)

Der Finanzminister hat einen Kurswechsel vollzogen, aber nicht in Richtung Sanierung und Konsolidierung, sondern in die entgegengesetzte Richtung, in Richtung zusätzliche Verschuldung. Das ist die Wahrheit, das sind die Fakten, und ich wäre froh, wenn Sie endlich einmal dazu stünden und nicht immer das Gegenteil behaupten würden.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn es schon um Wahrheit geht: Ein Trick ist Ihnen nicht aufgegangen, nämlich der mit der Horrormeldung, dass das Land aufgrund der Mai-Schätzung im nächsten Jahr 470 Millionen € weniger zur Verfügung hätte. Sie sind eben darauf eingegangen. Herr Paqué, Sie vergaßen damals, zu erläutern, dass sich diese Verringerung auf die mittelfristige Finanzplanung und nicht auf das reale Steueraufkommen bezog, welches tatsächlich ungefähr konstant geblieben ist. Ich hätte gern einmal gewusst, ob Ihnen Ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen dabei auf den Leim gegangen sind. Aber seien Sie beruhigt: Wenn wir es nicht aufgegriffen hätten, dann hätten es Ihnen die kommunalen Spitzenverbände garantiert noch vorgehalten.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen einen Finanzminister, der realistisch auf die kommenden Jahre schaut und uns sowie die Öffentlichkeit nicht mit dubiosen Prognosen im Ungewissen hält. Herr Paqué, gemessen an diesen für einen Finanzminister selbstverständlichen Ansprüchen haben Sie mich bisher enttäuscht. Das können Sie auch nicht durch noch so massive Angriffe auf die Bundesregierung oder durch Verweise auf angebliche Erblasten der Vorgängerregierung übertünchen. Die Platte brauchen Sie nicht mehr aufzulegen. Die ist zerkratzt und die will auch keiner mehr hören.

Sie sind der Verantwortliche für neue Erblasten. Sie sind in Ihrem Amt innerhalb kürzester Zeit zum Schuldenprofessor mutiert. Während der Beratungen über den Nachtragshaushalt im letzten Jahr habe ich Ihnen den großen „Schluck aus der Flasche“ vorgeworfen. Sie und der Ministerpräsident haben mit dem Argument gekontert, dass man die zusätzlichen Schulden aufgrund der Haushaltsrisiken sowieso hätte aufnehmen müssen.

Das war Unsinn; denn erstens hat der Haushaltsvollzug gezeigt, dass längst nicht alle Risiken zu tatsächlichen Ausfällen geführt haben. Zweitens haben Sie gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit Chancen verpasst, um wirklich zu sparen.

Damals wurden Sie von geneigter Stelle noch dafür gelobt und auch in Schutz genommen. Man gönnte Ihnen

einen sauberen Start ohne so genannte Erblasten. Das kostete das Land im letzten Jahr 1 Milliarde € an zusätzlicher Verschuldung. Um politisch zu punkten, haben Sie unter den Schlagworten „Abschlussbilanz“ und „Eröffnungsbilanz“ sämtlichen Spardruck herausgenommen und im Haushaltsjahr 2002 alle Leinen losgelassen. Es ist doch klar, dass niemand ans Sparen denkt, wenn er 1,5 Milliarden € an neuer Nettokreditaufnahme im Rücken hat. Der Schluck aus der Verschuldungspulle im letzten Jahr hat Sie wahrscheinlich süchtig gemacht.

Ihre zweite Chance haben Sie auch verpasst. Eigentlich war es schon die letzte. Das hatten Sie auch selbst so gesehen. Wie haben Sie im Herbst 2002 mit Blick auf den Haushalt 2003 noch getöte? - Grundsätzliches Umsteuern, die Wende hin zu echter Konsolidierung, strukturelle Veränderungen. - Das waren Ihre Schlagworte.

Es folgte Akt Nr. 2 dieses finanzpolitischen Trauerspiels. In dem Bewusstsein, dass Ihnen die angekündigte Halbierung der Neuverschuldung nicht gelingen würde, sind Sie auf den Trick mit der Beleihung des Altlastenfonds verfallen. Es wurden zusätzliche Schulden in Höhe von 150 Millionen € gemacht, die aber in keiner offiziellen Statistik auftauchen. „Effekten-Lombard-Vereinbarung“ hieß das Zauberwort der Zeit.

Deshalb steht das Land Sachsen-Anhalt in den Übersichten, die Zeitungen zur Illustration der allgemeinen Finanznot veröffentlicht haben, gar nicht so schlecht da. Aber die Neuverschuldung betrug eben nicht 750 Millionen €, sondern 900 Millionen €.

Dass Ihnen Ihr angekündigtes „strukturelles Umsteuern“ nicht gelingen würde, war spätestens zu diesem Zeitpunkt klar. Mit dem Haushaltsplanentwurf 2004 wird diese Einschätzung bestätigt. 949 Millionen € an neuen Schulden sprechen eine deutliche Sprache.

Natürlich ist mir klar, dass Sachsen-Anhalt mit dieser Strategie bundesweit nicht allein steht. Der Bund und alle Länder mussten ihre Finanzplanung aufgrund des mangelnden Wirtschaftswachstums und aufgrund des stagnierenden oder sogar zurückgehenden Steueraufkommens erheblich korrigieren.

Aber im Land Sachsen-Anhalt gibt es eine besondere Situation. Ich nenne Ihnen dazu eine Zahl. Die SPD-geführte Vorgängerregierung hat es geschafft, die Höhe der in den Jahren 1998 bis 2001 neu aufgenommenen Kredite von 937 Millionen € auf 712 Millionen € zurückzuführen. Dies geschah in Zeiten, in denen die Steuereinnahmen auch nicht in der erhofften Höhe sprudelten.

(Herr Tullner, CDU: Oh! - Minister Herr Prof. Dr. Paqué: Oh! - Weitere Zurufe von und Lachen bei der CDU)

Und dann kommen Sie. Wissen Sie, ich habe eben von Ihnen einen wunderbaren Vergleich gehört. Er stellt alles in den Schatten, was ich je erlebt habe. Wie kann ein Finanzminister in einem der neuen Bundesländer, der nun wirklich über alles Bescheid weiß, unsere Investitionsquote mit der Investitionsquote in den alten Ländern vergleichen? Peinlich, peinlich.

(Beifall bei der SPD)

Ende des Jahres 2002 sind wir wieder dort angekommen, wo wir im Jahr 1997 schon einmal waren. Das ist das eigentlich Enttäuschende an Ihrer Politik. Damit und nicht mit angeblichen Konsolidierungserfolgen werden Sie, Herr Paqué, in die Geschichte der Finanzpolitik dieses Landes eingehen.

Meine Damen und Herren! Schauen wir auf den vorliegenden Haushaltsplanentwurf. Er ist ein Dokument der Planlosigkeit und nicht dafür geeignet, unser Land voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Irgendwie findet sich in diesem Haushaltsplanentwurf die Handschrift des Ministerpräsidenten wieder. Sie, Herr Professor Böhmer, haben in einem Interview in der Zeitung die Bevölkerung zu einer Diskussion darüber aufgefordert, wofür Sachsen-Anhalt zukünftig sein Geld ausgeben soll. Sie haben dies im Zusammenhang mit dem Volksbegehren zur Kinderbetreuung getan und die rhetorische Frage gestellt, ob lieber Fachhochschulen oder Theater geschlossen werden sollten oder ob wir nicht doch die Kürzung bei der Kinderbetreuung akzeptieren sollten. - Teile und herrsche. Im Prinzip heißt die Alternative für Sie wirklich: Kinder oder Theater.

Herr Ministerpräsident, dieser Aufruf war ein Armutszeugnis eines Politikers, der uns vor eineinhalb Jahren noch von Plakaten mit dem Spruch entgegenlächelte:

(Herr Gürth, CDU: Quatsch!)

- warten Sie doch - Wir werden das Kind schon schaukeln.

Damals haben Sie den Eindruck erweckt, als wüssten Sie ganz genau, wie Sachsen-Anhalt in kürzester Zeit vorangebracht werden kann.

(Herr Gürth, CDU: Das weiß er! Er bezieht die Menschen mit ein!)

Sie haben den Menschen eingeredet, dass Sie über Konzepte verfügen, dass Sie klare Vorstellungen von den notwendigen politischen Maßnahmen haben und dass Sie über die Kompetenz verfügen, um Ihre Vorstellungen umzusetzen. - Sie haben das Kind nicht geschaukelt. Sie haben alle verschaukelt.

(Zustimmung bei der SPD)

Auch wenn es manche nicht mehr hören wollen, erinnere ich Sie immer wieder an Ihre Sprüche: Rote Laterne abwählen. Höpner geht, die Arbeit kommt. ABC - Arbeit, Bildung, Conny. Damit mein Papi hier bleibt. Wir werden das Kind schon schaukeln. Mehr Polizei. Mehr Geld für die Kommunen.

(Zurufe von Herrn Gürth, CDU, und von Herrn Hauser, FDP)

Keine Abstriche bei der Kinderbetreuung, Herr Gürth. Ein letztes kostenloses Jahr im Kindergarten. Abbau von 12 000 Stellen im Landesdienst innerhalb von drei Jahren. - Was ist davon übrig geblieben? - Nichts.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, in einem Interview haben Sie sich kürzlich über die schlechte Stimmung im Land beschwert. Was erwarten Sie eigentlich von den Menschen? Sie wurden nicht wegen Ihrer Augen gewählt, sondern wegen dieser Wahlaussagen. Nach einem Jahr ist dies alles nur noch Makulatur. Deshalb dürfen Sie sich auch nicht über die schlechte Stimmung beschweren.

Ich erinnere Sie nur an Ihre eigene Aussage vom Tag nach der Landtagswahl, nachzulesen in der „MZ“: Wenn bis Weihnachten keine erlebbaren Fortschritte passiert

sind, dann haben wir den Vertrauensvorschuss verloren - verloren, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei der CDU)

Ich prophezeie eines: Der Tag ist nicht mehr fern, an dem man Sie alle, wie Sie hier sitzen, fragen wird, was aus Ihren Versprechungen geworden ist und wo die vielen Arbeitsplätze geblieben sind, die Sie versprochen haben. So schnell vergessen die Menschen nicht.

Sie vergessen zum Beispiel auch die Aktivitäten des ehemaligen Direktors des Dom-Gymnasiums nicht. Was hat er nicht alles auf die Beine gestellt, als die alte Landesregierung im Jahr 1999 die Mittel für die Schulen in freier Trägerschaft kürzen wollte. Wie schrieb er doch damals: ungerechtfertigt, unsozial, Verstöße gegen die Grundsätze politischer Logik. Nun tut er selbst ungerechtfertigte Dinge, ist unsozial und verstößt gegen die politische Logik. Aber was soll es, wen interessiert schon das Geschwätz von gestern? Der Finanzminister ist - das habe ich hier mitbekommen - ohnehin ein Spätgeborener, den das alles nichts angeht, was in diesem Hause vor der Wahl im Jahr 2002 gesagt wurde.

(Beifall bei der SPD - Herr Gürth, CDU: Herr Püchel!)

Meine Damen und Herren! In der Debatte über das Landesverwaltungsamt sagte Herr Rothe in der vergangenen Woche, dass es dazu passen würde, wenn am 3. Oktober 2003 Udo Lindenberg mit seinem Panik-Orchester nach Magdeburg kommen würde.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Daraufhin rief jemand aus der CDU-Fraktion ganz aus der Nähe: Nena kommt auch.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Dazu sage ich nur: Genau richtig. 99 Luftballons, Heißluftballons. Oder der Rufer dachte in seinem Kinderglauben vielleicht an das Lied „Wunder geschehen“.

Herr Ministerpräsident, haben Sie klare Vorstellungen von der Zukunft unseres Landes, vor allem auch solche, die umsetzbar sind? Wie sieht es mit der Initiative Mitteldeutschland in der Praxis aus?

Wir wissen, dass Sie Ihr Hauptziel, die Haushaltskonsolidierung, nicht nur nicht erreicht haben, sondern dass Sie es zulassen mussten, dass die Verschuldung immer weiter steigt. Und wir wissen - das hat Ihr Diskussionsaufruf gezeigt -, dass Sie im Grunde genommen nicht weiter wissen.

Ich hätte es noch verstanden, wenn Sie den Diskussionsaufruf vor der Entscheidung über die verschlechterte Kinderbetreuung gestartet hätten. Dann wäre es vielleicht zu einem echten Dialog gekommen, an dessen Ende eine Art mehrheitliches Meinungsbild in der Bevölkerung gestanden hätte. Heute aber ist dieser Diskussionsaufruf im Grunde genommen eine Farce.

Ihr Aufruf dokumentiert, dass Sie selbst keine Konzepte haben. Es müssen nicht gleich Visionen sein. Wir konnten in der Presse lesen, dass Visionen für Sie nicht weit von Illusionen entfernt sind. Aber eine Vorstellung davon, welche Aufgaben das Land künftig in welcher Höhe finanzieren sollte, sollte man doch verlangen dürfen.

Aber so, wie Sie sich offenbar um diese Frage herumdrücken, so wird sich auch mit diesem Haushaltsplanentwurf um die entscheidenden Fragen herumgedrückt,

zum Beispiel um die Frage, wie die wirtschaftliche Entwicklung im Land durch die Finanzpolitik befördert werden kann.

Der Blick auf die Zahlen verheißt erst einmal nichts Gutes. Die Investitionsquote ist die niedrigste, die wir je hatten. Natürlich ist sie höher als im Westen, Herr Paqué.

(Herr Gürth, CDU: Das war jedes Jahr so!)

Die großen Investitionsposten im Haushalt, Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, werden zurückgefahren. Die Kommunalfinanzen sinken weiter.

(Zurufe von der CDU - Minister Herr Dr. Daehre: Der Verkehrsetat wächst auf, Meister!)

Für den staatlichen Hochbau gilt das Gleiche.

Das heißt nichts anderes, als dass sich das Land als Auftraggeber immer mehr zurückzieht. Gleichzeitig vermissen wir im Haushaltsplanentwurf jedweden innovativen Ansatz, etwa den, Private mit ins Boot zu holen. Darüber wird immer nur geredet, wie es beispielsweise Minister Becker bezüglich seiner Justizvollzugsanstalt getan hat. Aber er hat es bisher auch noch nicht auf die Reihe bekommen. Leider ist er jetzt nicht anwesend.

Meine Damen und Herren von der Regierungsbank und von den Koalitionsfraktionen, stattdessen haben Sie sich an zwei so genannten Investitionserleichterungsgesetzen abgearbeitet und dies als eine heroische Leistung verkauft.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Gebracht haben die Gesetze nichts, außer vielleicht Arbeitsplatzverluste in den Kommunen.

(Herr Tullner, CDU: Also! - Weitere Zurufe von der CDU)

Wachstumsförderung oder sogar Arbeitsplätze schaffen diese Aktionen nicht. Fragen Sie einmal die Stadtwerke. Selbst der erhoffte Carport-Boom ist ausgeblieben.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD)

Und dann der Wirtschaftsminister, der tagtäglich versucht, den Aufschwung herbeizurechnen, mit allen seinen Statistiken, Förderzusagen und ansiedlungsbereiten Investoren, ganz aktuell wieder in seinem Halbjahresbericht von gestern. - Herr Rehberger, ich hoffe für unser Land, dass in die Gewerbeanzeigen nicht die neugegründeten Ich-AGs eingeflossen sind und Sie damit nicht die Statistik geschönt haben.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS - Zuruf von Herrn Scharf, CDU)

Meine Damen und Herren! Ohne einen gesunden Schuss Optimismus sollte man nicht in die Politik gehen. Das ist richtig. Aber wenn man selbst nicht daran glaubt, dass es vorangeht, sollte man das Feld anderen überlassen. Der Realitätssinn darf dabei aber nicht verloren gehen.

Herr Rehberger, im Interesse unseres Landes, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger hoffe ich, dass Ihre Zahlen und Aussagen tatsächlich belastbar sind, dass die Pipeline wirklich voll ist, voll mit belastbaren Vorhaben und Investitionen. Ich sichere Ihnen zu, dass wir jedes Jahr nachfragen werden, wie es mit der Umsetzung aussieht.

Noch etwas, Herr Rehberger. Sie sind doch ein besonders gewitzter Politiker. Einerseits beklagen Sie sich bei

jeder Gelegenheit darüber, dass die Bundesanstalt für Arbeit ihre Förderung zurückfährt. Das ist bekanntermaßen eine oft erhobene Forderung der FDP.

(Herr Borgwardt, CDU: Das stimmt doch!)

Andererseits lassen Sie es zu, dass in Ihrem Haushaltsplanentwurf die Arbeitsmarktmittel um mehr als 17 Millionen € zurückgehen. Das bedeutet einige Hundert Arbeitslose mehr, die auf Ihr Konto gehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Nein, wirtschaftsfreundlich und Arbeitsplätze schaffend kann man diesen Haushalt wahrlich nicht nennen, meine Damen und Herren. Er ist eher das Gegenteil.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Rehberger)

Ich scheue mich überhaupt nicht einzuräumen, dass es äußerst schwierig ist, die Investitionsquote und die Arbeitsmarktmittel wenigstens auf dem Niveau des Vorjahres zu halten. Aber wenn das so ist, dann müssten zumindest Ideen vorgelegt werden, wie dies ausgeglichen werden kann, etwa durch das Modell der Public-Private Partnerships oder durch eine verstärkte Kombination von Förderprogrammen mit den Mitteln der Arbeitsmarktpolitik. Aber in diesen Bereichen haben Sie die Ansätze reduziert.

Meine Damen und Herren! Die nächste Frage ist, ob und wie eine auskömmliche Kommunalfinanzierung gesichert werden kann. Darauf haben Sie auch mit diesem Haushaltsplanentwurf keine vernünftige Antwort gegeben. Insgesamt gehen die Mittel um ca. 100 Millionen € zurück. Der Gesamtbetrag resultiert aus den Zahlungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und im Rahmen von Förderprogrammen.

Rund 100 Millionen € weniger stehen für Kreise, Städte und Gemeinden zur Verfügung, und das im Jahr nach der stärksten Kürzung der Kommunalfinanzen in der Geschichte des Landes. In der Pressemitteilung der Landesregierung zu dem Haushaltsplanentwurf heißt es noch, dass das Niveau der Zuweisungen im Wesentlichen unverändert bleibe. Das ist jedoch blanke Schönfärberei.

Ich fühlte mich an die Situation im vergangenen Jahr erinnert. Damals wollten Sie uns weismachen, dass die Personalausgaben sinken. Dabei stiegen sie. Weil Sie aber die Kosten für die Universitäten herausgerechnet hatten, sah es auf dem Papier anders aus. Fakt ist jedenfalls: Die Kommunen erhalten interessanterweise auch weniger Geld zur freien Verfügung, obwohl die Landesregierung genau das ändern wollte.

Das hat zwei Gründe. Zum einen sinkt der reguläre Haushaltsposten der allgemeinen Finanzausweisungen um 38 Millionen €. Dafür steigt der Ansatz bei dem Titel Investitionshilfen um 42 Millionen €. Das ist ein leichter Anstieg, der auf die Regelungen des FAG zurückzuführen ist.

Zum anderen - jetzt kommen wir zu dem Streitpunkt - sind zwar Mittel in Höhe von 193 Millionen € bei Einzelplan 13 zusätzlich veranschlagt worden. Das sind Mittel, die in dem laufenden Haushalt noch bei den Einzelplänen veranschlagt sind. Das betrifft beim Einzelplan 03 Mittel für Aussiedler, beim Einzelplan 05 Mittel für das KiFöG und für die Jugendpauschale sowie beim Einzelplan 07 Mittel für Kunst, Kultur und für die Musikschulen.

In dem Haushalt 2003 schlagen diese sechs Positionen aber noch mit 208 Millionen € zu Buche. Das heißt, bei

Ihrer wunderbaren Umschichtungsoperation sacken Sie mal eben gerade 15 Millionen € für den Landeshaushalt ein. Ich weiß nicht, woher Sie den Optimismus nehmen zu glauben, dass diese 193 Millionen € ausreichen.

Die Mittel in Höhe von 138 Millionen € für das KiFöG standen schon jetzt in voller Höhe zur Verfügung. Deswegen gibt es keine Absenkung durch das Übergangsgeld. Die Mittel in Höhe von 138 Millionen € für das KiFöG sind jedenfalls festgeschrieben. Weniger kann nicht ausgegeben werden.

Die Jugendpauschale könnte theoretisch in ihrer Höhe zur Disposition gestellt werden. Anders ausgedrückt bedeutet das, wenn Sie die Jugendpauschale nicht mehr zweckgebunden, sondern frei ausreichen, könnten die Kommunen an dieser Stelle den Rotstift ansetzen. Sie sind dann nicht mehr zur Kofinanzierung gezwungen, weil sie die Mittel direkt bekommen. Aber niemand in diesem Hause kann ernsthaft wollen, dass sie das tatsächlich tun. Das hat uns die Debatte zur Großen Anfrage der SPD-Fraktion am letzten Donnerstag eindeutig gezeigt.

Das, was Frau Röder in diesem Zusammenhang vorge schlagen hat, kann sie nicht wirklich ernst gemeint haben. Die Kommunen sollten doch nach ihrem Vorschlag die fehlenden Mittel für die Jugendarbeit bei Vereinen einwerben. Ich kenne keinen Verein, der das könnte. Im Gegenteil, zu mir kommen ständig Vereine, weil sie Geld benötigen.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Herrn Dr. Schrader, FDP)

- Lesen Sie das im Protokoll nach.

Weniger Musikerziehung, weniger Kunst und Kultur - diese Gefahr ist sehr real, meine Damen und Herren. Auch darüber haben wir bereits am letzten Donnerstag diskutiert.

Bleibt der Bereich Asyl und Aussiedler. Hier hat die Landesregierung insgesamt 62 Millionen € umgeschichtet. Ich weiß nicht, weshalb dieser Betrag im Jahr 2004 nicht benötigt werden sollte. Ich habe gerade gehört, Sie könnten 5 Millionen € einsparen. Über dieses Thema können wir gern in Ruhe diskutieren. Ich weiß ganz genau, wie es in den letzten Jahren abgelaufen ist. Ich hoffe nur, dass Sie auch dort ankommen werden. Das erklärt aber nicht den Betrag von 15 Millionen €.

Außer einer Verwaltungsvereinfachung haben die Kommunen unter dem Strich nichts davon. Das ist zwar auch positiv zu sehen, aber das eigentliche Anliegen wird konterkariert. Die Kommunen wollten ursprünglich eine Umschichtung von Mitteln aus Förderprogrammen zur freien Verfügung. Anfang des Jahres hatte der Innenminister im Ausschuss dafür noch einen Betrag von 400 Millionen € in Aussicht gestellt.

Bei Ihrer Umschichtungsarie handelt es sich in Wirklichkeit um eine verdeckte Sparoperation zulasten der Kommunen und um einen Griff in die Taschen der Kreise, Städte und Gemeinden. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass Sie uns bisher nicht haben wissen lassen, wie Sie diese Operation im FAG vornehmen wollen.

Den Entwurf haben wir im Haushaltsbegleitgesetz vermisst. Das ist eine ganz klare Unverschämtheit, die zeigt,

was diese Landesregierung in Wirklichkeit von diesem Parlament hält.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie wiederholen damit etwas, das ich im letzten Jahr bei der Beratung über das KiFöG als einen schlechten Stil kritisiert habe. Ich frage mich nur, woran das liegt. Die Beamten können daran nicht Schuld sein; denn es sind die gleichen wie bei uns, falls sie nicht einer politischen Rochade zum Opfer gefallen sind. Also liegt es in der Verantwortung der politischen Spitze, des Ministers und der Landesregierung.

Aber insgesamt will ich, was die komplette Umschichtung angeht, nicht allzu pessimistisch sein. Die FDP hat bereits angekündigt, dass sie bei diesem Verfahren nicht mitgehen will. Herr Kurze will seine Truppen von U 40 mobilisieren, um zumindest die Umschichtung der Jugendpauschale wieder rückgängig zu machen. Es gibt also Hoffnung, dass der missglückte Ansatz der Landesregierung im parlamentarischen Verfahren korrigiert wird.

Meine Damen und Herren! Ich meine schon, dass es sich lohnt, darüber nachzudenken, wie wir den Kommunen tatsächlich zusätzliche Gestaltungsspielräume verschaffen können. Das ist auch innerhalb der SPD-Fraktion schon immer ein Thema gewesen.

Eine echte Umschichtung muss aber, um ein Beispiel zu nennen, zum Ergebnis haben, dass die Kommunen mit dem Landesgeld sowohl Straßen bauen als auch die Stadtbibliothek weiter betreiben können. Dazu müssten Mittel aus dem Straßenbauprogramm und aus der Bibliotheksförderung in den allgemeinen Finanzausgleich umgeschichtet werden.

Aber in Zeiten knapper Kassen gibt es an dieser Stelle ein Problem.

(Herr Scharf, CDU: Dann müssten wir neues Geld haben!)

Die Kommunen könnten dazu verleitet werden, bestimmte freiwillige Leistungen nicht mehr zu erbringen. Insofern eignet sich die Umschichtung, Herr Scharf, eigentlich eher für Zeiten, in denen die Spielräume insgesamt etwas größer sind.

(Herr Gürth, CDU: Sagen Sie, Herr Püchel, wo jetzt Ihr Lösungsansatz für die anstehenden Probleme ist!)

- Herr Gürth, warten Sie doch einmal ab.

Oder anders gesagt: Das Niveau der Kommunalfinanzierung muss eine bestimmte kritische Masse überschreiten, sodass die Kommunen in der Lage sind, sowohl ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen als auch zu investieren und auch den Bestand an freiwilligen Leistungen zu erbringen, den die Bürger von ihrer Kommune erwarten dürfen. Ich füge hinzu: Bibliotheken und Musikschulen gehören für die SPD ganz sicher zu diesem Grundbestand an kommunalen Leistungen, auf die unsere Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch haben.

Herr Paqué, einen Satz zu den Kommunalfinzen aus der mittelfristigen Finanzplanung möchte ich Ihnen doch noch vorlesen, weil Sie sagten, dass wir sie schon früher abgeschmolzen hätten:

„In der zweiten Hälfte der 90er-Jahre und am Anfang des neuen Jahrtausends“

- das war zu Zeiten der SPD-Regierung -

„hat das Land Sachsen-Anhalt, bezogen auf alle neuen Länder, seinen Kommunen überdurchschnittlich hohe Pro-Kopf-Zuweisungen zur Verfügung gestellt.“

Das bestätigen Sie uns selbst. - Jetzt folgt Ihr Ausblick:

„Aufgrund der notwendigen Konsolidierung der Landesfinanzen ist deshalb eine Angleichung der Zahlungen an den kommunalen Bereich an das Niveau der anderen neuen Länder nach wie vor nötig.“

Das ist die Drohung für die Zukunft an die Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Reden wir an dieser Stelle noch einen Moment über die Gemeindefinanzreform, über die zurzeit auf Bundesebene intensiv diskutiert wird. Die Bundesregierung hat einen Vorschlag vorgelegt, der als Kompromiss zwischen zweifelsohne berechtigten Ansprüchen der Kommunen und den Interessen der Wirtschaft gedacht ist und auch so bewertet werden kann. Natürlich sind die Kommunen nicht zufrieden. Die SPD-Bundestagsfraktion ist es auch nicht. Deshalb wird es zu einer Änderung kommen, und zwar zugunsten der Kommunen.

(Oh! bei der FDP)

Ich gehe davon aus, dass es im Herbst zu einer Entscheidung kommen wird; denn schließlich müssen alle ein Interesse daran haben, dass die Gemeindefinanzreform zum Jahresbeginn 2004 in Kraft tritt.

Herr Gürth, wenn Sie mich fragen, wo das Geld für die Kommunen herkommen soll: Der Finanzminister hat eben zwar etwas zur Gemeindefinanzreform gesagt und hat gesagt, er sei damit nicht einverstanden. Ich habe aber kein Wort dazu gehört, wie es sich diese Landesregierung vorstellt, wie sie neu gestaltet werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Es interessiert mich schon sehr zu erfahren, was eventuell im Vermittlungsverfahren oder im Bundesrat von Ihrer Seite kommen wird.

(Herr Gürth, CDU: Und Ihre Position?)

Bekannt sind nur die sich widersprechenden Positionen der FDP, die bekanntlich die Gewerbesteuer ganz abschaffen will, und der CDU, die wohl mehrheitlich der kommunalen Seite zuneigt, deren Wirtschaftsflügel mit Herrn Merz an der Spitze wiederum der FDP-Position nahe steht. Die Idee von Merz hat sich - so glaube ich - in dieser Frage fürs Erste erledigt.

Herr Ministerpräsident, es wird Zeit, dass Sie den Schleier lüften. Viele Bürgermeister im Lande haben ein großes Interesse daran zu erfahren, was die Landesregierung auf Bundesebene für die Kommunen tun will, wenn sie schon auf Landesebene nichts oder - wie eben ausgeführt - das Falsche tut.

Meine Damen und Herren! Zurück zum Haushaltsplanentwurf 2004 und zu den vielen offenen Fragen, zum Beispiel zu der Frage: Wie will das Land den zur Erfüllung seiner Aufgaben nötigen und gleichzeitig bezahlbaren Personalbestand erreichen? Wie können wir trotz der ohne Zweifel notwendigen weiteren Reduzierung der Gesamtzahl der Bediensteten begabten jungen Menschen eine Chance im öffentlichen Dienst bieten? Wie

bekommen wir den Stellenabbau sozialverträglich hin? Welche Einschränkungen muten wir den aktiven Bediensteten zu, ohne sie zu demotivieren? Wie verbinden wir Verwaltungsreform und Personalplanung?

Auf all diese Fragen hat die Landesregierung in der Vergangenheit nur unzureichende Antworten gegeben und sie hat bisweilen dilettantisch gehandelt. Die Schlappe der gescheiterten Luxusaltersteilzeitversorgung, die die SPD-Fraktion von Anfang an kritisiert hat, ist uns allen sicherlich noch in guter, besser: in schlechter Erinnerung, ebenso wie die unwürdigen Spielchen um die Beförderung von jungen Polizisten und die lange fehlende Freigabe für die Neueinstellung von Lehrern und Lehramtsreferendaren.

(Beifall bei der SPD)

Hier hat der Ministerpräsident höchstpersönlich eingegriffen und hat sich die Personalangelegenheiten auf den Tisch gezogen. Herr Böhmer, es war nicht nur ungewöhnlich, dass Sie die Arbeit des Finanzministers und einzelner Fachminister gemacht haben, sondern es war in der Sache wohl auch eher kontraproduktiv; denn am Ende ist es ja wohl doch so gekommen, wie Ihre Fachminister es wollten. In der Zwischenzeit ist allerdings viel Porzellan zerschlagen worden.

Meine Damen und Herren! Die Stellenabbaupolitik der Landesregierung soll angeblich über die Titelgruppe 96 gesteuert werden,

(Herr Tullner, CDU: Nicht angeblich!)

welche die früher üblichen kw-Vermerke ersetzt. Folgt man dem Vorbericht zum Haushaltsplanentwurf, dann sollen aus dieser ominösen Titelgruppe, in der sich das sozusagen überflüssige Personal versammelt, im Haushaltsjahr 2003 insgesamt 1 826 Stellen abgebaut worden sein bzw. abgebaut werden. Hinzu kommen - ebenfalls ausweislich des Vorberichts - weitere 706 Stellen, die aus dem regulären Stellenbestand abgebaut worden sind bzw. bis zum Jahresende abgebaut werden.

Ich erlaube mir einmal, diese Zahl anzuzweifeln. Zwar bringt der neue Lehrerarifvertrag eine Entlastung, aber ein Personalabbau von mehr als 2 500 erscheint mir doch zu hoch gegriffen. Die Landesregierung wird in den Ausschüssen detailliert Auskunft darüber geben müssen. Erläutern müssen wird sie auch, wozu sie noch 4 500 nicht besetzte Stellen benötigt.

Meine Damen und Herren! Im Jahr 2004 sollen Personalausgaben in Höhe von 42,5 Millionen € im Bestand der Titelgruppe 96 erwirtschaftet werden. Da das in dieser Titelgruppe geparkte Personal mit 35 000 € pro Stelle angesetzt wird, schlussfolgere ich daraus, dass rund 1 200 Stellen im Verlauf des Haushaltsjahres 2004 abgebaut werden sollen. Das ist erheblich weniger, als für 2003 anvisiert wird, und insofern ebenfalls aufklärungsbedürftig.

Drittens muss aufgeklärt werden - zum Teil haben wir es schon gehört -, wie es zur Absenkung der Personalausgaben insgesamt kommen kann; denn wenn Sie die 260 Millionen € für den Ausgleich der Lehrerarbeitszeitkonten herausrechnen, sinken die Personalausgaben um etwa 115 Millionen €. Jetzt haben wir gerade erfahren, wie dies geschehen soll.

Herr Paqué, ich bin wirklich froh gewesen und habe gesagt: „Nun ist er doch ehrlich, ehrlicher, als ich dachte“; denn zum ersten Mal haben Sie im Zusammenhang mit dem Landesamt das erläutert, was Sie im letzten Jahr

bei den Hochschulen unter den Tisch haben fallen lassen. Wir wissen jetzt, wo ein Teil der Personalkosten geblieben ist. Dass Sie jetzt die Auszahlung der Löhne und Gehälter zum Monatsende verschieben, ist eine einmalige Angelegenheit und meiner Meinung nach keine Einsparung. Ich frage mich, was Sie in zwei Jahren machen. Verschieben Sie es noch einmal?

(Herr Scharf, CDU: Das ist doch erklärt worden!)

- Das ist keine Einsparung. Er hat ja erklärt, warum er im nächsten Jahr weniger Personalkosten hat. Das ist unter dem Strich aber keine Einsparung; denn das Geld muss weiterhin zur Verfügung gestellt werden.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Sie werfen es uns als Erblast vor. Dieser Tarifvertrag ist zu unseren Zeiten vereinbart worden. Sie hätten die Chance gehabt, beim Neuabschluss des Tarifvertrages die Auszahlung auf vier Jahre zu strecken. Die Gewerkschaften hätten garantiert mitgemacht.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich werde das Gefühl nicht los, dass die Landesregierung bei der Errechnung des Personalbestands und der Personalausgaben ein bewusstes Verwirrspiel betreibt. Vielleicht hat sie es heute aufgeklärt, aber ich versichere Ihnen, wir werden ihr genau auf die Finger schauen.

Noch eines, Herr Paqué; deswegen sage ich: Gnade des spät Geborenen oder des spät Berufenen. Hier sitzt ein großer Club von Leuten, die schon einmal im Landtag waren oder die Parteien unterstützt haben, die schon einmal im Landtag waren und Regierungsverantwortung getragen haben. Es gab eine Sonderkündigungsregelung im öffentlichen Dienst. Sie war mit dem Einigungsvertrag in Kraft gesetzt worden und galt bis Ende 1993.

Sachsen und Thüringen haben diese Regelung intensiv genutzt; Sachsen-Anhalt hat sie gar nicht genutzt. Wir haben es vor sechs oder sieben Jahren im Landtag debattiert. Damals hat Herr Bergner als Fraktionsvorsitzender gesagt: „Ja, Sie haben Recht. Wir haben damals Fehler gemacht. Wir hätten sie nutzen müssen.“

Wir haben zum Teil heute noch Erblasten von Ihnen zu tragen, die sie im Jahre 1993 aufgehäuft haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch etwas anderes sagen. Ich finde es richtig, dass die Landesregierung und die Gewerkschaften über einen Tarifvertrag verhandeln, der eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, verbunden mit gewissen Vergütungseinbußen, zum Ziel hat. Arbeit teilen und auf diese Weise Entlastungen vermeiden, das ist seit jeher unsere Position gewesen. Ich begrüße auch, dass die Landesregierung dieser Position gefolgt ist und sie sich zu Eigen gemacht hat. Ich hoffe, dass die Verhandlungen schnell zum Abschluss kommen und dass der Tarifvertrag schnell wirksam wird.

Meine Damen und Herren! Kommen wir zur vierten Frage: Was leistet der Haushalt, was leistet die Regierung, um das Land zu modernisieren? Nun gut, Sie schaffen ein Landesverwaltungsamt und damit angeblich eine schlagkräftigere Verwaltung. Sie werden sicherlich im Laufe der Zeit noch einige Stellen abbauen. Sie wollen die Verwaltungsgemeinschaften stärken, kommunale

Strukturen vergrößern und auch Einheitsgemeinden zu lassen bzw. sogar favorisieren. Viel ist das alles nicht, und das ist vor allem deshalb so bedauerlich, weil Sie auf jede Menge Geld verzichten. Sie haben bei den Blinden gespart, aber - mit Verlaub - Sie sind zu blind, um dort zu sparen, wo es wirklich etwas bringen könnte.

Ich will mich nicht allzu lange bei meinem Lieblingsthema aufhalten - wir haben bereits am letzten Donnerstag darüber debattiert -, aber lassen Sie mich eines sagen: Wenn wir die Einsparpotenziale bei den kommunalen und staatlichen Strukturen tatsächlich nutzen würden, wie es uns andere bereits vorgemacht haben, dann bräuchten wir über fehlende Mittel für Musikschulen oder für Schulsozialarbeit nicht mehr zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD)

Dann wären solche Programme, die wir in unserem Lande dringend brauchen, wieder eine Selbstverständlichkeit und nicht dauernd nur Gegenstand von Spardiskussionen. Aber Sie haben nicht den Mut und nicht die Kraft zu wirklichen Strukturreformen und zu einer umfassenden Funktionalreform.

(Herr Gürth, CDU: Und das aus Ihrem Munde!)

- Herr Gürth, natürlich.

Der gravierendste Mangel Ihrer Regierungszeit ist nämlich, dass Sie nicht das tun, was wirklich nötig wäre, und dass Sie stattdessen das tun, was keiner braucht.

(Beifall bei der SPD - Herr Gürth, CDU: Das glaubt doch niemand!)

- Herr Gürth, ich bin gespannt, wie Sie mit der massiven Kritik der kommunalen Spitzenverbände an Ihrer angeblichen Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften umgehen werden.

Meine Damen und Herren von der FDP, es gab Zeiten, da haben Ihre Koalitionskollegen im Landtag den Antrag gestellt, dass ein Forderungskatalog der Spitzenverbände 1 : 1 zum Landtagsbeschluss erhoben wird. Die jetzigen Regierungsfractionen setzen sich hingegen einfach über die Vorschläge und Kritiken der Spitzenverbände hinweg. So ändern sich eben die Zeiten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wie gemunkelt wird, will die CDU das Thema Kreisgebietsreform frühestens zum Jahr 2009 wieder aufgreifen. Positiv ist, dass sie es überhaupt aufgreift, denn ich kenne Aussagen - gerade auch vom Innenminister -, dass unser Land so etwas nicht brauche. Das ist das einzig Positive daran.

Ich wage aber gar nicht auszurechnen, was diese Verschiebung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag kostet. Das Innenministerium hat im Jahr 1992 Berechnungen zur Kreisgebietsreform angestellt. Danach wäre die Verwaltung in 180 000-Einwohner-Kreisen, allein auf den höheren Dienst und auf das Land bezogen, 40 Millionen € billiger als bei 120 000-Einwohner-Kreisen.

Meine Damen und Herren! Sie alle kennen die Einwohnerzahlen Ihrer Kreise. Nur vier liegen noch über 120 000 Einwohnern.

Meine Damen und Herren von der Koalition, an diesem Beispiel zeigt sich einmal mehr, dass Sie mit einer kurz-sichtigen Politik die Zukunft unseres Landes verspielen. Und die 40 Millionen € beziehen sich nur auf den höheren Dienst. Wenn man alles andere dazu nimmt, sind

das unvorstellbare Summen, die im Laufe der Jahre fehlen. Das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wie steht es eigentlich - das sind Summen, über die man reden muss, Herr Gürth - um die Initiative Mitteldeutschland? Ich habe lange nichts mehr davon gehört, nur vor kurzem etwas gelesen, und das las sich nicht so gut. Wie schlimm muss es um die Initiative bzw. um die darin verabredeten Projekte der Verwaltungsreform bestellt sein, wenn sich ein überaus korrekter Ministerialrat in einem Artikel folgendermaßen äußert:

„Die finanzielle Lage der Haushalte zwingt die Länder zu einer stärkeren Zusammenarbeit. Mit kleinkarierten Länderegoismen ist kein Staat mehr zu machen. Trotz dieser Erkenntnis - reicht der Druck aus angesichts der strukturellen Probleme in einzelnen Regionen der Länder, der unterschiedlichen Interessenlagen der politisch Verantwortlichen und der geringen Aufmerksamkeit der Bevölkerung für interne Verwaltungsvorgänge? Zweifel sind angebracht.“

Das ist keine Aussage von mir. Das ist von einem Ministerialbeamten aus dem Innenministerium.

(Herr Gürth, CDU: Und?)

Ich hätte doch zu gern gewusst, wer die politisch Verantwortlichen sind, die wegen unterschiedlicher Interessen hierbei blockieren. Politisch verantwortlich sind doch in der Regel Ministerpräsidenten und Minister.

Dass auch andere, Ihnen wohlgesonnene Menschen kritischer werden, zeigt folgendes Zitat:

„In Sachsen-Anhalt hat sich der Prozess der Reformen verlangsamt. Am guten Willen der Landesregierung liegt es nicht. Nur immer dann, wenn die Vorschläge in die Verwaltungen kommen, stockt es.“

Ein bemerkenswerter Satz, ausgesprochen von Herrn Liedke, dem Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände. Wer regiert dieses Land eigentlich? Die Regierung oder die Verwaltung?

Hierzu passt auch ein Zitat von Minister Becker - wieder nicht da - vom Samstag, worin er sich über die Beamten beklagt, die im Westen wohnen und hier arbeiten. Wörtlich sagt er, es bestehe die Gefahr, dass der Richter zu Hause ein Biedermann ist und am Arbeitsort irgendetwas anderes. - Leider ist er nicht da, der Herr Becker. Ich hätte ihn gern einmal gefragt, was er unter „anderes“ versteht: Blockierer, Brandstifter oder Lebemann?

(Zustimmung bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Guter Wille allein reicht nicht aus. Man muss seinen Willen gegenüber seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch durchsetzen können. Daran scheint es - nach dem, was wir gehört haben - zu hapern. In einem Satz: Sie haben, was die Modernisierung unseres Landes angeht, zwei Probleme: ein Erkenntnisproblem und ein Umsetzungsproblem.

(Herr Gürth, CDU: Falsch!)

Beides führt dazu, dass Sie finanzpolitisch nicht vom Fleck kommen.

Wie aber kommen wir vom Fleck? Was muss passieren in diesem Land? Welche Debatten müssen auf welcher Grundlage geführt werden? Wie machen wir Sachsen-Anhalt zukunftsfähig? - Vier Fragen, auf die auch die SPD keine fertigen Antworten hat. Wir jedenfalls sind in die Debatte eingestiegen. Die Finanzpolitiker und hier insbesondere Herr Bullerjahn haben aufgezeigt, wohin die Reise voraussichtlich geht, welche Einnahmen das Land in den kommenden knapp 20 Jahren zu erwarten hat, wo es im Ländervergleich steht, wie sich die Bevölkerung entwickelt und vieles mehr. Dies ist der Einstieg in eine nicht nur finanzpolitische Diskussion, die unbedingt geführt werden muss.

Ich glaube, Herr Paqué, Herr Bullerjahn hat kein Problem damit, Ihnen die Zahlen zu geben. Eigentlich hätten Sie die selbst schon ausrechnen müssen. Schade, dass Sie es bisher noch nicht gemacht haben.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Frau Dr. Kuppe, SPD)

Meine Damen und Herren! Wir müssen die finanzpolitischen Prognosen mit einem vernünftigen Politikentwurf verbinden. Dabei wird sich viel verändern müssen in den Verwaltungsstrukturen, beim Personal. So viel steht jedenfalls heute schon fest. Gleichzeitig müssen wir natürlich eine Diskussion darüber führen, wie wir bei bestimmten Entwicklungen gegensteuern können.

Es gibt mindestens ein Wahlversprechen, das die Regierung nicht gebrochen hat. Die CDU wollte sich dafür einsetzen, dass der „Papi hier bleibt“. Der ist auch hier geblieben. Dafür ist allerdings die große Schwester in den Westen gegangen und hat viele junge Frauen mitgenommen. Hierbei zum Beispiel müssen wir ansetzen. Was können wir tun, um die Abwanderung gerade junger Frauen zu stoppen? Wo sind die Arbeits- und Ausbildungsplätze - übrigens auch beim Land selbst? Zuletzt ging es hierbei gewaltig herunter. - Ein Armutszeugnis für diese Regierung, die doch Arbeit schaffen wollte.

(Herr Gürth, CDU: Quatsch!)

Zukunftsdebatte bedeutet auch Debatte über Jugend-, Familienpolitik, Kinderbetreuung, Bildungspolitik, Hochschulen. Pisa und die jüngste OECD-Studie haben gezeigt, wie es aussieht: kein gutes Bild für uns. Wo sind die Konzepte für bessere Schulen, für attraktivere Hochschulen, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Familiengründungen hierzulande wieder attraktiv werden?

(Minister Herr Kley: Wer hat uns denn das alles hinterlassen? - Unruhe bei der SPD)

- Fangen Sie nicht wieder mit den Altlasten an.

Diese Fragen stellen die Menschen und diese Fragen stellt auch die SPD hier im Parlament.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

- Wenn es jetzt um Pisa geht, Herr Kley, das haben wir doch schon alles durch. Die Schüler, die da geprüft worden sind, sind durch Ihre Schule gegangen. Hören Sie mit dem Quatsch endlich einmal auf!

(Beifall bei der SPD)

Diese Fragen müssen zum selbstverständlichen Bestandteil von Haushaltsberatungen werden, gleichberechtigt neben der Frage, wie wir unser Gemeinwesen bezahl-

bar halten und vielleicht irgendwann auch wieder schuldenfrei werden können.

Diese Fragen sind jedoch nicht nur Bestandteil der aktuellen Haushaltsberatungen im Lande, sondern auch der Reformdiskussion auf Bundesebene. Die Bayernwahl ist vorbei. Jetzt können sich CDU/CSU nicht mehr verweigern.

Herr Ministerpräsident, im Interesse unseres Landes hoffe ich, dass Sie sich ähnlich wie bei der Gesundheitsreform auch an den anderen Projekten beteiligen werden. In Ihren Interviews und Statements haben Sie den Eindruck erweckt, ein Politiker zu sein, der über Parteigrenzen hinweg denkt. Setzen Sie dieses auch in Taten um. Wir fordern Sie auf, sich konstruktiv in die Reformprozesse einzubringen. Genauso konstruktiv werden wir uns auch in die Haushaltsberatungen einbringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Danke, Herr Abgeordneter Dr. Püchel. - Für die CDU Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Herrn Scharf das Wort.

Herr Scharf (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen über die Haushaltspläne führen uns in das Zentrum der politischen Auseinandersetzungen, die wir zu führen haben. Deshalb erlauben Sie mir zu Anfang auch, ganz kurz auf die politischen Rahmenbedingungen einzugehen, in denen wir in Sachsen-Anhalt unsere Politik zu gestalten haben.

Das Wirtschaftswachstum dümpelt in Deutschland vor sich hin. Die Schätzungen lauten bundesweit in der Prognose zwischen -0,2 % und 0 %. Für Sachsen-Anhalt schwanken die Schätzungen zwischen 0,5 % und 0,6 %. Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen sind Besorgnis erregend. In Deutschland verzeichnen wir im Jahr 2003 wahrscheinlich - in der Prognose - einen Rückgang um 600 000 auf gut 38 Millionen Stellen. In Sachsen-Anhalt haben wir binnen Jahresfrist eine Abnahme um 24 000 Stellen zu verzeichnen, etwa je zu einem Drittel bedingt durch die demografischen Entwicklungen, durch den Wegfall von ABM und durch Arbeitsplatzabbau.

Insgesamt steigen in Deutschland die Arbeitslosenzahlen. Die ursprünglichen Prognosen des Kanzlers - das war die einzige Zahl, an der er seine Politik messen wollte - geraten immer mehr in Vergessenheit. Wir haben binnen Jahresfrist einen Anstieg um ungefähr 10 000 Arbeitslose zu vermeiden.

Heute konnten wir in der Zeitung lesen, dass wir beim Saldo aus Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen erstmals seit dem Jahr 1998 einen positiven Trend zu verzeichnen haben. Aber Vorsicht: Da sind die Ich-AGs dabei.

(Ach! bei der SPD und bei der PDS)

- Nun klatschen Sie einmal. Die Ich-AGs sind eine Erfindung von Schröder.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist doch positiv! Das können Sie ihm schreiben und sagen!)

Das heißt, wenn auf diese Art und Weise Statistiken in die Unvergleichbarkeit führen, dann haben wir politisch

noch gar nichts auf dem Arbeitsmarkt gekonnt, weil wir letztlich damit noch nicht in dem Maße neue Existenzen und Arbeit geschaffen haben, wie es notwendig ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen eines: Wenn die Bundesregierung erst einmal eine ominöse Sozialagentur für ganz Deutschland etabliert, die die Arbeitslosen klassifiziert nach vermittlungsfähigen und nicht vermittlungsfähigen, und wenn die so genannten nicht vermittlungsfähigen es plötzlich nicht mehr wert sind, in der Statistik geführt zu werden, was meinen Sie, was für gewaltige Verbesserungen in der Arbeitslosenstatistik wir dann von einem auf das andere Jahr bekommen werden,

(Unruhe bei der SPD und bei der PDS - Zuruf von Frau Bull, PDS)

ohne dass wir das reelle Problem in Deutschland lösen. Also deshalb, meine Damen und Herren: Sehr, sehr vorsichtig mit solchen Prognosen. Besserung ist bisher noch nicht in Sicht.

Wir müssen hingegen feststellen, dass wir in Sachsen-Anhalt sehr hohe Sozialhilfeausgaben pro Einwohner haben, und zwar in Sachsen-Anhalt 334 €, in Sachsen nur 253 € und in Thüringen nur 186 €. Das heißt, wir können feststellen, dass wir, ganz grob gesprochen, in den wirtschaftlich stärkeren neuen Bundesländern wesentlich geringere Sozialhilfelasten zu schultern haben. Wenn wir diesen Kreislauf nicht durchbrechen können, dann drohen wir noch eher in eine Spirale des Nicht-mehr-leisten-Könnens hineinzugeraten. Deshalb müssen wir versuchen, wirklich ernsthaft umzusteuern.

Die Steuereinnahmen entwickeln sich negativ. Herr Professor Paqué hat die Szenarien, denke ich, sehr deutlich gemacht. Der Vorwurf, dass man mittelfristige Finanzplanung mit mittelfristiger Finanzplanung vergleicht, ist unlauter. Das haben vorhergehende Landesregierungen auch gemacht. Freilich wissen wir, dass mittelfristige Finanzplanungen Informationsmaterialien sind. Sie sind mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Dass sie uns aber Jahr für Jahr wegrutschen, das kann letztlich nicht normal sein, meine Damen und Herren.

Wir müssen berücksichtigen, dass wir in Sachsen-Anhalt einen dramatischen Bevölkerungsschwund haben, der auch in Zukunft anhalten wird. Wir sind klug beraten, wenn wir nicht suggerieren, dass wir in der Lage wären, diesen Trend kurzfristig zu brechen. Wir müssen uns in den Finanzprognosen mittelfristig auf das Szenario einstellen, dass Sachsen-Anhalt, demografisch bedingt, jedes Jahr ungefähr 12 000 Einwohner verliert.

Welche Schlussfolgerungen kann man daraus ziehen? Deutschland befindet sich in einer tiefen Krise. Ein kleines Land wie Sachsen-Anhalt wird sich davon nicht vollständig abkoppeln können. Wir können uns dem Trend nur entgegenstemmen. Aber wir können ihn allein nicht kippen. Deshalb werden wir als Land Sachsen-Anhalt in der Bundespolitik keine Verweigerungshaltung einnehmen. Wir werden uns an wichtigen Vorhaben, soweit sie verantwortbar sind, beteiligen.

Das gilt für die Reform des Gesundheitswesens, obwohl einzelne Passagen in der CDU zu Recht sehr umstritten sind; aber wir werden uns beteiligen. Wir werden uns auch an der Gemeindefinanzreform beteiligen, wenn vernünftige Ergebnisse vorgelegt werden sollten. Wir werden uns bei einer vernünftigen Gegenfinanzierung auch an einer vorgezogenen Steuerreform beteiligen. Wir wer-

den uns an einer ernsthaften Diskussion um die Zukunft der Renten unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung beteiligen. Wir werden uns um die Modernisierung des Arbeitsrechts bemühen. Die Landesregierung hat zumindest als Denkanstoß entsprechende Initiativen in den Bundesrat eingebracht.

Wir sind dafür, die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammenzulegen. Aber wir sind dagegen, dass dieses zu einem Verschiebeparkplatz zulasten der Länder und Kommunen wird.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sind auch dafür, dass die besondere Situation in den neuen Bundesländern auch zukünftig berücksichtigt wird. Die Fraktionsvorsitzenden von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt haben übrigens gestern im Rahmen ihrer Beratung in Schkopau noch einmal eindringlich bekräftigt, dass wir da im so genannten MDR-Gebiet gleich marschieren. Ich muss sagen, der Schröder scheint sich um die besonderen Belange des Ostens nicht mehr zu kümmern. Angesichts dessen müssen wir umso lauter sagen, was weiterhin einzufordern ist;

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

denn wir haben, was die Angleichung der Lebensbedingungen unter Schließen der Infrastrukturlücke, die uns so sehr zu schaffen macht, angeht, in Deutschland noch längst kein Gleichmaß erreicht.

Es gilt, Lasten gleichmäßig zu verteilen. Umverteilung, ohne dass neu über das richtige Teilen nachgedacht wird, ist letztlich nicht möglich. Die Industrie muss wieder Steuern zahlen. Der Mittelstand muss mäßig entlastet werden. Aber der Ruf, nur die Besserverdienenden zu belasten, reicht nicht aus. Wir müssen auch Geringverdiener im Rahmen der Zumutbarkeit zur Sicherung des Standortes Deutschland mit heranziehen.

Die Zukunft Deutschlands steht auf dem Spiel. Es geht nicht nur darum, vielleicht die nächsten fünf Jahre über die Runden zu kommen; vielmehr müssen wir die Grundlagen dafür schaffen, dass wir die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen, zumindest vernünftige Überlebenschancen für die nächsten Jahrzehnte sichern. Hierzu, lieber Kollege Dr. Püchel, hätte ich in Ihrer Rede wenigstens eine vernünftige Idee erwartet, die man als Opposition der Landesregierung im Lande Sachsen-Anhalt umzusetzen empfiehlt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich weiß, wie schwer es ist, aus der Oppositionsrolle heraus für die Regierung Alternativvorschläge zu erarbeiten. Das ist auch nicht die Hauptaufgabe der Opposition. Die Hauptaufgabe der Opposition ist, zu kontrollieren und aufzupassen. Aber wegen der intellektuellen Redlichkeit kann man schon ein paar zündende Ideen erwarten. Das scheint der SPD außergewöhnlich schwer zu fallen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir waren gut beraten, nach der Landtagswahl 2002 sofort eine Analyse der Ausgangsbedingungen durchzuführen und eine saubere Grundlegung zu vollziehen; denn es ist offensichtlich, dass Sie sehr schnell versuchen, das schuldhaftes Handeln in der Vergangenheit zu vertuschen. Nach einem halben Jahr, spätestens nach anderthalb Jahren Tätigkeit der neuen Landesregierung sind alle Beschwerden, mit denen wir im Land Sachsen-Anhalt zu kämpfen haben, nur noch

Schuld der neuen Landesregierung. Die alte Landesregierung versucht mehr und mehr, sich hiervon freizusprechen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb zur Erinnerung im Schnelldurchlauf Folgendes - es muss immer wieder gesagt werden -: Ihr verfehlter Arbeitsplatzsicherungstarifvertrag kostet uns 260 Millionen €. Wenn Sie uns die kluge Entscheidung ans Herz legen, wir hätten im Zuge der Tarifvertragsverhandlungen aushandeln können, dass die 260 Millionen € in zwei oder drei Jahren zu zahlen wären, so sage ich Ihnen: Zahlen müssten wir sie trotzdem.

(Beifall bei der CDU)

Da machen wir lieber jetzt den Schnitt. Dann wissen alle Leute, woran wir sind, und wir haben einen neuen Anfang.

Man muss auch immer wieder sagen, dass wir Ihr altes Problem mit den beim Talsperrenbetrieb geparkten 100 Millionen € immer noch nicht gelöst haben. Die Landesregierung muss sich in diesem oder im nächsten Jahr dazu etwas einfallen lassen; anderenfalls müssen wir uns 2005 darüber unterhalten, wo wir dieses Geld lassen. Das heißt, wir haben Ihre Altlasten immer noch nicht alle abgearbeitet.

(Beifall bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist eine Altlast der Kommunen gewesen, das wissen Sie ganz genau!)

- Das ist ein bisschen einfach gesprochen. Da ist zum Teil auch - ich sage einmal - schlecht verhandelt worden. Das ist schlecht gemanagt. Das sind die Midewa-Altschulden. Da kann man natürlich auch die Frage stellen, warum das bei der Mawag völlig anders gelaufen ist als bei der Midewa. Da ist offensichtlich nicht klug und clever verhandelt worden. Jetzt müssen wir das Problem lösen. Die Landesregierung wird sich dieser Aufgabe auch nicht entziehen. Aber man muss sagen: Das ist ein Teil Ihrer alten, vermurksten Politik, die wir übernehmen mussten. Jetzt müssen wir versuchen, dies alles, sofern es geht, vernünftig zu richten.

Oder nehmen wir etwas, was man gar nicht so einfach in Zahlen fassen kann: Ein Bürokratieabbau fällt uns schwer. Aber wir stellen uns dieser Aufgabe. Mit Ihrem vermurksten Tariftreuegesetz haben Sie Bürokratie aufgebaut, die wir wieder abschaffen mussten. Das haben wir zum Glück hinbekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gucken Sie sich Ihre verfehlte Schulpolitik an. Sie haben sie zum Glück zum Schluss selbst nicht mehr verteidigen wollen. Aber ein Umsteuern ist auch nicht von einem aufs andere Jahr möglich. Wir haben, denke ich, eine vernünftige neue Richtung eingeschlagen, die aber die entsprechenden Maßnahmen müssen erst Jahr für Jahr umgesetzt werden. Die Fehler, die Sie gemacht haben, können sich erst in den folgenden Jahren auswirken. Man kann nicht einfach das Ruder herumlegen.

Angesichts dessen ist es richtig, dass wir mit einem Kurswechsel ernst gemacht haben. Alle freiwilligen Leistungen haben wir konsequent auf den Prüfstand gestellt. Der Finanzminister hat deutlich gemacht, dass man an die meisten freiwilligen Leistungen gar nicht mehr herankommt und dass wir gezwungen sind, Gesetze zu verändern, damit wir überhaupt noch Freiräume schaf-

fen. Das heißt, eine so genannte freie Spitze ist so gut wie gar nicht mehr vorhanden. Das macht die Lage so fatal.

Es ist gut und richtig, dass wir die Diskussion darüber, welchen Weg unser Land gehen soll - ich sage einmal - „angezettelt“ haben. Wir brauchen diesen Diskurs. Wir sind auch bemüht, möglichst viele Leute in Sachsen-Anhalt in diesen Diskurs mit hineinzunehmen. Wir bilden uns ein, gute Argumente zu haben. Wir wollen einmal sehen, wie die Bevölkerung des Landes Sachsen-Anhalt in ein paar Monaten reagiert, ob unsere Vorschläge angenommen werden oder ob sie verworfen werden.

Dahinein gehört die Diskussion um das Kinderbetreuungsgesetz. Wollen wir das Kinderbetreuungsgesetz, das drei Fraktionen im Landtag Sachsen-Anhalt gemeinsam beschlossen haben, oder wollen wir eine teurere Kinderbetreuung, die notwendigerweise zu Abstrichen in anderen Bereichen der Landespolitik führen würde?

An dieser Stelle unterscheiden wir uns auch deutlich von der PDS. Die PDS versucht, sich für meine Begriffe relativ einfach freizusprechen, indem sie erklärt, nicht bereit zu sein, über die Ausgabenseite zu sprechen, solange die Landesregierung sich weigert, das Geld dort abzuholen, wo es nach ihrer Auffassung abzuholen ist, nämlich bei den Besserverdienenden, bei der Industrie und den Handwerkern.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Wo steht das?)

- Das hat Herr Gallert mehrfach gesagt. Er behauptet immer, wir hätten in Sachsen-Anhalt kein Problem auf der Ausgabenseite, sondern ein Problem auf der Einnahmenseite. Wenn sich die Landesregierung nicht genügendem Maße um die Einnahmenseite kümmert, dann ist die PDS nicht bereit, ernsthaft über das Ausgabenproblem zu sprechen.

(Frau Dr. Sitte, PDS: Das ist nicht wahr! Das ist falsch, das wissen Sie!)

- Frau Dr. Sitte, dann können Sie es in Ihrer Rede ja korrigieren. Die Pressemitteilungen Ihrer Fraktion, die ich eigentlich alle lese, verstehe ich so, wie ich es dargelegt habe. Wir werden sehen, welche Detailvorschläge Sie im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen vorlegen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen mit flankierenden gesetzlichen Maßnahmen arbeiten. Deshalb ist im Rahmen dieser Sitzungsperiode auch das Besoldungs-nichtanpassungsgesetz für 2003 und 2004 eingebracht worden. Deshalb ist auch das Beamtenrechtliche Sonderzahlungsgesetz eingebracht worden. Ich sage ganz deutlich: Auch wir als Abgeordnete haben die Pflicht zum Sparen und zum Wirtschaften mit Augenmaß. Wir werden in die Pflicht zur Sparsamkeit auch uns selbst als Parlamentarier einbeziehen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen die Landesverwaltung umbauen. Die Landesregierung, das möchte ich deutlich sagen, pflügt die Landesverwaltung um.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ein bisschen flach!)

- Herr Dr. Püchel, ich glaube, mit dieser Intensität haben Sie zu Ihrer Regierungszeit nicht am Umbau der Landesverwaltung gearbeitet.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank - Herr Kurze, CDU: So ist es!)

Wir werden uns mit Sicherheit in den nächsten Wochen und Monaten sehr kontrovers über das Landesorganisationsgesetz unterhalten. Aber einen so konsequenten und starken Umbau der Landesverwaltung haben Sie sich in Ihrer Regierungszeit nicht anzugehen getraut.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Was ist mit der Funktionalreform?)

- Das ist die Funktionalreform, die wir mit angehen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das Aufgeblähte? - Minister Herr Becker: Was soll daran aufgebläht sein?)

- Das ist kein Aufblähen. Wenn Sie sich einmal den Haushaltsplanentwurf genauer anschauen und ein wenig frozeln über die Titelgruppe 96, so kann ich Sie davor nur warnen. Das ist der ernsthafteste Versuch, vernünftige Personalstrukturen aufzubauen, den ich in den letzten acht Jahren in diesem Landtag erlebt habe. Die Stellenpläne sind erstmals wieder etwas wert. Die waren zu Ihrer Regierungszeit nichts wert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Stellenpläne spiegeln in Zukunft die tatsächlichen Personalkörper wieder. Wer darin in Zukunft auf Dauer keinen Platz findet, dem muss das auch deutlich gesagt werden. Diesen Mut hatten Sie nicht.

(Herr Dr. Püchel, SPD: 4 500 nicht besetzte Stellen, was ist denn damit?)

- Herr Kollege Dr. Püchel, Sie haben in der Vergangenheit einfach Folgendes getan: Sie haben sich nicht getraut, die Stellenpläne vernünftig zu strukturieren; Sie haben einfach den Deckel draufgehalten wie auf einen Schnellkochtopf und haben immer versucht, den Personalkörper zu quälen und zu quetschen, indem Sie das Geld nicht gegeben haben. Das hat nach meiner Auffassung letztlich zu darwinistischen Ausleseprinzipien geführt. Das hat nichts mit einer vorausschauenden und planenden Personalpolitik zu tun.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir bauen den Personalkörper um und wir werden die Landesregierung auf diesem Weg konsequent unterstützen.

(Frau Budde, SPD: Wer's glaubt!)

- Ja.

(Frau Budde, SPD: Ich glaube das nicht!)

- Das ist weniger eine Frage des Glaubens als vielmehr eine Frage der sauberen Planung und des knallharten Haushaltsvollzuges.

(Frau Budde, SPD: Doch, das ist eine Frage des Glaubens! Das ist ausschließlich eine Glaubensfrage!)

Die Unkenrufe, die Herr Bullerjahn während der Haushaltsberatungen immer störend - so möchte ich es sagen - versucht hat, in die Debatte einzubringen, dass diese Ziele schon für das Jahr 2003 nicht erreicht werden, sind unangebracht. Die bisherige Prognose in diesem Bereich für das Jahr 2003 deutet darauf hin, dass wir das Ziel zumindest für das Haushaltsjahr 2003 erreichen werden. Die Landesregierung ist in der Lage, diese Ziele tatsächlich umzusetzen.

(Frau Budde, SPD: Darzustellen!)

- Umzusetzen, meine Damen und Herren.

(Frau Budde, SPD: Darzustellen!)

Wir haben mit dem Ersten und mit dem Zweiten Investitionserleichterungsgesetz Schritte eingeleitet, um Sachsen-Anhalt zu einem Musterland für Investitionen zu machen. Wir legen die Grundlagen dafür.

Ich würde an Ihrer Stelle nicht lästerlich über das Erste und das Zweite Investitionserleichterungsgesetz reden. Es ist ein sehr mühsamer Weg, den wir damit beschritten haben. Die Entbürokratisierung ist nach unserer Auffassung notwendig gewesen und wir werden in den nächsten Jahren die Früchte ernten. Mit diesem Umbau ist noch nicht Schluss. Die von Minister Becker angekündigte Entbürokratisierungsoffensive werden wir auch tatsächlich angehen und es werden weitere Vorlagen der Landesregierung in dieser Hinsicht folgen.

Wir gehen auch über das Land Sachsen-Anhalt hinaus. Wir nehmen zum Beispiel durch Bundesratsinitiativen dazu Stellung, dass wir im Rahmen der Umstellung von der Soll- auf die Istbesteuerung bei kleinen Umsatzsteuerzahlern den Kleinbetrieben helfen wollen. Wir wollen mit einem Handwerkersicherungsgesetz die Zahlungsmoral zumindest teilweise wieder verbessern. Wir sind auch durchaus bereit, über Öffnungen im Arbeitsrecht zu sprechen, über maßvolle Öffnungen im Arbeitsrecht, mit denen wir auf spezifische Sondersituationen in den neuen Bundesländern zielgenau eingehen können.

Vieles liegt im Moment im Bundesrat im Topf. Ich weiß nicht, was bei der Diskussion insgesamt herauskommen wird, aber diese Fragen ernsthaft zu stellen und darüber nachzudenken, ob wir auf spezifische Bedingungen auch spezifisch reagieren müssen, und die Grundlagen dafür zu schaffen, diese Aufgabe hat diese Landesregierung tatsächlich angepackt. Ich denke, das ist eine bemerkenswerte Aufgabe.

Wir nehmen die Bildungskompetenz sehr ernst. Die Bildungsreform haben wir unter Kultusminister Professor Olbertz eingeleitet. Ich möchte jetzt nicht auf die Einzelheiten eingehen, möchte aber sagen: Das ist schon eine große Aufgabe, der wir uns stellen. Wir werden uns, nachdem wir die Bildungspolitik umgeformt haben, mit der Hochschulstrukturreform einer ganz schwierigen Aufgabe stellen.

Ich gehe davon aus, dass wir im Herbst auch diese Aufgabe zu einem vernünftigen Ende bringen werden; denn wir müssen es schaffen, in diesem schwierigen Bereich zu sparen und gleichzeitig unsere Hochschulen wettbewerbsfähiger zu machen. Es kann nicht sein, dass wir darüber nur standortpolitisch - so möchte ich es sagen -, aus dem Blickwinkel einzelner Hochschulstandorte diskutieren. Wir müssen uns als Sachsen-Anhalt insgesamt mit der Hochschullandschaft so stellen, dass wir in ganz Deutschland und darüber hinaus wettbewerbsfähig sind. Diesen Weg, glaube ich, werden wir ebenfalls erfolgreich angehen.

Zum Thema Kommunalreform. Was wir mit der Kommunalreform anpacken, das ist, glaube ich, auch nicht zu verachten.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Bescheiden!)

Wir werden im Herbst unser Gesetz zur Modernisierung der Verwaltungsgemeinschaften im Landtag verabschieden. Die Aufgaben, die wir uns hierbei gestellt haben, sind in Ihren Augen vielleicht zu bescheiden, aber wir

müssen berücksichtigen, dass wir stark widerstreitende Interessen vor Ort haben, denen Rechnung zu tragen ist. Zum Schluss muss eine verantwortbare, von allen oder zumindest von großen Gruppen akzeptierte Gesetzeslösung gefunden werden. Ich glaube, der Weg, den wir hiermit beschreiten, ist der richtige. Wir werden diesen Weg auch konsequent bis zum Ende gehen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Was sagen Sie den Spitzenverbänden?)

- Das sagen wir auch den Spitzenverbänden.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Was sagen Sie zu deren Meinung?)

- Die Spitzenverbände kritisieren uns nicht in Bausch und Bogen. Wir haben auch viele Anregungen der kommunalen Spitzenverbände aufgenommen. Man muss im Hinblick auf die kommunalen Spitzenverbänden aber auch sagen, dass sich der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund nicht in allen Detailfragen einig sind.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Im Großen und Ganzen doch!)

- Im Großen und Ganzen sind sie es schon, aber wenn es in die Details geht, sind wir gezwungen, uns eine eigene Meinung zu bilden und dann abschließend eigenverantwortlich zu entscheiden.

Meine Damen und Herren! Ich komme zu einigen speziellen Aspekten des Haushaltsplanentwurfes 2004. Der Haushalt wurde pünktlich erstellt.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das ist doch schon einmal etwas, Herr Scharf!)

- Ja, das ist etwas; wir haben schon ganz andere Zeiten gehabt.

(Herr Bullerjahn, SPD: Passen Sie auf, was Sie jetzt sagen, Herr Scharf!)

Die CD-ROM wurde dem Landtag so früh übermittelt wie noch nie, sodass wir als Parlamentarier in diesem Jahr in der Lage waren, uns so gründlich

(Herr Bullerjahn, SPD: Dann hätten Sie etwas für Herrn Paqué machen sollen, Herr Scharf!)

auf die Haushaltsberatungen, zumindest die erste Lesung, vorzubereiten, wie uns das seit Jahren nicht gelungen ist.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Herr Gürth, CDU: Das stimmt!)

Dies ist ein Akt der Fairness der Landesregierung gegenüber allen Parlamentariern. Wir haben schon Zeiten gehabt, in denen uns der Haushaltsplanentwurf einen Tag vor der Ältestenratssitzung herübergeschoben worden ist. Diese Zeit ist vorbei.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Wo ist das FAG? - Frau Budde, SPD: Das ist schlimmer geworden! Da haben Sie Recht!)

- Dazu kommen wir noch. - Deshalb ist dies eine gute und faire Leistung der Landesregierung gegenüber dem Parlament.

Der Einwurf „Wo ist das FAG?“ ist allerdings richtig. Teile des Haushaltsbegleitgesetzes fehlen noch. Sie müssen noch vorgelegt werden. Wir haben eben gehört, dass sie vorgelegt werden. Dies ist wirklich misslich und

nicht in Ordnung, aber das ist rechtlich hinzunehmen. Jetzt hätten Sie fairerweise einmal einen Blick nach Berlin werfen sollen.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das müssen Sie doch machen, Herr Scharf!)

Sehen Sie sich an, was Finanzminister Eichel dem Bundestag vorgelegt hat, mit so vielen offenen und ungeklärten Fragen, mit Gesetzen, bei denen kein Mensch auf Bundesebene weiß, wie die materiellen Regelungen letztlich aussehen werden. Gleichwohl ist von Herrn Eichel haushaltsmäßig alles schon eingestellt worden. Gemessen an dem Durcheinander, das wir im Moment auf Bundesebene feststellen müssen, ist die Tatsache, dass das Haushaltsbegleitgesetz in einigen Teilen nachgeliefert wird, von diesem Parlament in der Tat zu bemängeln, aber das ist keine große Schuld.

(Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre)

Entscheidend ist, dass wir zum Ende der Haushaltsberatungen alles zusammenführen - die haushaltsmäßigen Grundlagen, die wir legen müssen, und die Gesetzesänderungen, die wir durchführen müssen. Das haben wir im letzten Jahr geschafft und das werden wir auch in diesem Jahr schaffen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Bei uns wäre es ein Skandal gewesen! - Minister Herr Dr. Daehre: Wenn Ihre Kollegen nur halb so gut arbeiten würden wie wir!)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, beißen Sie sich an dieser kleinen Frage nicht fest. Der materielle Regelungsinhalt ist vom Prinzip her bekannt. Der Gesetzestext selbst wird - davon gehe ich aus - dem Landtag so schnell es geht nachgeliefert werden.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Morgen!)

- Morgen nicht. Sie wissen selbst, dass das nicht geht. Dann würden Sie sich sofort darüber beschweren, dass die Anhörungsrechte nicht in ausreichendem Maße beachtet worden wären. So geht es nicht.

(Minister Herr Dr. Daehre: Morgen ist erst Herr Eichel dran und dann wir! - Frau Budde, SPD: Sie wissen aber seit gestern, dass Sie einen Haushalt aufstellen! - Weitere Zurufe)

Es ist durchaus zu würdigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass es der Landesregierung trotz der insgesamt sehr widrigen Rahmenbedingungen gelungen ist, einen verfassungsgemäßen Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2004 vorzulegen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Gemessen an den ursprünglichen Szenarien der mittelfristigen Finanzplanung ist dies gewiss unbefriedigend - der Finanzminister hat das ganz offen konstatiert -, aber auch Sie wären in dieser Zeit nicht in der Lage gewesen, einen Haushalt vorzulegen, der von niedrigeren Verschuldungszahlen ausgeht. Wir müssten sonst Einschnitte in Bereichen vornehmen, die auch wir als unverantwortlich bezeichnen müssten. Die Senkung der Nettoneuschuldung ist ein hehres Ziel, aber eine Schuldensenkung nur um der Schuldensenkung willen ist keine verantwortbare Politik.

(Frau Budde, SPD: Das ist aber ganz neu!)

Deshalb müssen wir uns der Gesamtverantwortung stellen

(Frau Budde, SPD: Diesen Satz habe ich in der Vergangenheit nicht gehört, Herr Scharf!)

und können die Neuverschuldung nur in dem Maß zurückführen, wie das tatsächlich möglich ist.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Wir befinden uns in einer Phase sinkender Haushaltsvolumina, stellen aber insgesamt klar, dass wir ein Land sind, das im Aufholprozess unheimlichen Nachholbedarf hat. Das ist eine Leistung, die aufseiten der Opposition anerkannt werden könnte.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Frau Budde, SPD)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Herr Scharf, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Bullerjahn?

Herr Scharf (CDU):

Ja.

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Bitte sehr.

Herr Bullerjahn (SPD):

Herr Scharf, ich denke, man sollte all das etwas unaufgerechter diskutieren, weil bestimmte Zwänge bei jedem vorhanden sein werden. Was aber wirklich nicht geht, ist, dass man - wie eine Schlange - Diskussions- und Verhaltensweisen der vergangenen acht Jahre einfach abstreift und sich eine neue Haut gibt. Sie waren derjenige - deswegen werde ich meine Frage gleich daran anknüpfen -, der frei von jeglichen Zwängen - die Kürzungen würden nämlich Fachprogramme treffen - immer wieder den jeweiligen SPD-Minister aufgefordert hat, die Nettoneuverschuldung zurückzuführen.

Warum ist diese Erkenntnis, dass es dann vielleicht die Kommunalfinanzen, die Wirtschaftsförderung trifft, für Sie erst nach der Wahl greifbar und war es nicht vorher? Das möchte ich gern von Ihnen hören.

Bitte hören Sie mit der Legende auf, dass unter Ihrer Regierung die Haushaltsvolumina zurückgehen würden. Hätten wir das Hochwasser nicht gehabt, würden wir über die gleichen Eckwerte reden wie in den letzten Jahren.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

Bitte erklären Sie mir, warum Sie diese Erkenntnis acht Jahre lang nicht hatten, obwohl wir Sie immer wieder darauf hingewiesen haben.

(Minister Herr Dr. Daehre: Genau das ist es!)

Herr Scharf (CDU):

Herr Bullerjahn, so einfach ist das nicht. Sie hatten einmal einen Finanzminister in Ihren Reihen, der offen davon sprach, dass er für seine Vorstellungen keine Mehrheit

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das geht Ihnen jetzt auch so!)

in der eigenen Quasi-Koalition gefunden hat.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sie haben genau das Problem, oder was?)

Damals verwendeten Sie Worte, die ich jetzt um der Ehre dieser Person willen nicht zitieren möchte.

(Herr Bullerjahn, SPD: Lenken Sie doch nicht ab, das kennen alle!)

Damals ist Ihnen der Haushalt - ich will es einmal so sagen - entglitten.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das kennen doch aber alle!)

Das haben wir zu der Zeit, als wir leider die Oppositionsrolle einnehmen mussten, auch kräftig kritisiert. Das ist einfach die Aufgabe der Opposition. Ihre Aufgabe ist es jetzt, die Landesregierung zu kontrollieren.

(Frau Budde, SPD: Ach, wir haben eine andere Aufgabe?)

Aber Sie müssen in Ihrer Kritik auch die Rand- und Rahmenbedingungen berücksichtigen, innerhalb deren man sich bewegen muss. Deshalb will ich sagen: Die Landesregierung ist im Rahmen der Haushaltskonsolidierung

(Frau Budde, SPD: Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen!)

bis an die Grenze des Zumutbaren gegangen. Mehr ist im Moment einfach nicht möglich. Die Zeiten sind nun einmal schlecht und in schlechten Zeiten kann man keine besonders gute Politik machen.

(Lachen bei der SPD - Zustimmung von Frau Budde, SPD, und von Herrn Bullerjahn, SPD)

Wir müssen versuchen, unter ganz miesen Rahmenbedingungen eine verantwortbare Haushaltspolitik zu realisieren. Es ist doch nicht so, dass der Finanzminister freiwillig sein Ziel im Hinblick auf die Rückführung der Nettoneuverschuldung um zwei Jahre verschoben hat. Das war nicht die ursprüngliche Auffassung des Finanzministers. Die äußeren Rahmenbedingungen zwingen uns dazu, uns von bestimmten Zielvorstellungen zu verabschieden.

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Darum kommen wir nun einmal nicht herum.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Früher haben Sie Demonstrationen organisiert!)

- Wie bitte?

(Herr Dr. Püchel, SPD: Früher haben Sie Demonstrationen organisiert!)

- Das ist jetzt mehr Ihre Aufgabe, wenn Sie darauf Wert legen.

(Minister Herr Dr. Daehre: Aber es folgt Ihnen keiner!)

- Wir werden sehen, wer dann folgt. Wir schauen dann noch einmal.

Jetzt waren wir bei den Investitionsausgaben und bei der Nettoneuverschuldung, die wir zurückführen werden. Es ist zu beachten, dass uns in beträchtlichem Maße die Zinslasten quälen. Ein besonderer Effekt, den wir in diesem Jahr zu vermerken haben, ist: Es wird trotz der Er-

höhung der Nettokreditaufnahme im Jahr 2004 möglich sein, die Zinsausgaben zu reduzieren.

(Herr Bullerjahn, SPD: Weniger Zinsen als wir? Das hätten wir vorher brauchen können!)

Aber man muss natürlich davor warnen. Auf der anderen Seite müssen wir als Parlamentarier uns über Folgendes im Klaren sein: Wenn sich das Zinsniveau nur ein wenig ändert, haben wir hiermit einen Risikoposten, dem wir kaum ausweichen können. Das heißt, wir haben in der Zukunft eine große Last, die uns wirklich zu großer Vorsicht mahnen muss. Deshalb ist die weitere Rückführung der Neuverschuldung im Rahmen des vernünftig Zumutbaren und Möglichen weiterhin ein Hauptziel dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Stellschraube!)

- Das ist keine Stellschraube.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist eine Stellschraube!)

- Das kann keine Stellschraube sein, weil wir die zukünftige Entwicklung des Zinsniveaus wirklich nicht voraussagen können.

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass im Haushaltsplan des Jahres 2003 einige Sondereffekte vorhanden sind, die wir in den folgenden Haushalten nicht einfach wiederholen können. Wir gehen davon aus, dass wir in beträchtlichem Maße Veräußerungen von Beteiligungen und Verkäufe realisieren können. Das ist nicht in jedem Jahr möglich. Wir müssen auch auf Sondereffekte, die wir im Jahr 2003 noch einmal nutzen konnten, in den Folgejahren verzichten. Das heißt, das kommt in den Folgejahren erschwerend auf die Haushaltsführung dieser Landesregierung zu.

Kommen wir noch einmal zu den Personalausgaben. Auch nach Auffassung der CDU-Fraktion sind die Personalausgaben, die mithin ein Viertel des gesamten Haushaltsvolumens beanspruchen - konkret 27,4 % -, der Schlüssel zur Haushaltskonsolidierung. Deshalb wird in den nächsten Jahren die Frage entscheidend sein, ob wir mit dem Stellenabbaukonzept wirklich vorankommen. Dazu gehört die vorhin schon angesprochene Funktionalreform.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Richtig!)

Das muss ich nicht noch einmal ausführen. Die Landesregierung muss an dieser Stelle wirklich hart bleiben.

Eines müssen wir als Parlament fordern - das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich in Richtung Landesregierung -: Wir brauchen nicht nur ein Personalabbaukonzept, wir brauchen auch ein qualifiziertes Stellenentwicklungskonzept.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Denn bei dieser schwierigen Aufgabe, den Personalkörper insgesamt zu reduzieren, haben wir gleichzeitig die Aufgabe, gesunde Personalkörper aufzubauen. Das gilt insbesondere für Einstellungskorridore bei den Lehrern, die wir realisieren müssen. Aber auch in anderen Verwaltungsbereichen müssen wir jungen qualifizierten Fachkräften die Möglichkeit geben, in die Landesverwaltung hineinzukommen.

(Zustimmung bei der CDU)

Das heißt, es ist eine doppelte Aufgabe, die gelöst werden muss und die die eigentlich notwendigen Abbauzah-

len noch ein wenig drastischer erscheinen lässt. Doch anderenfalls werden wir die notwendigen Einstellungen nicht realisieren können. Wir, die CDU-Landtagsfraktion, fordern: Wir brauchen zukünftig ein Stellenentwicklungskonzept. Das sind wir der Gesamtentwicklung im Land Sachsen-Anhalt schuldig.

Kommen wir zu den Kommunalzuweisungen. Wir werden versuchen, die Kommunalzuweisungen auch weiterhin auf einem möglichst hohen Niveau zu halten. Die Kommunalzuweisungen sind eine beliebte Spielwiese, auf der die Vergleichsmaßstäbe so oder so gewählt werden. Derjenige, der sich nicht ständig mit Kommunalzuweisungen beschäftigt, wird kaum unterscheiden können, ob der eine oder der andere im Landtag die richtigen Vergleichszahlen präsentiert.

Das hängt damit zusammen - ich muss es an dieser Stelle noch einmal sagen -, dass die Veranschlagung der FAG-Masse auf der Grundlage des Haushaltsplanentwurfs vorgenommen wird. Später wird die Istabrechnung vorgenommen und im Ergebnis der Istabrechnung erfolgen dann Nachzahlungen oder Rückzahlungen spätestens im übernächsten Jahr.

Das heißt, Sie haben drei Jahre, die Sie miteinander vergleichen können. Je nachdem, welche Basiszahl Sie für diese Vergleiche wählen, können Sie der erstaunten Öffentlichkeit sagen, Sie hätten ganz anders gerechnet als Ihr Vorredner.

Eines will ich ganz deutlich sagen: Wir werden den Kommunen weiterhin das zukommen lassen, was nach unserer Auffassung unbedingt nötig ist. Wir werden auch versuchen, die so genannte Finanzausgleichsmasse zu erhöhen, indem wir Mittel aus Programmen in die Finanzausgleichsmasse umschichten. Das ist an einigen Stellen nicht unproblematisch. Wir müssen an einigen Stellen mit strengen Zweckbindungen arbeiten, damit wir sicherstellen können, dass die Kommunen die Mittel nach der Umschichtung

(Herr Dr. Püchel, SPD: Was sind das für Umschichtungen, Herr Scharf?)

tatsächlich so verwenden, wie wir es als Gesetzgeber im Land Sachsen-Anhalt vorgeben. Das ist kein Taschenspielertrick; denn allein die Verwaltungsvereinfachung eröffnet Einsparpotenziale sowohl auf Landesseite als auch auf kommunaler Seite, an die wir sonst nicht herankommen würden.

Die Programme, die man umschichten kann, die sind allen in diesem Hause bekannt. Die Landesregierung wird im Rahmen der Novellierung des FAG ihre Vorstellungen in den Landtag einbringen. Wir werden über all das im Fachausschuss und im Finanzausschuss nach bestem Wissen und Gewissen diskutieren und wir werden es, wie ich denke, auch beschließen.

Wir müssen genau aufpassen, dass es nicht zu Fehlallokationen kommt. Wenn wir sicher sind, dass es nicht zu Fehlallokationen kommt, dann können wir auch mit gutem Gewissen diesen Weg der Verwaltungsvereinfachung gehen. Die Landesregierung hat dies angekündigt. Wir haben im Landtag letztlich nie etwas anderes gesagt. Deshalb sind wir in dieser Frage sehr konsequent.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Ein kurzer Überblick über einige andere Felder der Politik. Wir werden in fast allen Einzelplänen Einsparpotenziale eröffnen. Ich greife als Beispiel den Haushalt des

Innenressorts heraus. In diesem sind Einsparungen möglich, insbesondere infolge von Privatisierungen im logistischen Bereich der Polizeiverwaltung. Diesbezüglich hat der Innenminister tatsächlich gute Arbeit geleistet. Wenn der Innenminister die entsprechende Vorarbeit leistet, dann ist das Parlament gut beraten, dies im Landtag letztlich zu vollziehen.

Wir können die Polizeifahrzeuge in einem großen Umfang - das ist kostenmindernd - über Leasingverträge beziehen. Bei Spezialfahrzeugen geht das selbstverständlich nicht. Aber an den Stellen, an denen tatsächlich Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschließen sind, sollten wir uns nicht länger zieren.

Wir werden im Hinblick auf die Studieninstitute ein Fortbildungskonzept zu erarbeiten haben, sodass wir in diesem Bereich aufgrund von Zusammenlegungen in der nächsten Zeit auch für die Landesverwaltung insgesamt mit Einspareffekten rechnen können. Das Fortbildungskonzept der Landesregierung gehört nach meiner Auffassung in ein Personalentwicklungskonzept, das wir von der Landesregierung zukünftig erwarten.

Lassen Sie mich kurz den Einzelplan 05 - Ministerium für Gesundheit und Soziales - streifen. Das Haushaltsvolumen liegt bei ungefähr 900 Millionen €. Wir werden im Landeshaushalt also weiterhin in einem erheblichen Umfang Mittel für Ausgaben in diesem Bereich zur Verfügung stellen. Wir werden eine Erhöhung der Sozialhilfeausgaben abfangen müssen. Dem Sozialminister ist es gelungen, in dem Einzelplan seines Ressorts Erhöhungen der Sozialhilfeausgaben abzufangen. Wir werden Konsolidierungsmaßnahmen an anderer Stelle durchführen.

Die Zuweisungen im Rahmen des KiFöG sind in den Einzelplan 13 überführt worden. Ich will an dieser Stelle deutlich sagen: Es geht nicht darum, KiFöG-Zuweisungen zu reduzieren. Das sollte auch niemand in der Öffentlichkeit sagen. Wir haben in den Beratungen über den Haushaltsplan 2003 immer festgehalten, dass es Übergangsfinanzierungen in einer Größenordnung von insgesamt 15 Millionen € gegeben hat. Diese Mittel gehören zukünftig nicht zu der normalen Finanzierung im KiFöG-Bereich.

(Herr Tullner, CDU: Genau! - Unruhe bei der SPD)

Das war eine Übergangsfinanzierung für das Jahr der Gesetzesumstellung. Dies, denke ich, muss klar sein. Im Übrigen ist die Finanzierung selbst im Gesetz festgelegt, sodass wir im Haushaltsplan 2004 nur das zu veranschlagen haben, was aus dem Gesetz folgt. Hierbei kann also niemand irgendetwas vertuschen. Deshalb sollte niemand in der Öffentlichkeit versuchen, diesbezüglich ein Nebelbombe zu werfen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das sind doch gar nicht die 15 Millionen €!)

Wir werden beim Krankenhausbau weiterhin ein hohes Niveau beibehalten. Man muss aber fairerweise sagen: Die Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf eine Art, die in den anderen neuen Bundesländern schon seit einigen Jahren üblich ist, führt im nächsten Jahr zu Mehrbelastungen auf der kommunalen Seite in Höhe von ungefähr 10 Millionen €. Das muss an dieser Stelle ehrlich gesagt werden. Hiermit legen wir eine Last auf die Kommunen, die sie vorher nicht hatten. Aber wir legen keine größere Last auf die Kommunen, als sie in den anderen neuen Bundesländern bereits seit mehre-

ren Jahren üblich ist. Insofern begehen wir hiermit in gewisser Weise eine Art Rechtsbereinigung.

(Herr Bullerjahn, SPD: Herr Scharf!)

Wir werden die Maßnahmen zur Verbesserung von Sporteinrichtungen von überregionaler Bedeutung weiterhin auf hohem Niveau durchführen. Hierfür werden zusätzlich 5 Millionen € zur Verfügung gestellt.

Wir werden die Stadt Halle im Zusammenhang mit der Bewerbung Leipzigs für die Austragung der Olympischen Spiele und der Paralympics im Jahr 2012 tatkräftig unterstützen. Wir werden darüber hinaus Leipzig in der Initiative Mitteldeutschland weiterhin voll unterstützen, damit es gelingt, die Olympischen Spiele nach Leipzig zu holen und damit den mitteldeutschen Raum insgesamt zu stärken.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von Minister Herrn Dr. Daehre)

Einige Anmerkungen zum Etat des Kultusministers. Hierbei ist eine Stelle hervorzuheben, die sonst selten erwähnt wird: Der Kultusminister selbst ist in der Lage, im Kultusministerium einige Angestelltenstellen einzusparen und in die Titelgruppe 96 zu überführen. Das macht nicht jeder Minister freiwillig. Das heißt, der Kultusminister ist bereit, nach seinen Möglichkeiten zur Eröffnung von Einsparpotenzialen beizutragen.

Wir werden weiterhin in ausreichendem Umfang Mittel für die Schulen zur Verfügung stellen. Wir werden auch die Finanzierung von Projekten im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft, Bildung und Betreuung“ gewährleisten. Das hilft uns trotz der Probleme, zu denen die Verhandlungen mit dem Bund an dieser Stelle geführt haben. Aber wir, das Land Sachsen-Anhalt, werden diese Mittel in vollem Umfang abrufen.

Problematisch ist in meinen Augen die vorgesehene Reduzierung des Ansatzes für die Erwachsenenbildung. Darüber haben bereits im letzten Jahr diskutiert. Das wird in diesem Jahr in den Ausschüssen mit Sicherheit noch einmal besprochen werden müssen. Diesbezüglich will ich mich noch nicht endgültig festlegen.

Besonders schmerzlich ist für die CDU-Fraktion die relativ starke Reduzierung von Zuwendungen für Schulen in freier Trägerschaft.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das ist Scheinheiligkeit!)

Es ist schon deutlich gemacht worden, dass der Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes vorsieht, den so genannten Sachkostenanteil von 15 % auf 10 % zu reduzieren. Jetzt ärgere ich mich, dass Frau Mittendorf nicht anwesend ist. - Wo ist denn eigentlich Frau Mittendorf?

(Herr Tullner, CDU: Genau! - Zuruf von Frau Kachel, SPD - Unruhe)

Über die Krokodilstränen, die Frau Mittendorf in der Zeitung hierüber vergießt, hätte ich mit ihr gern im Plenum diskutiert.

(Frau Budde, SPD: Herr Scharf, ich wäre ganz vorsichtig!)

Dass gerade Frau Mittendorf ihr Herz für die Schulen in freier Trägerschaft in dem Moment entdeckt, als die Landesregierung an dieser Stelle eingreift

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Daehre - Frau Feußner, CDU: Wer's glaubt, wird selig! - Unruhe bei der SPD)

und der Kultusminister - er ist jetzt nicht anwesend - in seiner Not, nachdem er alle Umschichtungen in seinem Haus geprüft hat,

(Oh! bei der SPD)

gesagt hat, dann sehen wir einmal, was an dieser Stelle einigermaßen verantwortbar ist, dass gerade Frau Mittendorf dies kritisiert, die mit den Schulen in freier Trägerschaft nie etwas hat anfangen können, ist doch nun wirklich nicht ehrlich.

(Herr Gürth, CDU: Wo er Recht hat, hat er Recht!
- Frau Budde, SPD: Ich wäre an Ihrer Stelle ganz vorsichtig, Herr Scharf! - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich sage noch eines: Wir haben Sie vor Jahren heftig kritisiert, als Sie an die Ersatzschulverordnung herangegangen sind. Das haben wir aus voller Überzeugung gemacht, weil wir gesagt haben: Sie gehen dabei einen falschen Weg. Aber sehen Sie jetzt einmal in Ihren Reihen nach, wer glaubwürdig die Demonstration zur Verhinderung dieses Gesetzes anführen soll. Sie werden wenige Leute finden, weil wir, die CDU, uns in den Jahren immer für die Schulen in freier Trägerschaft eingesetzt haben.

(Frau Budde, SPD: Was offensichtlich nicht half!
- Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Wir haben es begrüßt. Der Gründungsboom, den wir in den letzten Jahren verzeichnen konnten, ist doch ein Zeichen dafür, dass wir den Leuten Mut gemacht haben, diesen Weg zu gehen. Umso misslicher ist, dass wir diesen Leuten jetzt sagen müssen: Wir unterstützen euch auf diesem Weg weiter, aber wir müssen euch leider etwas höhere Lasten auferlegen.

(Frau Budde, SPD: So viel Scheinheiligkeit, Herr Scharf!)

Aber die Lasten sind nicht so hoch, dass die Eltern daran zerbrechen werden.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ihre Reden kann man nebeneinander legen! - Zuruf von Frau Budde, SPD - Unruhe bei der SPD)

Es ist ein wirklich schmerzlicher Weg, den wir gehen müssen.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Aber wir werden diesen Weg mit Verantwortung und mit Augenmaß gehen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ihre Reden kann man nebeneinander halten!)

Wenn Politik einfach wäre und wir diese Maßnahmen nicht ergreifen müssten, dann könnte man es auch Ihnen überlassen. Aber weil Politik so schwierig ist, müssen wir sie selbst vollziehen.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank - Minister Herr Dr. Daehre lacht)

Kommen wir kurz auf die Hochschulen zurück. Wir machen den Hochschulen Mut, mit dem Kultusminister über die Zielvereinbarungen und über zukünftige Präzisierungen der Zielvereinbarungen einen Weg zu finden, der dazu führt, dass wir ab 2006 eine Budgeteinsparung in Höhe von 10 % erreichen können. Wenn die Hochschulen diesen Weg mit dem Kultusminister nicht finden,

dann sind wir als Parlament gezwungen, hierfür Vorgaben zu machen.

Ich denke, es ist nicht gut, wenn man die Bevölkerung ermuntert, montags gegen kritisierte Einsparungen im Kinderförderungsbereich auf die Straße zu gehen, dienstags gegen Kürzungen im Bildungsbereich auf die Straße zu gehen, mittwochs auf die Straße zu gehen, weil angeblich die innere Sicherheit nicht mehr richtig gewährleistet ist,

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das gibt es doch gar nicht!)

donnerstags auf die Straße zu gehen, weil man Landesbediensteten nicht zumuten kann, von Halle nach Magdeburg oder umgekehrt zu fahren. Wir sind gezwungen, am Jahresende den Sack so zuzubinden, dass das vorhin angesprochene Ziel der mittelfristigen Rückführung der Nettoneuverschuldung tatsächlich erreicht werden kann.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Unverschämtheit!)

Deshalb ist die verteilungspolitische Diskussion über die Frage „Was können wir uns im Lande Sachsen-Anhalt mittelfristig leisten?“ so eminent wichtig. Deshalb werden wir diese Diskussion in den nächsten Wochen und Monaten führen. Wir haben keine schlechten Karten in diesem Prozess.

(Herr Dr. Püchel, SPD: So etwas von Scheinheiligkeit!)

Wir werden die Bevölkerung mit unseren Konzepten davon überzeugen, dass ein anderer Weg im Land Sachsen-Anhalt nicht zu verantworten ist.

Zum Bereich Wirtschaft und Arbeit. Die zentralen Ziele der Wirtschaftspolitik der Landesregierung können auch mit den im Haushaltsplanentwurf vorgesehenen Ansätzen weiter verfolgt werden. Es stehen für die Wirtschaftsförderung, inklusive der Mittel aus dem europäischen Strukturfonds, der EFRE-Mittel, 687 Millionen € bereit. Der Wirtschaftsminister hat uns glaubhaft versichert: Die Investoren sind da, mit denen er in den nächsten Jahren diese Mittel umsetzen kann.

Wir haben auch einige Kürzungen und einige Umschichtungen vornehmen müssen, die nach unserer Auffassung verantwortbar sind. Ich denke zum Beispiel daran, dass wir bei der Bergbausanierung im nächsten Jahr 5 Millionen € weniger zur Verfügung stellen werden. Aber deshalb wird die Bergbausanierung keinen Abbruch erleiden. Wir werden diese Maßnahmen weiterhin verantwortlich durchzuführen haben.

Wir werden für die wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung im nächsten Jahr sogar mehr vorsehen können.

Wir werden im Bereich des Arbeitsmarktes im nächsten Jahr rund 17 Millionen € weniger zur Verfügung stellen, aber wichtige Programme, wie zum Beispiel das Programm „Aktiv zur Rente“, können fortgeführt werden.

Nun muss man aber eines ganz klar sagen: Die materielle Gestaltung des zweiten Arbeitsmarktes hängt im Wesentlichen von bundespolitischen Vorgaben ab. Wir haben dabei in den meisten Fällen nur für eine Kofinanzierung zu sorgen. Man muss ganz deutlich sagen:

Schröder und Gerster nehmen auf den Osten keinerlei Rücksicht mehr.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Frau Dr. Sitte, PDS: Aber Herr Stoiber!)

Diese Hauptbewegung, die wir im Land Sachsen-Anhalt nur in gewisser Weise korrigieren können, schlägt voll auf die Arbeitsmarktzahlen im Land Sachsen-Anhalt durch. Ich muss sagen: So konsequent, wie zum Beispiel ein Herr Steinbrück eine neue parteipolitische Diskussion anzettelt, dass man im Osten Geld sparen muss, um es im Westen auszugeben - -

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Sie werden keinen verantwortlichen Bundespolitiker der CDU finden, den Sie zitieren könnten, der wie Herr Steinbrück im Moment versucht, die neuen Länder über den Tisch zu ziehen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Minister Herrn Dr. Daehre)

Ich kann der Landesregierung nur Mut machen, sich dieser Entwicklung in allen Gremien, in denen wir etwas mitzureden haben - das ist ja hauptsächlich im Bundesrat - voll entgegenzustellen. Wir können heilfrohen sein, dass die Verhandlungen zum Solidarpakt II abgeschlossen sind. Wir müssen darauf pochen, dass der Solidarpakt II auch wirklich eingehalten wird.

Nun erinnern Sie sich bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, insbesondere der SPD, daran: Als der Solidarpakt II verhandelt worden war, hatten wir als Opposition an dieser Stelle den Solidarpakt II gelobt, weil das ein Verhandlungsergebnis war, das den neuen Bundesländern wirklich Planungssicherheit bis zum Jahr 2019 gegeben hat. Nun müssen auch alle zusammenstehen, um das Verhandlungsergebnis zu verteidigen, damit es in den nächsten Jahren nicht wieder abhanden kommt. Herrn Schröder traue ich dabei alles zu. Deshalb müssen wir aufpassen, dass wir in den neuen Ländern hierbei auch tatsächlich zusammenstehen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Ihnen traue ich jetzt auch alles zu! Was Sie erzählen!)

Machen wir noch einen kurzen Exkurs in den Einzelplan 14 - Bau und Verkehr. Es ist gut und richtig, dass wir in höherem Maße als bisher an dieser Stelle die EFRE-Mittel verwenden. So können wir Landesmittel schonen, um die Baumaßnahmen, die aus der Landes Sicht notwendig sind, auch tatsächlich fortzuführen. So werden wir für den Straßenbau aus dem Landeshaushalt 2004 über 100 Millionen € ausgeben können. Das ist wirklich ein sehr lobenswertes und ein sehr positives Ergebnis, das uns ohne Umschichtungen so nicht gelungen wäre.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Wir müssen uns allerdings von einigen Bauprogrammen im Einzelplan 14 verabschieden, weil sie nicht mehr zu finanzieren sind und weil wir sie bei anderen Schwerpunktsetzungen durch andere Programme zu ersetzen haben.

Dieser Minister hat den Mut gehabt zu sagen: Es geht um Abrissprogramme. Wir hatten einmal einen Wohnungsbauminister, der gesagt hat, er wolle nie ein Ab-

risminister werden. Aber die Entwicklung hat ihn eingeholt.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der FDP)

Wir haben den Mut, den Menschen zu sagen: Wo abgerissen werden muss, da muss es auch wirklich geschehen. Dazu gehört die entsprechende Förderung. Dann können wir hinterher im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen die Wohnumfelder so gestalten, dass die Städte, auch die schrumpfenden Städte, lebenswert bleiben. Wir haben diesbezüglich keine ideologischen Scheuklappen; wir gehen einen notwendigen Weg mit Konsequenz, meine Damen und Herren.

(Herr Dr. Heyer, SPD: Das werden Sie nie verstehen, Herr Scharf, nie! Nie werden Sie das verstehen, Herr Scharf! Nie, nie, nie! - Lachen bei der CDU)

- Das ist nun einmal das Rollenspiel, dass der eine oder andere mal in die Opposition muss und dann fühlt er sich nicht richtig verstanden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Das passiert schon mal.

Im Verantwortungsbereich des Landwirtschafts- und Umweltministeriums leben wir in erheblichem Maße davon, wie sich die EU-Mittel entwickeln. Deshalb muss man feststellen: Wenn die Ausgaben im Einzelplan 09 insgesamt um 22 % gesunken sind, dann ist das nicht eine Folge dessen, dass die Landwirtschaftspolitik in dieser Landesregierung keine Rolle mehr spielt, sondern wir haben gerade im Einzelplan 09 in erheblichem Maße das zu vollziehen, was auf der EU-Ebene beschlossen worden ist. Dabei können wir einen großen eigenen Gestaltungsspielraum gar nicht entwickeln.

Die Landwirtschaftsministerin hat, denke ich, das Notwendige für ihren Verantwortungsbereich eingestellt. Der Hochwasserschutz spielt eine bedeutende Rolle, die Investitionen in den ländlichen Raum werden fortgeführt, das Wegekonzept und die Dorfentwicklung stehen im Vordergrund. Wir lassen den ländlichen Raum nicht hängen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Zum Schluss möchte ich die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und auch die Opposition noch einmal dazu einladen, eine Grundsatzdiskussion über den Weg dieses Landes zu führen. Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger auf, sich in die Politik einzumischen; wir suchen den Gesprächskontakt mit den Bürgern.

Wir haben dann aber als Parlamentarier die Pflicht, die vielen Briefe und Meinungsäußerungen, die an uns herangetragen werden, nach bestem Wissen und Gewissen zu prüfen, darüber in den Ausschüssen zu beraten und dann im Dezember aber auch darüber zu entscheiden - so früh zu entscheiden, dass wir mit der Verabschiedung des Haushalts im Dezember allen Zuwendungsempfängern und allen Kommunen eine Planungssicherheit für das nächste Jahr, für das Jahr 2004, geben, sodass auf berechenbarer Grundlage alle diejenigen, die von landespolitischen Entscheidungen abhängig sind, eine Marschrichtung haben, wie die Landespolitik gestaltet wird.

Ich lade alle dazu ein, diesen Prozess zu begleiten, unabhängig davon, ob sie nun die Regierung stützen oder die Regierung vornehmlich kritisieren. Wir haben die Ver-

antwortung, hier in diesem Raum alles auf den Punkt zu bringen. Bei allem, was wir hier deutlich diskutieren, haben wir die Chance - auch im Interesse der Stärkung der Demokratie -, die Bevölkerung mitzunehmen. Bei allem, was wir hier nicht ordentlich diskutieren, haben wir keine Chance, das den Leuten vernünftig zu erklären.

Wir werden Politik gestalten, und wir werden als CDU - dabei schließe ich jetzt einmal die FDP ein - die Landesregierung bei der Lösung dieser Aufgabe unterstützen und dort, wo es notwendig ist, auch ein Stückchen korrigieren. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsidentin Frau Dr. Paschke:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Scharf.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine Damen und Herren! Für die PDS-Fraktion erhält nun die Abgeordnete Frau Dr. Sitte das Wort. Bitte sehr, Frau Dr. Sitte.

Frau Dr. Sitte (PDS):

Danke, Herr Präsident. - Ein Regierungsziel sollte eine genaue Vorstellung davon geben, wie etwas am Ende eines Prozesses aussehen soll. Es muss eine eindeutige Aussage über angestrebte Entwicklungsbedingungen enthalten. Ein Ziel ist daher ganz offensichtlich mehr als ein eingeschlagener Weg.

Weniger Geld ausgeben zu wollen beschreibt allenfalls einen Weg, aber kein Ziel.

Wenn die Landesregierung weniger Geld ausgeben will, wenn sie weniger Personal beschäftigen und die Personalkosten senken will, wenn sie die Neuverschuldung reduzieren will, so bleibt aktuell doch die Feststellung, dass niemand weiß, welches Ziel dadurch erreicht werden soll.

Selbst wenn die Landesregierung ein schlüssiges Konsolidierungsprogramm hätte: Ohne Zielstellungen bleibt unklar, wofür diese Anstrengungen geleistet werden und wofür sich die zusätzlichen Lasten am Ende lohnen sollen. Wir diskutieren heute auch deshalb mit der Regierung, um von ihr darüber endlich etwas Konkretes zu erfahren, etwas Konkretes über diese Perspektive.

Der Ministerpräsident hat eine Zukunftsdebatte angestoßen. Bislang ist er uns aber schuldig geblieben zu sagen, welche inhaltlichen Vorstellungen er von dieser Zukunft hat. Bislang hat er nur eine Botschaft vermittelt, nämlich dass der Einzelne seine Leistung steigern und noch mehr Lasten tragen muss.

Dem halten wir jedoch entgegen, Herr Ministerpräsident, dass nicht jener Schreiner der Beste von allen ist, bei dem mehr Späne fallen als bei anderen.

(Zustimmung bei der PDS)

Nun hat sich der Ministerpräsident dabei mit seiner Botschaft an die Menschen in Sachsen-Anhalt gewandt. Der Finanzminister hat es nochmals bekräftigt, Herr Scharf ebenfalls. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden.

Wogegen wir aber sehr viel einzuwenden haben, ist, dass alles in der Toleranzbreite einer Zeiss-Präzisionsoptik und nur mit einer einzigen Option aufgezeigt wird:

Das Land muss weniger Geld ausgeben, was nichts anderes nach sich zieht als die Tatsache, dass die Bürger Einsicht dafür aufbringen sollen, dass sie im Gegenzug mehr Geld ausgeben müssen, ihre Abgaben an den Staat jedoch unverändert bleiben. Mehr Geld soll dann privat ausgegeben werden für Leistungen, die nun nicht mehr das Land erbringen wird. Am Ende heißt das auch nichts anderes als weniger Leistungen für das gleiche Geld.

Der Ministerpräsident wirbt mit seiner Botschaft natürlich um Mehrheiten - das ist völlig klar -, aber eben nur in seinem Sinne. Dabei entscheiden er und seine Regierung lediglich über Ausgaben, die auch nur über eine Umverteilung bestimmt, aber nicht selbst finanziert worden sind.

Nun stelle man sich doch einfach einmal den umgekehrten Fall vor. Die angerufene Mehrheit würde die Botschaft in dem gleichen Sinne zurückgeben. Die Angerufenen teilen also mit: Sie wollen jetzt auch weniger Geld ausgeben müssen. Immerhin sorgen sie als Steuerzahler für immer mehr Input in das System und erhalten dafür deutlich weniger Output. Diesem Prozess liegen also politische Entscheidungen und Prioritätenwechsel zugrunde. Das Ganze nennt sich dann auch noch irreführend „Reform“.

Zur Ehrlichkeit dieser Zukunftsdebatte gehört, dass sich die Regierung endlich die Frage stellt, warum trotz stetig wachsendem gesellschaftlichen Reichtum die Leute faktisch immer weniger bekommen.

(Beifall bei der PDS)

Nun sagen Sie mir nicht, das alles läge an den Millionen von Arbeitslosen, die die Gesellschaft doch so belasten. Darauf müsste ich dann nämlich meinerseits anführen, dass die Zuwendungen an Arbeitslose und Sozialhilfempfeänger den direkten und indirekten Subventionen und Steuervergünstigungen in der Wirtschaft gegenüberstehen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns darüber einig sind - das scheint in diesem Haus so zu sein -, dass der Staat kein Gebilde ist, das sich zum Selbstzweck organisiert, dann haben wir in der Debatte zu klären, was von ihm, respektive dem Land, geleistet werden soll, welcher Einnahmen es dazu bedarf und wie man zu selbigen kommen könnte.

Der Ministerpräsident verkürzt nach meinem Dafürhalten die Fragestellung unzulässig, indem er nur die Ausgabenseite anspricht und angesichts des Volksbegehrens erst einmal ohne Wenn und Aber klargestellt hat, dass die Ausgaben für das Kinderbetreuungsgesetz eine Gefahr für das Land darstellen.

Nun spiegelt sich im Volksbegehren aber nur ein kleiner Ausschnitt aus einem viel übergreifenderen und tiefer gehenden Problem wider. Es stellen sich nämlich ganz grundsätzlich die Fragen: Gehört Kinderfreundlichkeit zu den Entwicklungszielen dieser Gesellschaft? Was haben Kinder und Jugendliche zu erwarten? Wie soll was durch wen erbracht werden?

Für den Fall, dass sich die angerufene Mehrheit für die Kinderfreundlichkeit als prioritäres Ziel entscheidet, hat der Ministerpräsident schon einmal wissen lassen, dass sich darin für ihn ein unbegründetes Anspruchsdenken manifestiere. So kommuniziert er tapfer und ehrlich, dass es genau dieses ein bisschen sozialistisch angehauchte Anspruchsdenken sei, welches den Sozialstaat

zugrunde richte und weshalb es ihn nicht mehr so wie bisher geben könne.

Mit dieser Aussage befindet er sich mittlerweile nicht mehr allein auf weiter Flur, sondern in einer ziemlich ordentlichen Mehrheit von Parteien, angefangen bei der CSU bis hin zur SPD. Diese Balance bestimmt natürlich auch die medialen Botschaften, sodass zwischenzeitlich die Leute wirklich schon fast ein schlechtes Gewissen bekommen, wenn sie fragen, was ihnen denn dann noch von den Steuergroschen überhaupt zusteht.

Na klar, die Gesellschaft ändert sich nachhaltig. Wer will das an dieser Stelle leugnen? Realistische Alternativen zu dieser inhaltlichen Neuausrichtung, zu Aufgaben, Ausgaben und Einnahmen des Staates, werden aber in dieser Debatte gar nicht erst zugelassen. Sollten sie doch irgendwo auftauchen, dann kommen sie sowieso von den ewig Gestrigen und den unmodernen Besitzstandswahren.

Fazit: Auf diesem Weg kann eine echte Zukunftsdebatte eigentlich gar nicht zustande kommen.

Dass der Staat in der Tat nicht alles machen muss oder dass er manches um den Preis der Übernahme anderer Verpflichtungen abgeben kann, ist nur theoretisch unumstritten. Praktisch wird aber seit Jahren ausschließlich darüber geredet, wessen sich der Staat noch entledigen könnte. Damit ist der gesellschaftliche Dialog eben nicht mehr offen. Die Botschaft lautet unter diesen Rahmenbedingungen: Wenn du mehr von der Zukunft haben willst, musst du mehr geben. Das suggeriert zugleich: Die Zukunft ist dein Problem, und du bestimmst über dich selbst, und zwar nur du.

Aber das stimmt einfach nicht. Selbst wenn der Opferbereitesten sich dazu finden würde, er stieße an Grenzen und Bedingungen in der Gestalt des gesellschaftlichen Umfelds. Die Qualität dieser Rahmenbedingungen entzieht sich seiner individuellen Steuerung. Spätestens an dieser Stelle kommt die Politik nun doch in die Pflicht und sie muss natürlich Prioritäten setzen und entscheiden. Das ist ihre originäre Aufgabe.

Mir scheint, meine Damen und Herren, wir befinden uns in einem Entwicklungsstadium, in dem wir endlich zu der Einsicht kommen sollten, dass die meisten konventionellen Versuche, diese Probleme zu lösen, nur dazu geeignet sind, die Probleme eskalieren zu lassen.

(Beifall bei der PDS)

Wenn die im Land lebenden Menschen langfristig bessere oder zumindest verbesserte Lebenschancen bekommen sollen, dann müssen wir dafür auch die Entwicklungsgrundlagen schaffen. Diese müssen gefördert werden. Diese Grundlagen müssen in zehn bis 20 Jahren eine andere Qualität als anderswo aufweisen. Also müssen wir uns über die Entwicklungsziele und Grundlagen in Sachsen-Anhalt einig werden. Von Zukunftsinvestitionen in Innovationspotenziale muss die Rede sein. Im Übrigen stehen in unserer Verfassung Staatsziele. Diese gehören in diese Debatte genauso hinein.

Ein Jahr nach der Wahl reicht es eben, wie das auch heute geschehen ist, nicht mehr, zu sagen: Leute, die Lage ist schlecht. Das ist nun wirklich niemandem verborgen geblieben. Es mutet auch schon ein wenig grotesk an, dass mit Ministerpräsident Professor Böhmer gerade einer derjenigen Landespolitiker zu einer Zukunftsdebatte auffordert, die sich durch eine jahrelange Ignoranz der Bemühungen um die Entwicklung eines

Leitbildes für eine nachhaltige Entwicklung Sachsen-Anhalts ausgezeichnet haben. Das heißt, es ist klar, dass dieser Ruf, den er selbst ausgesandt hat, bei uns etwas taktisch ankommt.

Zukunftsfähigkeit definiert sich in diesem Zusammenhang eben nicht nur unter fiskalischen Aspekten. Gerade die jüngsten Schritte der Landesregierung lassen diesbezüglich Zweifel aufkommen. Eine ernsthafte öffentliche Zukunftsdebatte in Sachsen-Anhalt muss Ökonomie, Ökologie, Soziales sowie Politik und Verwaltung gleichermaßen einschließen. Ein modernes Land ist eben nicht ein Land, das sich ein Landesverwaltungsamt gibt, Herr Püchel. Diesbezüglich muss ich Ihnen völlig widersprechen.

(Beifall bei der PDS)

Vokabeln wie „Nachhaltigkeitsstrategie“ oder „Agenda 21“ tauchen in der Koalitionsvereinbarung nicht einmal auf. Seit der im Oktober des vergangenen Jahres erfolgten Verkündung der Absicht der Landesregierung, in einem dreistufigen Prozess ein Leitbild „Agenda 21“ für Sachsen-Anhalt entwickeln zu wollen, hat man davon nichts wieder vernommen. Das gehört aber ebenso in die Zukunftsdebatte.

Der Ministerpräsident hat nun die Volksbegehrenden nochmals darauf hingewiesen, dass das Geld nicht vom Himmel fällt. - Stimmt. - Sollten diese also uneinsichtig darauf bestehen, dann würden sie schon sehen, was sie davon haben; denn dann stünden die Stärkung des Wirtschaftsstandortes und der Abbau der Arbeitslosigkeit infrage. - Ich habe extra den Wortlaut des Interviews noch einmal nachgelesen.

Abgesehen davon, dass wir es als skandalös empfinden, auf welche Weise der Ministerpräsident Interessengruppen gegeneinander ausspielt, ist der hergestellte Bezug nicht einmal zwingend. Daher haben wir uns im Gesamtsystem des vorliegenden Haushalts umgesehen und geprüft, ob die Forderungen der Initiatoren des Volksbegehrens tatsächlich zum Ruin führen, wie Herr Paqué es darlegte, ohne es allerdings in seiner Rede bewiesen zu haben.

Wir sind zu einer anderen Einschätzung gekommen, die auf realistischen Vorschlägen zur Gegenfinanzierung beruht. - Herr Scharf, wir haben die Lösungen in diesem Haushalt gefunden und eben nicht auf fehlende Einnahmen vom Bund oder von sonst wem verwiesen.

Unsere Vorschläge betreffen Bereiche wie Sachkostenansätze, Personalkostenansätze, überhöhte Gehälter von Geschäftsführern bei Landesgesellschaften, Ausgaben des Landesinformationszentrums, Mittel aus dem Titel zur Sanierung der Abwasserzweckverbände, Dienstleistungen Außenstehender und letztlich auch Mittel für Kommunikationstechniken. Darüber kann man im Finanzausschuss sicher reden. Ich hoffe es wenigstens.

Meine Damen und Herren! Die Mobilisierung von Mitteln für die Kinderbetreuung führt nach unserer Einschätzung zu einer der wichtigsten Zukunftsinvestitionen. Deshalb haben wir eben an dieser Stelle eine andere Priorität gesetzt, auch wenn sie sich in der Geschichte schmerzvoll entwickelt hat. Dies belegt auch ein Vergleich mit Ländern, die in den Studien zur Leistungsfähigkeit von Elementar- und Sekundarstufenschülern erfolgreich sind, zum Beispiel die Niederlande, Schweden und Finnland. Gerade diese Länder haben ein sehr gut ausgebautes System der vorschulischen Förderung.

Mit unseren Vorschlägen sind wir den Forderungen von Fragestellern sowohl inner- als auch außerhalb des Landtages gerecht geworden. Dass der Finanzminister uns dabei, wie zu lesen war, Zahlenspielerereien unterstellt, soll verunsichern - ganz klar - bzw. mangelnde Sachkenntnis unterstellen. So richtig wundert uns das natürlich nicht.

Im Übrigen hat hier Herr Paqué fehlende Einnahmen als Grund für die Finanzmisere des Landes vorgebracht, Herr Scharf. Nicht wir haben damit angefangen, sondern Herr Paqué hat das zum Ausgangspunkt seiner Erläuterungen gemacht.

Als der Ministerpräsident noch Oppositionsführer war, hat er an dieser Stelle immer betont, sich um die Finanzierung von inhaltlichen Forderungen der Opposition zu kümmern sei Sache der Regierung. Jetzt gehört er zur Regierung und kümmert sich nicht einmal ernsthaft um die inhaltlichen Vorschläge der Opposition, geschweige denn um deren Finanzierung.

(Zustimmung bei der PDS)

Aber er kümmert sich genau genommen nicht einmal um Gegenstrategien, mit denen die von ihm beklagten engen finanziellen Spielräume erweitert werden können. Wir sehen in diesem Handeln nur Widersprüche.

Ein Schimpfen auf die Entscheidungen der Bundesregierung, das durchaus seine Berechtigung hat - in dem Punkt haben wir Übereinstimmung -, geht nicht damit einher, wirklich konsistente Gegenvorschläge zu unterbreiten. Er zerrt, wie man so schön sagt, nicht einmal an den Ketten. Die Entscheidungen aus dem Bundesrat zu lasten der Ostländer belegen das. Herr Paqué sollte also nicht unbedingt so laut klagen. Angesichts der Mehrheiten hätten die CDU und die FDP in den letzten zwei Jahren längst dagegen vorgehen können.

Die Entscheidungen des Bundestages und des Bundesrates haben in den letzten Jahren gewaltige Steuergeschenke für Großverdiener und Großunternehmer gebracht. Die Begründung dafür war, dass damit Investitionen und neue Arbeitsplätze finanziert werden sollen. Dann kam das Leben daher und hat etwas ganz anderes gezeigt. Die Wirtschaft stagniert - nur bei Herrn Rehberger im Ministerium nicht - und die Arbeitslosigkeit steigt.

Würden diese Gesetze revidiert, könnte nicht nur die Kinderbetreuung bezahlt werden, sondern das Land müsste auch kaum noch neue Schulden machen. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen für Einnahmeverluste aus Anteilen, die dem Land jährlich verloren gehen. Das realisiert sich etwa als geringere Bundeszuweisung und über den Länderfinanzausgleich.

Durch die Absenkung des Spitzensteuersatzes von 53 % auf 42 % verliert das Land in dem Zeitraum 1999 bis 2004 zwischen 80 und 100 Millionen €. Durch die geänderte Körperschaftsteuer der Kapitalgesellschaften hat das Land 1999 200 bis 250 Millionen € eingebüßt. Letztlich brächte eine Vermögenssteuer, berechnet auf der Basis der Zahlen des Jahres 1997, zusätzliche Einnahmen in Höhe von 40 bis 60 Millionen €.

Allein diese wenigen Beispiele für Steuergeschenke, die die Landesregierung mitträgt, machen ein Minus von 320 bis 410 Millionen € im Haushalt aus. Es ist klar, dass dieses Geld unter anderem für die Kinderbetreuung, im Jugend- und Bildungsbereich, bei den Hochschulen, bei der Mittelstandsförderung und für die Senkung der Arbeitslosigkeit fehlt.

Nach dem Abschluss von Vermittlungsverfahren im Frühjahr waren die sich abzeichnenden Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte im Grunde genommen kaum noch der Rede wert und wurden dann - es ist erwähnt worden - durch die Steuerschätzung im Mai schon fast wieder erschlagen. Allein für das Land Sachsen-Anhalt ergab sich für das Jahr 2003 nochmals ein Steuerminus von 180 Millionen €.

Das wiederum war nun so verheerend, dass selbst die CDU und die FDP eine verbale Umkehr zu einzelnen, vorher heftig kritisierten Punkten vollzogen. Minister Paqué war nun doch für die Streichung der Eigenheimzulage und für eine Kürzung der übrigen Subventionen um jeweils 20 %.

Zu diesem Zeitpunkt - das ist völlig klar - blieb das als verpuffte Luft stehen. Das Papier für die Pressemitteilung hätte man sich ebenso gut sparen können, wenn man nur wenige Wochen vorher die Vorschläge der Bundesregierung abgewogen und nicht nur abgelehnt hätte. Die PDS wollte übrigens die Mittel aus der Streichung der Eigenheimzulage in den Stadtbau Ost lenken.

Auch in puncto Erbschaftsteuer gab es ein Geschenk des Ministerpräsidenten. Im November 2002 stellte die PDS-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Entschließungsantrag, der unter anderem die Reformierung der Erbschaftsteuer enthielt und die Landesregierung aufforderte, diesbezüglich im Bundesrat initiativ zu werden. Das alles war natürlich „einheitssozialistisches Teufelszeug“.

Umso erstaunlicher allerdings ist der Sinneswandel des Ministerpräsidenten, der, wie im „Handelsblatt“ vom 21. August dieses Jahres nachzulesen ist, über die Erhöhung der Erbschaftsteuer diskutieren will, wenn sich daran eine entsprechende Bundesratsinitiative anschließen würde.

Wenn sich also die Landesregierung in die Bundespolitik einbringen will - Herr Scharf, wir haben überhaupt nichts dagegen -, dann auch mit belastbaren Positionen.

(Beifall bei der PDS)

So bleibt nämlich nur zu sagen, dass das alles hier etwas ratlos ankommt. Ähnliche Widersprüche werden wir dann wohl auch in den Positionen der Landesregierung zur Gemeindefinanzreform zu erwarten haben.

Die Situation der Kommunen bezüglich ihrer finanziellen Ausstattung im Verhältnis zum Umfang ihrer Aufgaben ist katastrophal und zwingt sie zunehmend, Investitionen und freiwillige Ausgaben aus dem Haushalt zu streichen, um wenigstens noch die gesetzlich fixierten Aufgaben ausführen zu können. Selbst das gelingt den Kommunen immer weniger, wie es die Konsolidierungsprogramme von 18 Landkreisen zeigen.

Um diese Situation zu beenden und die Probleme einer langfristig haltbaren Lösung zuzuführen, wurde von der Bundesregierung eine Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen eingesetzt, deren Bericht zwar Anfang Juli dieses Jahres vorlag, die aber mit Blick auf die Reform der Gewerbesteuer kein klares Ergebnis brachte.

Nunmehr hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zum Umbau der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer vorgelegt. Die Entscheidung zur Reformierung der Gewerbesteuer als Bindeglied zwischen den Kommunen und den örtlichen Unternehmen ist durchaus richtig. Allerdings spiegelt der Gesetzentwurf der Bun-

desregierung nicht die Interessen der Kommunen wider, sondern einseitig die der Wirtschafts- und Unternehmerverbände, die das ihrerseits ganz eindeutig bestätigen.

Von den anfänglichen Vorschlägen ist lediglich die Aufnahme der Freibeträge in die Gewerbesteuer übrig geblieben. Verbunden ist das aber mit einer Erhöhung des Gewerbeertrags, ab dem eine Steuer gezahlt werden muss, und mit einer gleichzeitigen Verrechnung mit der Zahlung der Einkommensteuer.

Damit entsteht eigentlich nichts weiter also ein riesiger Verschiebeparkplatz von der Einkommensteuer zur Gewerbesteuer. Aus der Erfahrung heraus ist zu befürchten, dass sich die Länder die erlittenen Verluste über den kommunalen Finanzausgleich wieder zurückholen. Gleichzeitig sinkt durch die Erhöhung des Freibetrags generell der gesamte Gewerbeertrag.

Auch die Erhöhung des Umsatzsteueranteils von 2,2 % auf 3,6 % zugunsten der Kommunen wird eine erneute Verschiebung der Steueranteile bringen, aber letztlich nicht zu mehr Steuern führen. Das hätte aber die Einbeziehung von gewinnunabhängigen Kennziffern wie Mieten, Pachten oder Zinsen erbracht, die sowohl in dem Modell der kommunalen Spitzenverbände enthalten waren, als auch von uns gefordert worden sind. Im Kabinettsentwurf der Bundesregierung sind sie nun nicht mehr vorhanden, was sicherlich auch der CDU und der FDP entgegenkommt.

Der Wahltermin in Bayern hat für eine weitere Verzögerung gesorgt, sodass eine vernünftige Gemeindefinanzreform immer mehr infrage gestellt wird. Niemand glaubt mehr daran, dass ein entsprechendes Gesetz zum 1. Januar 2004 in Kraft treten kann. Aus der Sicht der PDS wäre in einer solchen Situation ein Soforthilfeprogramm für die Kommunen dringend notwendig, damit sie im Jahr 2004 überhaupt Investitionen ausführen können.

Selbst wenn es geringe Mehreinnahmen aus der Reform für die Kommunen geben sollte, so kompensieren sie bei weitem nicht die Verluste. Eine Entlastung wurde bisher immer wieder von der Konsequenz begleitet, dass den Kommunen dann mehr Aufgaben übergeholfen wurden.

Diesem Prinzip folgt offensichtlich auch der vorliegende Haushaltsplanentwurf. Es ist schon moniert worden: Die 193 Millionen €, die nach dem FAG mehr zur Verfügung stehen, resultieren aus Umverteilungen aus Einzelplänen und Umwidmungen. Höhere allgemeine Zuweisungen, beispielsweise aus der Jugendpauschale und aus der Musikschulförderung, drohen in Konsolidierungsprogrammen zu versacken, weil der Kommunalaufsicht unter den gegebenen Bedingungen gar nichts anderes übrig bleibt, als derartige Einnahmen abzulehnen.

Der Spielraum der Kommunen erweitert sich dann eben nicht, wie von der Landesregierung ursprünglich behauptet, erhofft oder was auch immer; er wird unter diesen Bedingungen noch kleiner. Das heißt, Herr Paqué, Sie stabilisieren damit die Kommunalfinanzen nicht.

Aber nun gibt es vorsichtige Andeutungen - ich will nicht so viel Gewese darum machen -, die besagen, man wolle sich das noch einmal überlegen. Das finden wir auch richtig. Wenn man den Kommunen wirklich mehr Handlungsspielräume in einer solchen Situation geben wollte, sollte man auch darüber nachdenken, ob es nicht sinnvoll wäre, Kulturpauschalen, Sozialpauschalen und Jugendpauschalen einzuführen. Dann würde das Geld in diesen Bereichen bleiben und die Kommunen hätten innerhalb dieser Bereiche weitestgehend freie Hand. Aber

sie können dann eben nicht von der Kommunalaufsichtsbehörde geknebelt werden.

(Zustimmung bei der PDS)

Es sollte noch Folgendes bedacht werden: Der in das FAG integrierte Betrag der Jugendpauschale von 6,3 Millionen € entspricht zwar der Höhe des Vorjahres. Da jedoch die Kommunen jetzt nicht mehr komplementär finanzieren müssen, kann das von Fall zu Fall bedeuten, dass bis zu 50 % weniger Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung stehen.

An Herrn Püchel gerichtet muss ich unbedingt noch eines loswerden: Die Zuweisungen der Kommunen waren in den letzten Jahren deshalb so hoch, weil wir damals die Kürzungspläne der SPD verhindert haben.

(Beifall bei der PDS - Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Ich weiß, das freut jetzt wieder die CDU. Sie hat dafür keinen Grund. Aber ich weiß, warum wir uns haben verprügeln lassen müssen. Sie waren damals Innenminister, und ich bin angesichts dieser Situation überhaupt nicht bereit, auf diese Leistung zu verzichten und hinzunehmen, dass Sie sich mit dieser Blume schmücken.

(Beifall bei der PDS)

Viele Kürzungen, die in diesem Haushalt auf Landesebene angestrebt werden, landen also letztlich doch auf dem Tisch der Kommunen. Wegfallende Projekte bringen nicht nur Begleiterinnen dieser Projekte in die Arbeitslosigkeit, sondern sie nehmen vor allem Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten.

Einige Beispiele dafür. Die Förderung des Kinder- und Jugendringes um fast 50 % zu senken hat nicht nur zur Folge, dass es dort am Ende nur eine einzige Personalstelle geben wird, sondern auch, dass die Vernetzungsarbeit zwischen Jugendverbänden stark geschwächt wird und dass eine Lobby für Kinder und Jugendliche verloren gehen wird. Gewachsene Infrastrukturen sind finanziell nicht zu stützen, und die Pluralität der Angebote durch die Erhaltung einer Trägervielfalt gerät in Gefahr.

Im Jahr 2004 findet im Sozialhaushalt nun die endgültige Beerdigung der Schulsozialarbeit statt. Fachleute waren bereits davor, dass sich unter Kindern und Jugendlichen eine Amerikanisierung der Gesellschaft vollzieht. 10 bis 15 % - so sagen diese Fachleute - könnten zu der so genannten New Under Class gehören. Kennzeichen dafür ist die dauerhafte Ausgrenzung und die Tatsache, dass diese Personen von überhaupt keinem sozialen Sicherungssystem mehr erreicht werden.

Zur Streichung von Schulsozialarbeit kommen Kürzungen in der Jugendsozialarbeit und im Bereich erzieherischer Kinder- und Jugendschutz sowie bei Investitionen, bei freien Trägern und Kindertagesstätten. Dabei mag der Eindruck entstehen, dass manche Kürzungen in diesem Haushalt gar nicht so dramatisch ausfallen. Aber wie ich neulich schon einmal gesagt habe, ist dem entgegenzuhalten, dass die Kürzungen des Vorjahres zum Teil noch wesentlich umfangreicher waren.

Gerade in der Kombination dieser Arbeitsfelder lägen wichtige Potenziale, im Übrigen auch Einsparpotenziale. Ich will gar nicht bestreiten, dass man dadurch effektiver werden kann. Schulsozialarbeit war im Aufbruch, war außerordentlich erfolgreich und nachgefragt. Dennoch

muss ich im Rückblick auf die zurückliegenden Jahre auch kritisch sagen, dass Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit im Land Sachsen-Anhalt die geringste Dichte in der Bundesrepublik aufwiesen.

Erst recht liegt also nun kein Grund vor, solch drastische Kürzungen bzw. eine gänzliche Streichung vorzunehmen. Sachsen-Anhalt wird hochqualifizierte Arbeiterinnen und Arbeiter aus diesem Bereich verlieren. Diese gehen in andere Länder, werden dort untergruppiert beschäftigt, und wir haben im Land ohne Effekt Leute ausgebildet. Das passt auch ein wenig zur Hochschulstruktureform.

Integrierte Angebote müssten entwickelt werden. Die Kürzungspolitik - machen wir uns nichts vor - verschärft innerhalb dieses Gesamtbereichs Ressourcenkonkurrenzen, sodass sich die Trennlinien zwischen diesen Bereichen verschärfen werden. Auf der Strecke bleiben dann eben auch - gewollt oder ungewollt - Kinder und Jugendliche. Ich bin sicher, dass uns deren Entwicklungsprobleme irgendwann nicht nur inhaltlich beschäftigen werden, sondern auch verdammt teuer zu stehen kommen werden.

(Beifall bei der PDS)

Natürlich sind es nicht nur Kinder und Jugendliche, die der Hilfe und Begleitung bedürfen. Auch wenn das Bild sehr differenziert ist: Eine Mehrheit zählt nicht zu den akuten Beratungsfällen. Aber die Zahl derer, die mit sich und ihrer Umwelt nicht klar kommen, wächst. Wenn wir nicht eingreifen, bleiben sie in diesen schwierigen Lebenssituationen stecken.

Eine nicht unerhebliche Zahl hat bereits resigniert und erachtet ihre Probleme als unüberwindlich. Daher glauben wir, dass ein Netz von Beratungsangeboten sehr wohl zu den gesellschaftlichen Aufgaben zählen muss, also zu einer so genannten Staatsaufgabe. Dabei muss nicht alles im klassischen Sinne in staatlichen Institutionen erfolgen; das ist gar nicht unser Problem. Das ist bei uns völlig unstrittig.

Unstrittig ist allerdings auch, dass man sich dort im Non-Profit-Bereich bewegt. Natürlich können die Betroffenen keine Gebühren entrichten, die diese Einrichtungen gänzlich unabhängig machen. Es bedarf sehr wohl weiterhin einer öffentlichen Förderung in diesem Bereich.

Die Kürzung bei Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen um etwa 590 000 € konterkariert nach unserer Auffassung den Gesetzesauftrag und erst recht aktiven Verbraucherschutz.

Als ebenso unverständlich stellen sich aus unserer Sicht - insbesondere mit Blick auf jüngste Veröffentlichungen im Gesundheitsbericht der Landesregierung - die drastischen, existenzgefährdenden Kürzungen bei Aids-Hilfevereinen und bei Suchtberatungsstellen dar. Im Übrigen steht dabei manches im direkten Widerspruch zu Aussagen der Landesregierung.

So ist es doch ganz offensichtliche eine politische Priorität von CDU und FDP, wenn sie die Rolle der Familienpolitik betonen. Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Sie kürzen aber in diesem Haushalt auch Positionen, die diese Aufgabe aktiv begleiten könnten. Zwar legen sie bei Frauenhäusern zu - was wir sehr begrüßen -, aber bei Aktivitäten im Vorfeld oder im Umfeld streichen sie ordentlich, zum Beispiel bei den Frauenkommunikationszentren, bei Interventionsstellen und beim familienentlastenden Dienst.

Dass als Neuerung ein Elterntelefon eingerichtet werden soll, ist eine sehr gute Initiative; denn die Probleme der jungen Leute haben eine Vorgeschichte, die in das familiäre Leben fällt. Die veränderte Situation von Kindern und Jugendlichen führt zu der Feststellung von Sozialpädagogen, dass Kinder und Jugendliche heute doch anders sind.

Diese veränderte Situation resultiert nicht nur aus medialer Reizüberflutung. Viele Eltern haben die totale Veränderung ihrer persönlichen Lebenssituation in den letzten 13 Jahren hinter sich gebracht. Die Ergebnisse sind höchst verschieden. In jedem Falle werden sie natürlich von Kindern und Jugendlichen reflektiert. Arbeitslosigkeit von Vater und/oder Mutter werden auch als Lebensniederlagen in der Familie verarbeitet.

Verstärkt wird dieser Eindruck durch die anhaltende Debatte, man könne durch mehr Druck auf unwillige Arbeitslose der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit wirkungsvoll beikommen. Dabei zeigt dann die Agenda 2010 immer deutlicher, dass es dabei überhaupt nicht um mehr Arbeitsplätze, sondern um weniger Leistungsbezieher, sinkende Ansprüche und geringeren sozialen Schutz geht. Alle Instrumente zielen darauf ab, die Kosten der Arbeitslosigkeit zu senken, die Dauer des Leistungsbezugs zu verkürzen und die Arbeitgeber zu entlasten. Arbeitslose und Beschäftigte sollen in der Bundesrepublik auf 14,9 Milliarden € verzichten. Und machen wir uns nichts vor: Damit geht unmittelbar ein Kaufkraftverlust einher.

Während die Landesregierung diese so genannten Reformen in ihren wesentlichen Eckpunkten einerseits nur insoweit kritisiert, als sie ihr nicht weit genug gehen, und zudem Sonderregelungen für den Osten unter anderem zur Einführung von Niedriglöhnen und zur Aushebelung des Kündigungsschutzes verlangt, beklagt sie andererseits den Kaufkraftverlust in Höhe von 650 Millionen € allein für Sachsen-Anhalt. Also, wenn dort kein Widerspruch auffällt, dann weiß ich es auch nicht mehr.

(Beifall bei der PDS)

Wir wissen - das tut weh -, Sachsen-Anhalt hat immer noch ein riesiges Arbeitslosenproblem. Nun sollte man meinen, dass es eigenständige Anstrengungen unternimmt, um den schlimmsten Folgen zu begegnen. Stattdessen folgt das Land mit diesem Haushalt der Logik von Hartz III völlig ungebrochen. SAM werden gänzlich gestrichen und ABM werden umgestaltet. Damit entfällt die Kofinanzierung von SAM durch das Land - das ist ganz klar - und für ABM muss das Land nunmehr keine verstärkte Förderung leisten.

Das Land ist draußen und bleibt auch mit den Entscheidungen innerhalb dieses Haushalts draußen. Es bleibt ein Rückgang um 7,6 Millionen € zur Unterstützung arbeitsmarktpolitischer Instrumente. Man muss sich diese 17 Millionen € schon einmal genauer ansehen. Am Ende geht es - jedenfalls aus unserer Sicht - um diese 7,6 Millionen €.

Die Zahl der Förderfälle im Rahmen von ABM sinkt von 7 293 auf 2 632. Noch gravierender stellt sich diese Entwicklung dar, wenn man weiß, dass die Pauschalen der Bundesanstalt für Arbeit so bemessen sind, dass ohne Mitfinanzierung durch Dritte so gut wie überhaupt keine ABM entstehen wird, schon gar nicht im sozialen Bereich, wo die Möglichkeiten zur Erwirtschaftung von Eigenmitteln nahezu ausgeschlossen sind.

(Beifall bei der PDS)

Auf Kommunen kann angesichts der Situation kommunaler Haushalte auch nicht gesetzt werden.

Nun könnte sich noch eine letzte Hoffnung für Gestaltungspolitik des Landes auf die Wirtschaft selbst beziehen. Genährt wird diese Hoffnung durch die wortreichen, optimistischen Ausführungen des Wirtschaftsministers. Doch auch hier: Fehlanzeige. Die Investitionsquote sinkt auf 18,5 %. Sie schonen eigentlich nichts; das muss man schon sagen. Nun stellen wir uns einmal einen klitzekleinen Moment lang vor, das wäre zu Tolerierungszeiten passiert. Die damalige Opposition hätte uns, bildlich gesprochen, gevierteilt und gerädert.

(Beifall bei der PDS)

Die Wirtschaft des Landes hätte gegen Rot-Rot nicht mehr nur ganzseitige Annoncen mit unzähligen Unterschriften geschaltet. Ach was, ganze Sonderausgaben wäre das wert gewesen. Wir können das heute nur kritisieren, ohne wirkliche Hoffnung auf mediale Umsetzung.

(Widerspruch und Unruhe bei der CDU)

- Ja, manches muss man sich einmal von der Seele reden.

(Beifall bei der PDS)

Und was haben wir nicht schon alles aus dem Heldenleben des Wirtschaftsministers gehört.

(Heiterkeit bei der PDS)

Er sollte der personifizierte Glücksfall für den Mittelstand, für Innovations- und Ansiedlungswillige werden.

(Heiterkeit bei der PDS)

Aus Wirtschaftswachstum sollten neue Arbeitsplätze entstehen, sollte die Arbeitslosigkeit durch Entwicklung des ersten Arbeitsmarktes zurückgehen. Nun, wir wissen es bereits: Da die Arbeitslosenzahl weiter gestiegen ist, war es wohl - um den Umkehrschluss zu bemühen - nicht ganz so weit her mit dem Wirtschaftswachstum.

(Zuruf von Minister Herrn Dr. Rehberger)

- Na ja, darüber können wir gern noch einmal reden, Herr Rehberger.

(Herr Tullner, CDU: Aber heute Abend nicht, Frau Sitte!)

Jetzt bin ich aber dran.

Abgesehen davon, dass nun grundsätzlich die Bundesregierung dafür verantwortlich ist, verweist der Minister jetzt darauf, dass man das branchenbezogen betrachten muss.

(Herr Gürth, CDU: Am Ende der Legislatur rechnen wir zusammen!)

Stimmt, Herr Rehberger, genau das haben wir vor einem Jahr auch immer versucht, aber, wie gesagt, nur versucht. Damals ist Ihnen das immer nur als billige Ausrede für Unfähigkeit erschienen und Sie haben auch so argumentiert.

(Beifall bei der PDS)

Wie sieht es denn jetzt aus mit der Mittelstandsförderung? - Sie wird um 2,1 Millionen € gesenkt. Wie sieht es aus mit der Forschungs- und Technologieförderung? - Sie wird um 3,7 Millionen € reduziert.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Und die nunmehr eingestellten Mittel waren bislang in den Einzelplänen für Landwirtschaft und für Umwelt eingestellt, woraus die Annahme resultiert - wir müssen auch das noch einmal genauer prüfen -, dass die Kürzungen noch weiter greifen.

Die Chancen auf neue Impulse zur Unterstützung der Einführung neuer Produkte und Technologien verringern sich weiter. Von Innovationstempo kann dann wohl nicht mehr die Rede sein.

(Zustimmung bei der PDS und bei der SPD)

Zudem sinken die GA-Zuweisungen des Bundes. Sie können nicht 1 : 1 durch die Mobilisierung und den Einsatz von EFRE-Mitteln kompensiert werden. Durch hohe Verpflichtungsermächtigungen verringert sich der Spielraum zusätzlich. Sie haben das vorhin gesagt, Herr Paqué.

Auch gebundene Landeszuschüsse der letzten Jahre für strukturwirksame Ansiedlungen müssen nach ihrer Realisierung hinterfragt werden. Es wäre sicherlich interessant, im Finanz- und im Wirtschaftsausschuss zu erörtern, wo denn beispielsweise Beihilfen für das Vorhaben Rhino Leuna in Höhe von rund 67 Millionen € geblieben sind. Sind sie wirksam geworden oder nicht? Was ist damit geschehen? Fragen ergeben sich auch hinsichtlich der Folgen, die sich aus verringerten Mitteln für die Qualifizierung von Existenzgründern und Beschäftigten sowie für die Förderung der beruflichen Erstausbildung ergeben.

Der Ministerpräsident hat betont, dass mit den vorhandenen knappen Mitteln vor allem der Wirtschaftsstandort gestärkt und die Arbeitslosigkeit abgebaut werden muss. Angesichts dieses Haushalts, meine Damen und Herren, sehe ich dazu nicht einmal Ansätze.

(Beifall bei der PDS)

Gleiches gilt letztlich für die Personalausgaben und die Nettoneuverschuldung. Bei der Entwicklung der Personalausgaben ist schon nachgewiesen worden, dass ein Puffer versteckt wurde.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Ansonsten hätte die Nettoneuverschuldung für die Auszahlung der Arbeitszeitkonten,

(Herr Gürth, CDU: Jetzt wird es interessant!)

so wie wir das nachgewiesen haben, nämlich geringer ausfallen können, Herr Paqué.

(Herr Gürth, CDU: Quatsch!)

Wir müssen also feststellen, dass diese Landesregierung im Gegensatz zu ihren Vorgängern nicht in der Lage ist, Tarifierhebungen durch Personalabbau zu kompensieren.

(Herr Gürth, CDU: Nur wenn man die Bücher frisiert, wie das früher gemacht wurde! - Herr Dr. Püchel, SPD: Wer hat frisiert? - Herr Gürth, CDU: Ihr!)

Insofern liegt dieser Personalkostenaufwuchs über den Summen der Vorjahre zusammen, und das, obwohl man auch dieses Mal wieder ein bisschen gezaubert hat. Sie haben das aber auch schon wieder ein bisschen entzaubert. Sie haben das erklärt mit dem Landesamt

für Verbraucherschutz. Darauf will ich jetzt nicht weiter hacken.

(Herr Tullner, CDU: Da ist auch nichts weiter zu hacken!)

„Anrede“ steht hier, eine solche habe ich mir vorgenommen an dieser Stelle, weil ich glaube, man muss diesen Haushalt noch einmal zusammenfassen. Das heißt: Was ist eigentlich die Grundbotschaft dieses Haushaltes?

Meine Damen und Herren! Die Grundbotschaft dieses Haushaltes sollte doch ursprünglich sein: Kann die Landesregierung besser haushalten? Kann sie besser wirtschaften? Schafft sie es wirklich, aus weniger mehr zu machen, um einen alten DDR-Spruch zu bedienen?

(Herr Gürth, CDU: Ja, auf dem Weg sind wir!)

In der mittelfristigen Finanzplanung ist sie nun bei den gleichen Abbauraten eingeschwebt, wie sie SPD und PDS schon konzipiert haben.

(Herr Tullner, CDU: Das ist aber Wunschenken!)

Nach den ernüchternden Zahlen der Steuerreform stand man mit dem Finanzgerüst natürlich im Treibsand und musste sich mühsam neuen Boden unter den Füßen suchen, um den Horizont wieder zu erkennen.

Jetzt stehen wir vor einem Haushaltsplanentwurf, der keine Schwerpunkte kennt. Von diesem Haushalt geht keinerlei Dynamik aus. Die Absenkungen treffen eben gerade Bereiche, in denen Gestaltungspolitik angekündigt worden war. Bei der Ankündigung ist es im Wesentlichen geblieben. Trotz extremster Streichungspolitik kommt es nicht wirklich zu nachhaltiger Haushaltskonsolidierung. Das betrachten wir schon als Totalverlust. Selbst die letzte gezogene Karte, um die Finanzsituation des Landes zu verbessern, nämlich rigoros kürzen, hat gezeigt, dass man sich an dieser Stelle überreizt hat.

Jetzt können die Minister sich natürlich nur noch begeistern über Fortschritte zeigen, die außerhalb der Regierung stattfinden. Bis zur nächsten Wahl wird dann tapfer auf interaktive Gedächtnisschwäche gehofft.

(Herr Gürth, CDU: Ach Quatsch, Frau Sitte!)

Worin bestand gleich der Sinn dieser ganzen Anstrengungen? Wissen Sie, wie wir das vor dem Jahr 1989 immer genannt haben? - Unproduktive Geschäftigkeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS)

Der Ministerpräsident kommuniziert, dass er derzeit eine ganz undankbare Aufgabe leisten muss. - Das stimmt auch, wer kürzt und streicht schon gern. Das als Motiv des Weitermachens reicht aus unserer Sicht allerdings nicht, um sich den Zukunftsherausforderungen zu stellen; denn wo keine Ziele mehr gesetzt werden, beginnt Resignation und das Mögliche wird schlicht und ergreifend unmöglich. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Frau Budde, SPD, und von Herrn Felke, SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Dr. Sitte. - Meine Damen und Herren! Für die FDP-Fraktion erteile ich nun dem Abgeordneten Herrn Lukowitz das Wort. Bitte sehr, Herr Lukowitz.

Herr Lukowitz (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eben sehr viel Schelte gehört. Frau Dr. Sitte, ich möchte aber mit einem Lob an die PDS-Fraktion beginnen,

(Frau Dirlich, PDS: Das hat sie auch verdient!)

und zwar mit einem Zitat, das ich sehr interessant fand, das Herr Gallert der „Volksstimme“ am 19. Juli 2003 eröffnet hat. Er hat dort gesagt:

„Es ist fast unmöglich, den Landeshaushalt zu konsolidieren, weil die permanenten Geschenke des Bundes immer wieder Löcher im Lande aufreißen.“

(Zustimmung von Herrn Tullner, CDU)

Leider habe ich dazu von Ihnen nichts gehört, Frau Sitte.

(Lachen bei der PDS - Frau Dirlich, PDS: Dann müssen Sie eine andere Rede gehört haben!)

Als ich dies las, stellte ich mir theoretisch die Frage: Hätte Herr Gallert diese wohl wahre, unbestreitbare Überlegung auch angestellt und vor allem öffentlich gemacht, wenn die PDS Einfluss auf die Bundespolitik hätte?

(Frau Dr. Sitte, PDS: Wir arbeiten daran!)

Die theoretisch wahrscheinlichste Antwort hatte heute Herr Kollege Püchel gegeben, der in massivster Art und Weise allein die Landesregierung attackiert und für den Zustand unserer Landesfinanzen verantwortlich gemacht hat. Kaum eine Auseinandersetzung mit dem rot-grünen Chaos in Berlin, kaum eine Auseinandersetzung mit der Vernachlässigung der ostdeutschen Probleme, kaum eine Auseinandersetzung mit den eigenen Fehlern aus acht Jahren Regierungsverantwortung in Sachsen-Anhalt, die unserem Land im Ergebnis - das muss man klar und deutlich sagen - die höchste Schuldenlast pro Einwohner in Deutschland beschert hat.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Selbst der Präsident des Landesrechnungshofes Seibicke kritisierte in der Presse kürzlich sehr herausgehoben die Finanzpolitik - man höre gut zu - vor allem zwischen den Jahren 1994 und 1998. Er sagte, in dieser Zeit sei am meisten gesündigt worden. Er bestätigte damit also auch das Niveau der Regierungsarbeit von einst.

(Herr Dr. Heyer, SPD: Sein Niveau erst einmal! Sein Niveau bestätigte er!)

Also, die Sünden von damals, meine Damen und Herren - ich will das abkürzen -, sind zum guten Teil die Probleme, die wir heute zu bewältigen haben. Wenn dann die Opposition nur ein Ziel verfolgt, nämlich den wirklich härtesten und schmerzhaftesten Sparkurs, der bisher jemals in unserem Lande verfolgt wurde und der unausweichlich notwendig ist, zu beschimpfen, so hat das, meine Damen und Herren, mit solider Oppositionspolitik nicht mehr viel zu tun.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Mit der Haushaltsplanung für das Jahr 2004 haben wir eine harte Nuss oder besser: eine wahrhaft harte Eichel zu knacken.

(Heiterkeit bei der FDP)

Dieses täglich neu geflochtene Eichelgestrüpp ist im eigenen sozialdemokratischen Lager permanent umstrit-

ten. Das hat gerade jetzt das Ergebnis der Bayernwahl deutlich gemacht. Die Fachmedien kommentieren trocken: unsystematisch, wenig berechenbar, konzeptionsungebunden, zeitnah verwirrend und vor allem aktionistisch geprägt.

(Zuruf von Herrn Dr. Püchel, SPD)

Dies verunsichert bis hinein in die letzte Gemeinde in erheblichem Maße auch den eigentlichen Wertschöpfungsbereich, die Wirtschaft, und damit auch den Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren. In Deutschland weht der Wind zurzeit aus allen Richtungen und kein Flieger kann die Start- oder Landerichtung erkennen.

Niemand weiß genau, welche Steuern wie im nächsten Jahr unter Bund, Ländern und Gemeinden verteilt werden. Die dringend notwendige Gemeindefinanzreform erschöpft sich gegenwärtig in der Einbeziehung weiterer Berufszweige in die Gewerbesteuer, das Ganze gegenrechnungsfähig zur Einkommensteuer, also aufkommens-, aber nicht verwaltungsaufwandsneutral. Die Fachleute sagen dazu schlicht: Das ist keine Gemeindefinanzreform. Das ist eine zusätzliche Unternehmenssteuerreform. Dies lehnt die FDP schlichtweg ab.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das hat, lieber Kollege Püchel, wie Sie es kürzlich äußerten, überhaupt nichts mit Klientelpolitik zu tun. Es geht um tragfähige, belastbare Strukturen der Kommunalfinanzierung in der Zukunft; das wissen Sie ganz genau.

Am Ende wurde dann - ich nehme auch wieder einen Begriff von Ihnen, Herr Püchel - dicke weiße Salbe verstrichen, was zu höheren Verwaltungskosten bei den Finanzämtern und in der Folge zu noch weniger Einnahmen bei den Kommunen führt. Doch auch die konnte die Kritik aus allen Richtungen, sowohl von den kommunalen Spitzenverbänden als auch von der Wirtschaft und den führenden Wirtschaftsinstituten, nicht übertünchen.

Ich möchte es einmal so darstellen: Die Kommunalhaushalte haben in Deutschland eine Rekordverschuldung von rund 105,4 Milliarden € einschließlich der Kassenkredite. Viele Kommunen stehen bei der Erfüllung ihrer Grundsicherungspflichten am Rande ihrer Möglichkeiten, und zwar nicht nur im Osten, sondern es gibt auch viele gleich gelagerte Nottfälle im Westen. Die Kommunalfinanzen sind also nicht ein Sonderproblem in Sachsen-Anhalt, wie die Opposition - ich meine, sehr missbräuchlich und kontraproduktiv - die Öffentlichkeit unseres Landes glauben machen will.

Die Möglichkeiten des Landes können sinnbildlich nur ein Pflaster oder ein Pflästerchen sein, über dessen Beschaffenheit, Beständigkeit und Linderungsfähigkeit in diesem Haus trefflich gestritten werden kann. Aber die wahre Größe der Wunde, die abzudecken ist, wird in Berlin aufgerissen. Seit Jahren schiebt die Schröder-Regierung diesen Dauerbrenner mit vielen Ankündigungen vor sich her. Mittlerweile ist er eine Zeitbombe geworden. Niemand - weder die PDS noch die SPD - hat das Recht, diese Berliner Zeitbombe allein auf dem Rücken unserer Landespolitik und unserer Landesfinanzen auszutragen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Das geht nicht nur an der Sache, sondern auch an den Grundsätzen einer soliden Finanzpolitik vorbei.

Was für Kommunalfinanzen gilt, gilt adäquat auch für die Länderfinanzen. Die Kassen sind überall klamm, teilweise bodenlos. Die Haushaltsdefizite der Bundesländer er-

reichen allerorts neue Höchststände. Deshalb hat die Europäische Zentralbank in - wie ich meine - ungewöhnlicher Schärfe vor wenigen Tagen noch stärkere Sparanstrengungen auch von den Ländern gefordert.

Berlin verklagt den Bund auf Nothilfe. Hessen plant das größte Sparprogramm seiner Landesgeschichte. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen liegen mit ihren Nachträgen über der verfassungsrechtlich zulässigen Grenze. Um ganz unverfänglich zu sein: Der Finanzminister von Schleswig-Holstein, Herr Stegner, SPD, rechnet damit, dass bis zum Ende dieses Jahres die Haushalte von 14 der 16 Bundesländer verfassungswidrig sein werden. Das ist deutschlandweit auch die Tendenz für 2004. Es steht in Bezug auf viele Länderhaushalte bis zum Dezember noch ein langer und schwerer Weg bevor.

Meine Damen und Herren! Das ist der bundesweite Hintergrund. Wenn ich es richtig bewerte, dann haben wir mit dem Haushalt 2004 eine der schwierigsten Finanzsituationen in der dann 15-jährigen Geschichte unseres Landes zu meistern. Die Hauptprobleme dabei sind nicht von dieser Landesregierung zu verantworten. Das muss die Opposition im Lande zur Kenntnis nehmen. Das müssen wir auch in der Öffentlichkeit klar und unmissverständlich kommunizieren.

Genau deshalb ist ein Spar- und Konsolidierungshaushalt, wie er von der Landesregierung vorgelegt wurde, vom Grundsatz und vom strategischen Ziel her alternativlos. Ich halte es - hiermit greife ich einen Begriff des Finanzministers auf - für einen Erfolg, dass die Landesregierung diesem Landtag einen verfassungskonformen Haushalt vorgelegt hat, in dem ein Ausgabenrückgang um 1,7 % vorgesehen ist. Das bestärkt mich in meiner Auffassung, dass wir finanzpolitisch nach wie vor auf dem richtigen Weg sind. Dahinter steht ein hartes Stück Arbeit der Landesregierung. Da die Landesregierung heute so viel kritisiert worden ist, möchte ich der Landesregierung dafür auch einmal ein Lob aussprechen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Mäßiger Beifall!)

Das Lob geht vor allem an den Ministerpräsidenten, der sich mit seiner ganzen Persönlichkeit an die Spitze dieses Prozesses gestellt hat. Zu einigen leisen Kritikpunkten werde ich im Laufe meiner Ausführungen sicherlich noch kommen.

(Herr Bullerjahn, SPD: Dürfen Sie das?)

- Ja, klar. Herr Bullerjahn, Sie durften das früher doch auch, oder?

Mir ist völlig klar - jetzt rede ich zum gesamten Haus -, dass die Ziellinie unserer Planungsarbeit damit noch nicht sicher erreicht ist. Es werden im parlamentarischen Verfahren bis zum Dezember noch erhebliche Unwägbarkeiten zu meistern sein, auf die wir nur bedingt Einfluss haben. Ich möchte nur zwei Dinge nennen.

Zum einen sind es die möglichen konjunkturellen Auswirkungen. Wir wissen, dass die jetzigen Planungen auf der Steuerschätzung von Mai beruhen. Da war die Grundlage das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von in etwa 0,75 %. Diese Zahl wird sich bei der November-Schätzung womöglich nicht ganz bestätigen. Mögliche Auswirkungen für das Land könnten im zweistelligen Millionenbereich liegen. Das könnten etwa 30 bis 40 Millionen € sein. Es wäre eine klare Zielstellung auch für unseren Landtag, dies im parlamentarischen Verfahren ab-

zufedern, sodass keine zusätzliche Neuverschuldung im Haushalt berücksichtigt werden muss.

Zweitens - ich sage es einmal sehr volkstümlich -: Wenn die ganz große Keule kommt, nämlich das Vorziehen der Steuerreform, die ordnungspolitisch und wirtschaftspolitisch zu begrüßen ist, dann ginge es für Sachsen-Anhalt um einen dreistelligen Millionenbetrag. Da muss ich frisch und frei sagen: Das schafft dann auch kein Landtag mehr. Das ist für uns alle in diesem Hause dann nicht mehr zu schultern. Das kann dann möglicherweise nur zwischen dem Kanzler und Herrn Püchel besprochen werden oder Herr Paqué hat einen neuerlichen schweren Weg zu irgendeiner Bank vor sich. Das bedeutete erhebliche neue Schuldenlasten für das Land. Das ist vor allem für die ostdeutschen Länder nicht mehr zu verantworten.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Die FDP fordert auch das Vorziehen der Steuerreform!)

Deshalb unterstütze ich auch von hier aus die Forderung des Ministerpräsidenten und des Finanzministers: Die Gegenfinanzierung des Vorziehens der Steuerreform darf nicht zulasten der Länder gehen. - Ich füge hinzu, das gilt gleichermaßen für weitere geplante Gesetzgebungsverfahren der Bundesregierung, zum Beispiel zum Arbeitsmarkt, insbesondere den Teil Hartz IV, also die Neustrukturierung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Kommen wir zu dem Punkt Neuverschuldung. Meine Damen und Herren! Ich halte es für bedauerlich - ich sage das klar und deutlich -, dass der für das Jahr 2004 geplante Schritt der Rückführung der Nettoneuverschuldung, also die Halbierung der 750 oder 900 Millionen € - je nachdem, wie wir rechnen, Herr Püchel -, keine reale Grundlage mehr hat. Die beiden Hauptgründe sind aber hier in diesem Hause jedem hinreichend bekannt. Ich bin schon verwundert über die Phantasie der Opposition, was die Darstellung von Varianten angeht.

Es ist doch ganz klar, wir müssen akzeptieren, dass sich die Steuereinnahmen um 470 Millionen € reduzieren werden. Es ist doch auch ganz klar, dass wir für die Fehlleistungen der Vorgängerregierung, was die Abgeltung der Lehrerzeitguthaben angeht, geradezustehen haben. Die 270 Millionen €, die in den Haushalt eingestellt werden müssen, sind real; entsprechend muss man sie im Haushaltsplanentwurf behandeln.

In der gesamten Diskussion bis heute nicht erwähnt worden ist der lineare Tarifaufwuchs von rund 87 Millionen €, der auch noch im Haushalt entsprechend abgedeckt werden muss.

In diesem Zusammenhang sei mir noch eine Nachfrage an die SPD gestattet. Kollege Manfred Püchel rechnet in einer Presseveröffentlichung vom 19. Juli 2003 vor, dass im kommenden Jahr die Steuereinnahmen inklusive Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen gegenüber 2003 sogar ansteigen werden. Abschließend sagt er: Dies relativiert natürlich das Gerede von den enormen Steuerausfällen.

Sein Kollege und Finanzexperte Jens Bullerjahn rät keine fünf Wochen später gleich in mehreren Veröffentlichungen - das ist heute schon angesprochen worden - dringend zu mehr Realismus. Bis zum Jahr 2008, so meint er, sollte das Land nicht mit steigenden Steuereinnahmen rechnen. Herr Bullerjahn sagt dazu, da wir in all den Jahren ständig von positiven Wirtschaftsdaten ausgegangen sind, sind die Finanzplaner seit Jahren ins Schleudern gekommen.

Sie können sicherlich nachvollziehen, dass diese Diametrie im Rennstall der SPD einigermaßen verwirrt. Da die Einnahmenseite eine der beiden Grundsäulen unserer Finanzpolitik ist, darf man außerordentlich gespannt sein - ich bin es jedenfalls -, auf welcher Basis der beiden diametralen Positionen die SPD im Finanzausschuss letztlich beraten wird.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang ist es für die FDP-Fraktion vor allem mit Blick auf die mittelfristige Finanzplanung mit Nachdruck zu unterstützen, dass das strategische Ziel, die jährliche Neuverschuldung auf null zu fahren, durch die Landesregierung - das war ja zwischendurch etwas nebulös - nicht aufgegeben wurde, sondern in Anbetracht der Realitäten klar auf das Ende des Jahres 2008 fixiert wurde.

Dies ist ein Gebot der politischen Vernunft und der Verantwortung; denn es sind neben den überdimensionierten Personalkosten vor allen Dingen die gewaltigen Zinslasten, die den Landeshaushalt geradezu knebeln und vor allem neue Investitionsmöglichkeiten einschränken. Dieser Teufelskreis, meine Damen und Herren, muss im Interesse der Zukunft unterbrochen werden.

Ich füge hinzu, wir haben gegenwärtig eine Zinslast in Höhe von 860 Millionen € in den Haushalt eingestellt. Daraus ergibt sich eine Zinsquote von 8,7 %. Das Land Sachsen hat eine Zinsquote von 3,5 % und kann sich deswegen auch eine Investitionsquote von 32 % leisten. Das sind die Zielmarken, die man sicherlich immer im Auge haben muss, wenn man unsere Werte in einen Vergleich bringt.

Ich möchte ein paar Bemerkungen zum Personal machen. Die Ansätze für die Personalkosten, also vorwiegend der Hauptgruppe 4, sind schon mehrfach hoch- und runterdekliniert worden. Der Minister hat die Ansätze nachvollziehbar begründet. Ich erspare mir deshalb die Wiederholung vieler Zahlen.

Für die FDP ist es wichtig festzustellen, dass die Landesregierung mit großer Konsequenz an der Umsetzung ihres Personalabbaukonzeptes arbeitet. Das ist auch ein wichtiges Signal in die kommunale Landschaft unseres Landes hinein; denn auch dort - das wird zwar häufig durch die kommunale Ebene abgestritten - sind wir mit 625 € pro Einwohner einsame Spitze in Ostdeutschland, meine Damen und Herren.

Eine positive Ausgangslage für das Land ist dabei zweifelsohne, dass die für dieses Jahr vorgesehene Zahl von 2 400 abzubauenen Stellen bereits weitgehend erreicht wurde. Wenn meine Informationen stimmen, dann liegen wir zum heutigen Zeitpunkt schon bei etwa 2 260 Stellen, die gestrichen werden konnten.

Insofern erscheint der geplante Abbau im Jahr 2004 von weiteren etwa 2 400 Stellen real, zumal im Gegensatz zu diesem Jahr eine Aufteilung auf die jeweiligen Einzelpläne bereits im Verlauf des Haushaltsaufstellungsverfahrens durch die Landesregierung vollzogen wurde. Das, meine Damen und Herren, zeigt deutlich: Der Personaldampfer beginnt sich in Sachsen-Anhalt langsam zu drehen.

Allen Unkenrufen zum Trotz - ich denke, diesbezüglich gibt es zumindest für die Regierungsfractionen überhaupt keinen Zweifel mehr; ich habe heute andere Töne von der Opposition gehört - hat sich das Ausbringen der Titelgruppe 96 als ein wahrhaft innovatives Steuerinstru-

ment für eine systematische Umsetzung der Ziele der Personalentwicklung bestätigt.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Das erklären Sie mir einmal!)

Man stelle sich vor, die vorherige Landesregierung hätte diese Innovation schon vor Jahren erfunden. Dann hätten wir viele Probleme von heute nicht mehr.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Herr Dr. Püchel, SPD: Das erklären Sie bitte einmal!)

Meine Damen und Herren! Zurzeit sind in der Titelgruppe 96 5 788 Stellen ausgewiesen. Das ist eine beträchtliche Zahl. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2004 weist zusätzlich zu den Stellen in dieser Titelgruppe 96 noch 62 341 Stellen aus. Im Saldo landen wir damit mittelfristig bei einem Planungsbestand von rund 56 550 Stellen. Damit liegen wir aber noch nicht bei unserer Zielmarke auf dem Weg zum gegenwärtigen Bundesdurchschnitt von 21,6 Landesbediensteten pro 1 000 Einwohner. Das hat der Minister vorhin in seinem Beitrag deutlich gemacht.

Auch wenn der Finanzminister Karl-Heinz Paqué vielleicht in einem etwas komplexeren Zusammenhang vor der Presse einmal geäußert hat, dass diese oder jene absolute Zahl nicht in Stein gemeißelt sei, so ist es bei der FDP-Landtagsfraktion nach wie vor uneingeschränkte Gefechtslage: Das mittelfristige Ziel liegt bei 55 000 Landesbediensteten. Mehr Landesbedienstete verkräftet das Land auf Dauer nicht, meine Damen und Herren.

Einige Bemerkungen zur Investitionsquote. Man kann nicht darum herumreden: Wir werden die Investitionsquote des Jahres 2003 trotz der vielen und teilweise auch schmerzhaften konsumtiven Einsparungen im Jahr 2004 nicht halten können. Sie vermindert sich rein numerisch von 19,8 auf 18,6 %. Es muss also auch in der Hauptgruppe 8 eingespart werden. Das betrifft rund 318 Millionen €. Die tun uns weh. Auf eine andere Art und Weise ist der Haushaltsplan jedoch nicht zu konsolidieren.

Trotzdem, meine Damen und Herren, hält die FDP an ihrer Prioritätensetzung fest. Investitionen haben Vorrang in unserem Land, vor allem dort, wo neue Wertschöpfungsketten entstehen oder gefestigt werden und den Arbeitsmarkt direkt oder indirekt überdurchschnittlich beleben oder nachhaltig sichern.

Das bedeutet für den Bereich des Wirtschaftsministeriums, dass die Mittel für Investitionen rund 637 Millionen € betragen - das sind 9 Millionen € mehr -, und es werden damit trotz schwierigster finanzpolitischer Situation alle so genannten Drittmittel kofinanziert. Insofern kann ich Ihre Ausführungen, liebe Frau Dr. Sitte, nicht ganz nachvollziehen; denn eine solche Ausbeute hat es in den vergangenen acht Jahren, in denen es dem Land finanzpolitisch viel besser ging, wohl nicht allzu oft gegeben.

Das bedeutet aber auch, meine Damen und Herren, dass wir im Rahmen der Evaluierung des Gestrüpps von Förderprogrammen dem so genannten Gießkannensystem konsequent zuleibe rücken und die verfügbaren Fördermittel zielgenauer steuern wollen. Zum Beispiel verabschieden wir uns weitestgehend von der Wohnungsbauförderung, weil wir im Land einen Wohnungsüberhang haben und es genügend andere Fördermöglichkeiten, zum Beispiel bei der Kreditanstalt für Wieder-

aufbau, gibt. Dafür investieren wir deutlich mehr in die Infrastruktur, wie etwa in den Landesstraßenbau.

Ich glaube, das ist insgesamt sinnvoll. Das gibt uns auch die Zuversicht, mit einer geringeren Investitionsquote, aber mit zielgenauerer Förderung die Dynamik im Investitionsgeschehen, die im Jahr 2003 einsetzte, auch im Jahr 2004 adäquat fortsetzen zu können.

Meine Damen und Herren! Ein zentrales Thema der Investitionsförderung über den Rahmen unseres direkten Haushalts 2004 hinaus ist das Schicksal der Investitionszulage. Die Größenordnung dieses Themas und die Auswirkungen für unser Land sind enorm. Die Finanzverwaltungen des Landes haben im Jahr 2002 720 Millionen € ausgezahlt. Damit entsprach die Investitionszulage, die insbesondere die einzelbetriebliche Investitionsförderung zielgenau unterstützt, genau der Hälfte des erzielten Konvergenzerfolges der gesamten Investitionsförderung.

Die geplante Streichung der Investitionszulage durch den Bund zum 31. Dezember 2004 hätte fatale Folgen für das Investitionsgeschehen in Sachsen-Anhalt und selbstverständlich auch für die weiteren Landeshaushalte ab dem Jahr 2005. Das hätte - völlig unabhängig von der jeweiligen Regierungssituation im Land - fatale Auswirkungen.

Deshalb begrüße ich die Bundesratsinitiative der Landesregierung zur Fortführung der Investitionszulage über das Jahr 2004 hinaus auf weitere vier Jahre mit Nachdruck. Ich halte in diesem Zusammenhang die öffentliche Entsolidarisierung des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Steinbrück, der offenbar die Mauern von Westen her wieder errichten möchte, für ein Grundsatzproblem des ostdeutschen Untergewichts in der gegenwärtigen bundespolitischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Ein letztes Wort zu den Kommunal финанzen. Das Thema stand am Anfang meiner Ausführungen und steht am Ende meiner Ausführungen. Das entspricht der Bedeutung dieses Themas.

Wir Freien Demokraten nehmen die Gestaltung der Finanzkraft der Kommunen außerordentlich ernst. Die Lage auf kommunaler Ebene ist sehr kompliziert, die des Landes nicht minder. Deshalb befinden sich das Land und die Kommunen in Sachsen-Anhalt, meine Damen und Herren, in einer Verantwortungsgemeinschaft, aber nie und nimmer, wie es die Opposition, so meine ich, verantwortungslos behauptet, auf diametralen Gefechtsständen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Sauerei, was?)

Wir können dieses Land nur voranbringen, wenn die Gemeinden, die Landkreise und das Land insbesondere bei extrem geringen Ressourcen die Verantwortung bündeln und nicht abschieben, so wie es PDS und SPD in der Öffentlichkeit gern nachreden wollen.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Jetzt reicht es aber langsam aus hier!)

Landespolitik und Kommunalpolitik sind sich gegenseitig ergänzende Faktoren. Wer dieses Prinzip verlässt, der verlässt auch den Erfolg und verspielt die Zukunft, und zwar mit Opposition oder auch ohne Opposition. Genau deshalb haben die Regierungsfractionen und die Landesregierung von vornherein festgelegt, dass der forma-

le Finanzstatus der kommunalen Ebene im Jahr 2003 auch für das Jahr 2004 zu garantieren ist. Das haben wir erreicht. Wenn mein Überblick stimmt, ist das unter den allgemeinen Lasten in Deutschland ein nicht allzu häufig vorkommender Vorgang.

Wir haben also im Land Sachsen-Anhalt einen großen, anstrengenden Schritt gemacht. Gleichwohl garantiert dieser formale Bestandserhalt im praktischen Haushaltsvollzug nicht automatisch die gleiche Höhe bei den Mitteln für die Kommunen. Jeder in diesem Saal weiß, meine Damen und Herren, dass das ausschließlich etwas mit dem Finanzverbund und unserem gesetzlichen Regelwerk zu tun hat und nicht mit der politischen Grundsatzentscheidung der Landesregierung.

Trotzdem gibt es in diesem Hause sicherlich Einigkeit dahin gehend, dass wir die nächsten Wochen im Finanzausschuss auch dafür nutzen müssen, jede mögliche weitere Abfederung zugunsten der Finanzausstattung der Gemeinden zu prüfen. Das ist uns im Jahr 2003 schon einmal in Höhe von 34 Millionen € gelungen. Daran sollten wir uns erinnern. Meine Damen und Herren! Grundsätzlich bleibt aber die Tatsache bestehen: Das Land kann lediglich ein Pflästerchen begeben; die Wunde selbst ist nur durch ein grundsätzlich neues Gemeindefinanzierungsgesetz, das diesen Namen auch verdient, zu schließen.

Eine letzte Bemerkung zu den viel diskutierten Themen KiFöG, Jugendpauschale und Musikschulen. Ich möchte die Position der FDP ganz klar und deutlich zusammengefasst darstellen:

Erstens. Die freie Auswahl der Kindereinrichtungen darf nicht behindert werden.

Zweitens. Die Finanzierungsschlüssel, bezogen auf betreute Kinder, und die Finanzierungsmasse im KiFöG bleiben unangetastet.

Drittens. Die Zweckgebundenheit der Jugendpauschale und der Zuwendung für die Musikschulen muss garantiert sein.

Falls unter diesen Prämissen Verwaltungsvereinfachungen nachgewiesen werden können, ist für uns die Festlegung des Veranschlagungsortes - ob nun Einzelplan 05, Einzelplan 07 oder Einzelplan 13 - ein rein technischer und kein inhaltlicher Vorgang und damit auch keine inhaltliche Änderung.

Meine Damen und Herren! Ich freue mich auf die Diskussion im Finanzausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Lukowitz. - Für die Landesregierung hat der Ministerpräsident Herr Professor Dr. Böhmer um das Wort gebeten. Bitte sehr, Herr Ministerpräsident.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst habe ich allen Grund, mich bei Ihnen, Herr Präsident, und bei den Damen und Herren des Ältestenrates dafür zu bedanken, dass sie letztlich meinerwegen den Termin für diese Diskussion auf den heutigen Nachmittag verlegt haben. Ich hätte es sehr bedauert, wenn das nicht möglich gewesen wäre und ich die Diskussionen heute Nachmittag hätte verpassen müssen.

Es ist nicht nur so, dass dann der Opposition ein Teil der Zielscheibe gefehlt hätte - das wäre vielleicht zu verschmerzen gewesen -, aber mir wären doch einige wichtige Äußerungen entgangen, die Sie möglicherweise ganz anders gemeint haben.

Wenn Sie, Herr Dr. Püchel, uns vorwerfen, dass wir in reichlich anderthalb Jahren immer noch nicht geschafft haben, was Sie in acht Jahren auch nicht geschafft haben, dann sage ich: Damit kann ich relativ gut leben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Denn dieser Vorwurf impliziert, dass Sie es uns eigentlich zugetraut hätten, nun aber enttäuscht sind, dass es uns nicht gelungen ist.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der CDU)

Ich gebe zu, ich bin auch ein bisschen enttäuscht. Ich hätte manches gern schneller geschafft. Aber verlassen Sie sich darauf: Wir erreichen unser Ziel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist wahr, dass wir einen Teil unserer Ziele korrigieren mussten. Wir hatten vor - das haben wir auch gesagt und vorgelegt -, den Zeitpunkt, zu dem wir ohne Neuverschuldung auskommen, vielleicht schon im Jahr 2007 zu erreichen. Wir mussten das verschieben. Das weiß ich. Ich bedauere das auch. Aber ich sage auch: Wenn das Gewürschel der Bundesregierung so weiter geht wie im letzten Jahr, wird es möglicherweise noch weiter verschoben werden müssen. Das ist unser Problem.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen ist es völlig korrekt, dass Herr Lukowitz in seinem Diskussionsbeitrag unsere Probleme in den nationalen Rahmen eingebunden hat. Denn Sachsen-Anhalt ist mit weniger als 3 % der gesamtdeutschen Bevölkerung kein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet. Wir sind als neues Bundesland ohnehin eine Wirtschaftsregion, die den alten Bundesländern noch hinterherhinkt. Das wissen wir doch alle.

Deswegen können wir nicht behaupten - ich kann das niemandem in diesem Hause garantieren -, dass wir finanzpolitische Stabilität erreichen als ein Land, das zu mehr als 55 % auf Einnahmen von außen angewiesen ist, weil wir im Moment nur 45 % selbst erwirtschaften können. Die Außenbedingungen sind für uns im Moment auch nicht klar überschaubar.

Sie kennen doch all das, was zurzeit in der Luft hängt und möglicherweise noch in diesem Herbst entschieden werden muss. Wir alle in Deutschland wollen die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe; wir sind noch völlig uneinig darüber, wer das finanzieren soll und auf welchem Weg. Es gibt Vorstellungen, die Länder mit in die Pflicht zu nehmen. Sie kennen das alles. Das sind im Moment nicht vorhersehbare Ausgaben, die wir möglicherweise in irgendeiner Weise schultern müssen. Niemand weiß, in welcher Höhe; niemand weiß, wann; niemand weiß, auf welchem Weg.

Die Bundesregierung hat ein Grundsicherungsgesetz erlassen und hat den Kommunen gesagt: Das ist jetzt eure Aufgabe, aber ihr müsst euch keine Sorgen machen, das Geld steuern wir bei. Am Anfang haben wir schon beklagt, dass es nicht einmal die Hälfte sein wird. Jetzt sagen mir die Bürgermeister: Was wir bekommen, ist weniger als die Hälfte; den Rest müssen wir selber aufbringen, woher auch immer.

Das heißt, auch für die Kommunen ist die Finanzsituation nicht vorhersehbar, ist nicht vorhersehbar, wie es weitergeht. Sie können nur klagen und sagen: Wir sind ein Teil des Gesamtsystems der Länder, nun wollen wir im Grunde genommen, dass ihr uns helft, mit diesen Problemen fertig zu werden. - Da wird es noch viel zu diskutieren geben.

Von der Gemeindefinanzreform haben die einzelnen Redner bereits gesprochen. Niemand weiß, wie es am Ende ausgehen wird. Aber alle Vorschläge, die ich bisher von unterschiedlichen Seiten gehört habe, beinhalten eine Begünstigung der Kommunen, auch zulasten der Länder. Das bedeutet Mindereinnahmen, die über den Betrag hinausgehen, den wir jetzt in den Haushalt eingestellt haben.

Vom Vorziehen der Steuerreform wollen wir gar nicht reden. Ich sage dazu: Wenn wir darüber im Bundesrat entscheiden müssen, werde ich aus der Sicht des Landes Sachsen-Anhalt entscheiden. Wir können uns Mindereinnahmen in Höhe von etwa 230 Millionen € im nächsten Haushaltsjahr einfach nicht leisten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das alles sind die bisher bestehenden Unsicherheiten.

(Herr Dr. Heyer, SPD: Aber die Steuersenkungen!)

Wir müssen in diesem Zusammenhang versuchen, den Kommunen das Leben und Überleben zu erleichtern. Das ist unsere Aufgabe, zu der ich mich bekenne. Wir haben einige Finanzierungsposten, bei denen wir nicht kürzen wollen, in der gleichen Höhe präventiv in den Einzelplan 13 eingestellt - mehr nicht. Dann sagen Sie, Herr Püchel, es sei eine Unverschämtheit, dem Landtag das ohne die erforderliche Änderung im FAG usw. vorzulegen.

Ich hoffe, dass ich bis zum Freitag, an dem wir im Bundesrat über den Bundeshaushalt diskutieren, das Protokoll habe. Das würde ich Herrn Eichel gern vorlesen, damit ich ihm auch sagen kann, was er an völlig hypothetischen Vorstellungen, die durch keine gesetzlichen Beschlüsse gedeckt sind, in den Bundeshaushalt eingebracht hat, der nach der gegenwärtigen Rechtslage nicht einmal verfassungskonform ist. Wir haben trotz der schwierigen Bedingungen zumindest einen verfassungskonformen Haushalt vorgelegt. Wir werden uns sehr bemühen, dass er auch verfassungskonform bleibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will auch sagen, was mich bei der Diskussion - unabhängig davon, wer es gesagt hat - ein wenig geärgert hat. Wir haben auch Schwierigkeiten. Wir haben mit der Europäischen Union gesprochen und gefragt, ob wir bei den EFRE-Mitteln nicht die Kofinanzierungsrate senken könnten, damit es für uns leichter wird, an das Geld, das uns zusteht, heranzukommen. Dafür haben wir Bereitschaft gefunden. Sie haben gesagt: Jawohl, im Gefolge der Hochwasserdiskussion sehen wir das ein; wir nehmen eine pauschale Senkung der Kofinanzierungsquote auf 25 % vor, damit es für euch leichter ist.

Wir sind zurzeit dabei - das werden wir noch in diesem Herbst und wahrscheinlich bis zum nächsten Herbst tun -, in der Föderalismuskommission über die GA-Finanzierung und die Mischfinanzierung mit dem Bund zu sprechen. Wir wollen neben vielen anderen Dingen erreichen, dass die Kofinanzierungskonditionen erleichtert werden, damit wir nicht etwa auf Geld verzichten müs-

sen, nur weil wir es nicht binden können, obwohl wir das Geld brauchen.

(Zustimmung bei der CDU)

Andere Bundesländer haben schon auf GA-Mittel verzichten müssen, weil sie sie nicht kofinanzieren konnten. Auch in den letzten Jahren hat es diesbezüglich erhebliche Probleme gegeben. Das will ich jetzt nicht alles repetieren.

Wir wollen darüber miteinander sprechen, ob man sich in schwierigen Zeiten nicht gegenseitig das Leben leichter machen kann. Unsere Bürgermeister sagen mir: Es nützt uns nichts, wenn ihr Geld in den Haushalt einstellt; denn wir können es nicht kofinanzieren, so schlecht geht es uns; ihr könnt euch das Geld an den Hut stecken; es nützt uns nichts, wenn wir es nicht in unsere Gemeinde holen können.

Vor diesem Hintergrund müssen wir doch in der Lage sein, darüber zu sprechen und zu sagen: Wir wollen sehen, wie wir uns das Leben gegenseitig erleichtern können. Wenn wir bestimmte Mittel haben, für die bisher eine Kofinanzierung in der gleichen Höhe vorgeschrieben ist und die die Gemeinden nur erhalten, wenn sie sie in gleicher Höhe kofinanzieren, die Gemeinden aber sagen: das können wir nicht mehr leisten, dann müssen wir eben darauf verzichten. Das haben wir bei bestimmten Theaterfinanzierungen schon erlebt.

Dann ist es doch die Frage wert: Soll alles zusammenbrechen und wir bleiben auf dem dafür gedachten Geld sitzen? Oder sollen wir sagen: Wir erleichtern die Zuwendungen mit unseren Mittel, damit in den Kommunen wenigstens etwas passiert. Darüber wollen wir sprechen.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Ministerpräsident, sind Sie bereit, eine Frage der Abgeordneten Frau Bull zu beantworten?

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Am Ende.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Am Ende, Frau Bull.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Präsident, Sie erinnern dann bitte Frau Bull daran. - Darüber wollen wir sprechen. Deswegen haben wir das Geld so eingestellt, dass wir für unterschiedliche Finanzierungswege einschließlich der Verwaltungserleichterungen offen sind, ohne dass überhaupt etwas passiert.

Wenn wir nichts machen würden, dann hätte der Finanzminister jederzeit das Recht, dem Ressortminister dieses Geld zur Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen. Deswegen ist das keine Unverschämtheit, sondern eine Maßnahme, um Beweglichkeit in unsicheren finanzpolitischen Gestaltungszeiten zu schaffen.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Es gibt viele andere Probleme, auch bei uns in Sachsen-Anhalt, mit denen wir uns in der nächsten Zeit werden auseinander setzen müssen; denn wir müssen uns in Deutschland und im internationalen Vergleich an anderen messen lassen. Es gibt einige Länder, die sich über

unsere Weinerlichkeit, über unsere Larmoyanz wundern, weil wir mit unseren eigenen Problemen nicht fertig werden. Diese wundern sich, dass wir uns über ein Wirtschaftswachstum von 0,2 oder 0,3 % sogar noch freuen, während sie selbst mit deutlich besseren Zahlen davon marschieren.

Das sind nicht nur Länder aus dem fernöstlichen, asiatischen Raum; das sind auch westliche Länder, die wesentlich bessere Entwicklungszahlen haben als wir und die den Kopf darüber schütteln, worüber wir uns in Deutschland streiten.

Das gilt auch im nationalen Vergleich. Es gibt andere Länder mit einer geringeren Arbeitslosenzahl, mit besseren Entwicklungsdaten als wir. Diese geben für bestimmte soziale Bereiche weniger aus, und die Menschen sind damit zufrieden, weil sie sagen: Bei uns geht es wenigstens aufwärts. Über diese Dinge müssen wir miteinander diskutieren.

Wir müssen den Mut aufbringen, in unserem Land jetzt die Veränderungen vorzunehmen, die notwendig sind, um in der wirtschaftlichen und in der sozialen Entwicklung wieder voranzukommen. Wir müssen in Deutschland und in Sachsen-Anhalt die Rahmenbedingungen für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung verbessern.

Die letzten Sätze, meine Damen und Herren, stammen nicht von mir. Sie stammen aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 14. März dieses Jahres. Ich sage: Recht hat er in Bezug auf Deutschland und auch auf Sachsen-Anhalt. Diese Probleme müssen wir durchdiskutieren. Ich kann Ihnen von hier aus sagen: Die größten Widerstände kommen nicht von der politischen Opposition im Bundestag; die kommen aus einem bestimmten Teil seiner eigenen Reihen. Darum beneide ich ihn nicht. Ich weiß, dass das schwierig ist.

Aber wenn wir nicht alle bereit sind, uns mit diesen Problemen zu beschäftigen, zu sagen, was jetzt notwendig ist, welche Prioritäten jetzt gesetzt werden müssen, dann werden wir weder in Deutschland noch in Sachsen-Anhalt einen Konsens für die notwendigen Reformen bekommen.

Deswegen bekenne ich, dass ich eine solche Diskussion will. Wenn jemand sagt, das wäre ein Armutszeugnis; der alternde Ministerpräsident komme nicht mehr weiter und frage nun die Bevölkerung, wie es gemacht werden solle usw., dann, meine Damen und Herren, sage ich: Damit kann ich leben.

Ich bin übrigens der Meinung, Sie, Herr Püchel, wissen manchmal nicht genau, was Sie sagen, wenn Sie mir unbedingt eins vors Knie hauen wollen. Ich kenne noch Zeiten - Sie sicherlich auch -, in denen man nur staunen durfte, was das Politbüro entschieden hat. Wir wollen jetzt, dass wir öffentlich darüber diskutieren, wie es weitergeht.

(Unruhe bei der SPD)

Ich lasse mir das nicht als Hilflosigkeit vorwerfen. Vielmehr sage ich: Ich will diese öffentliche Diskussion mit allen, die auf diesem Weg mit mir kommen wollen.

(Starker Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Ich bin mir ganz sicher, Sie wollen das auch. Aber in der parlamentarische Debatte rutscht Ihnen manchmal etwas heraus, das man bei längerem Nachdenken vielleicht auch anders hätte formulieren können.

Nun zur Verschuldung. Es ist wahr, dass wir auch in diesem Haushalt wieder eine höhere Neuverschuldung veranschlagt haben, als wir uns erhofft, gedacht, geplant hatten. Aber eines haben Sie schlicht weggelassen: Wir haben auch noch bei diesem Haushalt mit Schulden zu leben, die Sie uns eingebracht haben.

Der Lehrertarifvertrag ist genannt worden. Ich habe es mir genau vorrechnen lassen: In jedem Jahr der Laufzeit dieses Tarifvertrages ist der Landeshaushalt damals um umgerechnet etwa 50 Millionen € entlastet worden. Genau diese Summe kommt jetzt auf uns zu. Die Lehrer haben ein Recht darauf, dies von uns zu verlangen. Sie muss selbstverständlich gezahlt werden. Das ist völlig klar.

Die Debatte über die anderen Schulden haben wir hinter uns. Darüber müssen wir jetzt nicht sprechen. Aber diese erschweren natürlich den Abbau der Neuverschuldung in Zeiten, in denen das wirtschaftliche Wachstum so gering ist, dass die Steuereinnahmeraten einfach nicht erzielt werden.

Ich will auch nicht die Illusion aufkommen lassen, dass es besser würde, wenn wir nicht gegensteuern würden. Ich will eines ganz deutlich sagen: Selbst wenn wir davon ausgehen, dass in den nächsten Jahren die Einnahmen immer auf der numerisch gleichen Höhe blieben - das weiß niemand; das ist ein Gedankenexperiment -, werden die Tarife, die Versorgungsbezüge und die dadurch bedingten Belastungen steigen;

(Zuruf von Herrn Dr. Heyer, SPD)

die Zinsausgaben werden steigen, weil wir noch immer eine Neuverschuldung haben. Dass die Zinsausgaben jetzt relativ niedrig sind, hängt mit der gegenwärtigen Zinssituation zusammen, die nicht so bleiben wird. Wenn wir nicht umsteuern, werden auch die Belastungen aus der Sozialhilfe steigen.

Selbst unter der theoretischen Voraussetzung der Einnahmekonstanz werden die Ausgabenspielräume von Jahr zu Jahr geringer. Deswegen müssen wir jetzt gegensteuern, und zwar nicht nur im Hinblick auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

(Zuruf von Herrn Dr. Heyer, SPD)

Im Zusammenhang mit der Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung würde ich mich - mit Verlaub gesagt - nicht gern auf die verlassen, die jetzt erst anfangen zu begreifen, dass Betriebe Gewinne machen müssen, um Arbeiter einstellen zu können.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vielmehr muss man sich mit denen unterhalten, die in diesem Bereich tatsächlich Verantwortung tragen.

Aber das setzt voraus, dass wir gezwungenermaßen in jedem Jahr erneut mit dem Haushalt Prioritäten setzen. Wir werden im Haushaltsjahr 2004 nach der bisherigen Planung bei den gegenwärtigen Zinssätzen einen Betrag in Höhe von 987 Millionen € allein für Zinsen ausgeben.

Meine Damen und Herren! Das sind keine GA-Mittel, das sind keine EFRE-Mittel, das sind Landesmittel. Das wissen Sie. Jeder hat schon soviel Haushaltserfahrung, dass er sich denken kann, was wir mit der Hälfte des Geldes hätten machen können, wenn unsere Schulden nur halb so hoch wären - wie zum Beispiel Sachsen, unser benachbartes neues Bundesland.

Ich will nicht die ganze Geschichte der letzten 13 Jahre erzählen. Dazu würde uns beiden, Ihnen und auch mir, eine Menge einfallen. Das ist völlig klar.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Pari, pari!)

Ich habe sämtliche Zahlen - Sie können sie jederzeit bekommen -, wann welche Neuverschuldung aufgebaut wurde usw.

(Herr Dr. Püchel, SPD: Haben wir auch! - Herr Felke, SPD, ein Schriftstück hochhaltend: Wir auch! - Unruhe bei der SPD)

Wir sind uns vollkommen darüber im Klaren, dass wir auch beim Personalabbau weiter vorankommen müssen. Ich habe die Zahlen darüber vorliegen, in welcher Höhe in der ersten, in der zweiten und in der dritten Legislaturperiode Personal abgebaut wurde - in dem System gab es sogar einmal eine ganze Menge Rechenfehler - und in welcher Höhe wir jetzt dabei sind, Personal abzubauen.

Es gibt keine Alternative zu dieser Entwicklung. Deswegen werden wir diesen Weg mit relativer Stringenz gehen müssen, wenn wir erreichen wollen, dass Sachsen-Anhalt auch zukünftig gestaltungsfähig und damit politikfähig bleibt.

Wenn Sie mich nach Zielen dieser Entwicklung fragen, dann sage ich Ihnen dies ganz unpoetisch und nüchtern: Wir haben das ehrgeizige Ziel zu erreichen, dass wir von Jahr zu Jahr etwas mehr auf den eigenen Füßen zu stehen kommen, das heißt, die Steuerdeckungsquote durch die eigene Wirtschaft immer etwas mehr verbessern können. Dies ist notwendig. Das muss vor allen Dingen dann erreicht sein, wenn die Mittel von außen - Solidarität, Förderregion 1; das kennen Sie alles - wegfallen.

Wir haben nur die Chance, diesen Weg zu gehen, sonst werden die Verhältnisse wesentlich schlechter werden. Ich habe den Ehrgeiz und die Vision, Sachsen-Anhalt zu einem werthaltigen Standort zu machen, das heißt zu einem Standort, an dem es sich lohnt, das eigene Geld zu investieren und nicht zur Bank zu schaffen, weil es dort eine höhere Rendite bringt. Wenn wir dies nicht schaffen, haben wir die Zukunft verspielt.

In diese Richtung müssen deshalb die Prioritäten im Landeshaushalt gesetzt werden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Dafür lasse ich mir auch gern den einen oder anderen Vorwurf machen. Ich wünschte, wir kämen mit weniger Schulden aus. Schulden sind immer ein Ausdruck dafür, dass wir die Probleme der Gegenwart zulasten der Zukunft lösen.

Weil ich dauernd die Sätze von einem kinder- und jugendfreundlichen Sachsen-Anhalt höre: Es ist nichts weniger kinder- und jugendfreundlich, als die Bedürfnisse der Gegenwart zulasten der nächsten und übernächsten Generation zu finanzieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Deshalb möchte ich, dass wir auch darüber miteinander im Gespräch bleiben und uns klarmachen, welche Konsequenzen wir uns einhandeln, wenn wir nicht zu diesem Kurs entschlossen sind.

Ich stelle mich nicht hier hin, Herr Bullerjahn, und bitte Sie um Ihre Finanzberechnungen - bis zum Jahr 2020, habe ich gehört -, weil ich dann befürchten müsste, dass mir morgen irgendjemand vorwirft: Dieser Ministerpräsident bittet um Zahlen, weil er selber nicht mehr klar kommt.

Aber eines will ich schon einmal sagen: Wenn Sie einigermaßen auf der Grundlage der gegenwärtigen Parameter gerechnet haben, müssen dabei verheerende Ergebnisse herauskommen. Wenn wir einmal Gelegenheit haben, darüber zu sprechen, dann wird uns allen klar werden, dass wir nur eine Chance für die Zukunft haben, wenn wir schon jetzt anfangen, gegenzusteuern. Andere haben schon vor uns angefangen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir müssen diesen Weg jetzt ebenfalls gehen. Dabei habe ich nur den einen Ehrgeiz: dass alles das, was Sie als Berechnungsgrundlage für Ihre Zahlen genommen haben, nicht eintritt, weil es uns gelingt, bis dahin die Verhältnisse so zu ändern, dass die Lage besser wird. Dies müssen wir gemeinsam schaffen. - Vielen Dank.

(Starker, langanhaltender Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Ministerpräsident, es gibt noch eine Frage von Frau Bull.

Frau Bull (PDS):

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich zu der prekären finanziellen Lage der Kommunen geäußert, haben in diesem Zusammenhang das Grundsicherungsgesetz angeführt und zu Recht, wie ich meine, kritisiert, dass der Bund nicht die finanziellen Leistungen nach unten gibt, die dort zur Begleichung von angefallenen Kosten gebraucht werden.

Dabei würde mich doch einmal interessieren: Wie bewerten Sie vor diesem Hintergrund die Tatsache, dass das Land im Haushalt 2003 Mittel in Höhe von weit über 10 Millionen € auf der Basis des Grundsicherungsgesetzes eingespart hat, sie aber mitnichten an die Kommunen gegeben hat?

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Zunächst hat noch niemand behauptet, dass es tatsächlich zu einer solchen Einsparung kommt. Das ist das eigentliche Problem. Wir sind noch dabei, zu rechnen und zu suchen. Wenn diese Einsparung eintritt, können wir gern über den nächsten Schritt reden. Solange das nicht der Fall ist, können wir nichts ausgeben.

Mir fällt das jetzt ein - gut, dass Sie danach gefragt haben -, weil Herr Scharf die Sache mit den 10 Millionen €, die wir den Kommunen weggenommen hätten, bei der Krankenhausfinanzierung beklagt hat. - Das ist richtig.

Aber, meine Damen und Herren, auch dies muss man in einem Zusammenhang sehen, den ich einfach nicht zu vergessen bitte: Wir sind das einzige Bundesland in der ganzen Bundesrepublik, das für die Krankenhäuser ein Kreditfinanzierungsprogramm aufgelegt hat. Das hat zur Folge, dass wir mit den Sanierungsmaßnahmen eher fertig sein werden als die anderen Bundesländer. Das hat aber die nüchterne Konsequenz, dass wir bis zum Abzahlen dieses Programmes bis zum Jahr 2017 brauchen werden, wenn die anderen schon längst nichts

mehr zahlen müssen. Das muss man ganz einfach wissen.

Deshalb hielt ich es für durchaus gerechtfertigt, in diesem Jahr diesen Weg zu gehen. Der bedeutet unter dem Strich keine größere Belastung für die Kommunen, weil die Kreditfinanzierung dann nur noch von uns getragen wird.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Ministerpräsident, es gibt einen weiteren Fragewunsch des Abgeordneten Herrn Rothe. Sind Sie bereit, auch diesem nachzukommen?

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte sehr, Herr Rothe.

Herr Rothe (SPD):

Herr Ministerpräsident, Sie erwähnten den finanziellen Ausgleich der Arbeitszeitkonten der Lehrer. Sind Sie bereit zuzugestehen, dass man im Rahmen des Anschlussstarifvertrages, der Arbeitsplatzsicherheit gewährt, den Ausgleich statt in finanzieller Form auch in Form von Arbeitsfreistellungen hätte gewähren können? Und zwar in der Phase, in der für die vorhandenen Lehrer nicht mehr genügend Schüler da sind, sodass die Mehrkosten im dreistelligen Millionenbereich, die auch der Finanzminister heute angeführt hat, dem Land nicht entstanden wären.

(Unruhe bei der CDU - Frau Feußner, CDU: Das geht doch gar nicht! Die Lehrer haben doch gar nichts! - Minister Herr Dr. Daehre: Das war die beste Frage, die Sie je gestellt haben!)

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Abgeordneter Rothe, ich bin bereit, Ihnen zuzugestehen, dass das eine Denkmöglichkeit ist. Dies würde jedoch bedeuten, dass wir dann die Schulen schließen, wenn wir die Lehrer nicht haben, oder dass wir Ersatzlehrer einstellen müssten. Beides macht das System weder billiger noch vernünftiger. Deswegen ist das eine völlig rhetorische Frage.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Feußner, CDU: Genau!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Meine Damen und Herren! Gemäß § 62 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtages besteht die Möglichkeit, dass die Fraktionen, die keine Redezeit mehr haben, nachdem die Landesregierung geredet hat, auch noch einmal Redezeit gewährt bekommen.

Herr Bullerjahn hat um die Gewährung von zusätzlicher Redezeit gebeten. Bitte sehr, Herr Bullerjahn. Ich würde darum bitten, dass Sie mit 15 Minuten auskommen.

Herr Bullerjahn (SPD):

Ich versuche, in einigen Punkten das aufzugreifen, was mein Vorredner angesprochen hat. Ich versuche, es letztendlich auch in eine gewisse Logik zu kleiden, obwohl mir das bei der Fülle der Argumente und auch an-

gesichts der unterschiedlichen Strategie der einzelnen Redner von der Regierungskoalition vielleicht nicht immer gelingen wird.

Herr Böhmer, diese Rede hätten Sie zu allererst vielleicht vor der Landtagssitzung mit den beiden Regierungsfractionen besprechen sollen.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD, und Frau Fischer, Naumburg, SPD)

Sie können nicht gleichzeitig Ihre Mannen losschicken - ich werde gleich darauf zurückkommen -, die acht Jahre lang die Arbeit in Bausch und Bogen kritisiert haben, die anscheinend wie Phönix aus der Asche alles besser machen, während Sie mit der Puderdose kommen und versuchen, hier alle gleichermaßen einzuschläfern. Das kann man nicht machen.

Nun bitte ich Sie von den Regierungsfractionen, genauso zuzuhören und sich vielleicht auch manches sagen zu lassen, wie wir es uns vorhin - ich gebe zu, natürlich bei einer wesentlich längeren Redezeit - ebenfalls anhören mussten.

Sie haben jetzt versucht, den Eindruck zu erwecken - ich frage mich, Professor Böhmer, auf welcher Grundlage -, dass es seit der letzten Wahl zu bestimmten Problemen überhaupt erst Lösungsansätze gebe. Ich sage mal: Personalentwicklung, ich sage mal: Investitionen, ich sage mal: Schuldenabbau.

Ich möchte Sie einmal daran erinnern - ich hätte es nicht gemacht, aber Sie haben den Bogen gespannt -, dass Sachsen-Anhalt im Jahr 1994 die höchste Nettoneuverschuldung der ostdeutschen Bundesländer hatte, bei gleichen Bedingungen.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD, und von Frau Kachel, SPD)

Wir hatten beim Personal den höchsten Besatz im Vergleich zu anderen.

Ich sage Ihnen eines, Professor Böhmer: Ich würde Ihnen das heute nie vorwerfen.

(Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Wir haben aber damals, gerade was die Neuverschuldung betrifft, bis auf ein Jahr - ich habe das hier schon einmal erwähnt, Herr Abgeordneter Gürth -, bis hin zum letzten Wahlhaushalt bei ähnlich dramatischen, nein sogar höheren dramatischen Steuerausfällen

(Herr Tullner, CDU: Na ja!)

die Nettoneuverschuldung zurückgeführt. Manche in diesem Haus haben uns für bekloppt erklärt. Trotzdem waren wir uns der Verantwortung bewusst, es so zu machen. Deshalb kann ich es nicht verstehen, dass sich Professor Paqué hier hinstellt und die dauerhafte Erhöhung der Nettoneuverschuldung gegenüber den Vorgängerregierungen als Erfolg darstellt. Dazu fehlen mir wirklich die Worte.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS)

Ich habe einmal hier vorn gestanden - ich habe es, glaube ich, schon einmal erwähnt -: In der zweiten Wahlperiode wurde uns einmal eine gewisse Arroganz vorgeworfen. Ich habe in der Rede von Minister Paqué und auch von Ihnen, Herr Scharf, teilweise heute auch schon Arroganz herausgehört, nach dem Motto - wie war der Spruch von Ihnen? -: Wenn es um richtige Politik geht,

können wir das nur; Demonstrationen sollte man so behandeln - wie auch immer.

Ich erinnere nur an die KiFöG-Debatte, damals KiBeG. Dabei hat die CDU - nicht nur Herr Bergner - den Rächer der Enterbten gespielt und hat unsere Äußerungen, man sollte einmal überlegen, wie man mit den ganzen Sachen umgeht, hier als „Skandal“ titulierte. Und andere Sachen mehr.

Ich bitte Sie einfach nur einmal, diese Dinge in den ganzen Diskussionen zu berücksichtigen. Sie werden dann vielleicht auch verstehen, wenn so mancher Oppositionspolitiker, dem man unterstellen kann, er habe vielleicht den Ausgang der Wahl noch nicht verschmerzt, sich doch einmal erinnert, weil Sie innerhalb von anderthalb bis zwei Jahren ja jegliches Gedächtnis verloren haben.

(Beifall bei der SPD - Herr Tullner, CDU: Na, na, na!)

- Herr Tullner, Sie sollten immer dann reden, wenn Sie das auch wirklich nachvollziehen.

(Herr Tullner, CDU: Das ist keine Arroganz! Junge, Junge!)

Ich sage Ihnen mal eines: Schulen in freier Trägerschaft. Dazu gab es - vielleicht ist jemand im Raum schon ganz nervös - einmal ein Schreiben. Ich lese daraus einmal vor, weil ich mich damit - aus einer Sicht, aus einer bestimmten politischen Grundhaltung auch gegenüber Kirchen und aus solchen Diskussionen heraus - anders dargestellt habe als andere Mitglieder meiner Fraktion. Darin stand unter anderem:

„Die entstehenden Belastungen sind aus der Sicht der Schulen in freier Trägerschaft ungerechtfertigt und unsozial. Daher ist mit weiteren Protesten und Auseinandersetzungen auch in der kommenden Zeit zu rechnen“.

Unterschrift: W. Willems, Oberstudiendirektor. - Ich sage nur: Das Sein und das Bewusstsein, das ist so eine Frage. Ich würde nur das, was Sie uns vorwerfen, wenn Sie diese Reden vorlesen, vielleicht einmal fünf Minuten lang in der eigenen Fraktion wirken lassen. Das würde so manche Diskussion und so manche Kritik, die Sie loslassen, etwas relativieren. Ich will aber nicht den Fehler meiner Vorredner machen.

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen eines: Jede Landesregierung hätte heute die gleichen Probleme, jede. Aber ich bitte darum, dass man dann ehrlich diskutiert.

(Zuruf von der CDU)

Ich habe vor einem Jahr an dieser Stelle gestanden - Sie werden sich daran erinnern - und gesagt: Sie werden im kommenden Jahr nicht mit Mehreinnahmen rechnen können. So ist es jetzt gekommen. Das hat nichts damit zu tun, dass ich einen besonders guten Draht habe. Das war aber damals schon klar. Übrigens haben wir schon bei der Steuerschätzung im Mai darüber diskutiert, dass bei der Steuerschätzung im November noch einmal Verluste zutage treten werden. Das ist auch klar.

Und wenn man heute sagt, dass wir im nächsten Jahr eher weniger als mehr haben werden und dass das in den nächsten zwei bis drei Jahren so sein wird, dann kann ich Ihre mittelfristige Finanzplanung nur so verstehen, dass Sie heute vorbauen, um im nächsten Jahr das gleiche Argument verwenden und sagen zu können: Leider hat man meine Steuerschätzung wieder kaputt-

gemacht. Deswegen kann ich die Nettoneuverschuldung nicht senken.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist die gleiche Rhetorik wie im letzten Jahr.

(Herr Dr. Heyer, SPD: Ha, ha!)

Professor Paqué, deswegen sage ich Ihnen: Lassen Sie uns doch gemeinsam einmal darüber reden, ob das sinnvoll ist, nicht für unseren politischen Streit, gerade um diese Uhrzeit, sondern für diejenigen, die von den in den Haushalt eingestellten Mitteln abhängig sind. Das sind nämlich diejenigen, die Mittel bekommen. Die können diese Diskussion über die verschwundenen 475 Millionen € gar nicht nachvollziehen. Die sehen in die Tabelle und sagen: Der hat doch genauso viel wie im vorigen Jahr. Dann werden Sie es keinem erklären können, und ich kann das politisch todschick finden und draußen überall erzählen. Trotzdem hilft es der Sache nicht.

Sie sind dabei, hinsichtlich der nächsten Jahre genau dieselbe Logik anzuwenden, damit Sie auch im nächsten Jahr, im dritten Jahr in Folge, sagen können: Das lag nicht an mir.

Das ist übrigens auch so ein Punkt. Herr Ministerpräsident, das müssen Sie sich aber auch einmal persönlich annehmen: Ich hätte mir schon gewünscht - ich wiederhole mich diesbezüglich -, dass man die gleiche Erklärung, dass man aufgrund der Entscheidungen in Berlin bestimmte Zwänge im Land hat, denen man nicht ausweichen kann, auch gegenüber einer von Reinhard Höppner geführten Regierung einmal hätte gelten lassen. Damals standen Sie am Rednerpult und haben gesagt: Das muss und kann mir doch egal sein; denn Sie sind für das Land verantwortlich. Sie messe ich an Ihrer Qualität und nicht an dem, was in Berlin passiert.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe zu, dass das, was in Berlin passiert - diesbezüglich mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube -, zum Teil auch für uns wirklich schwierig ist. Ich finde manches nicht gut. Das, was Eichel als Entwurf für eine Gemeindefinanzreform vorgelegt hat, war für die SPD-Bundestagsfraktion und darüber hinaus mehr als schwierig. Deshalb gab es diese Reaktion.

Aber CDU und FDP sind jahraus und jahrein durch die Lande gelaufen und haben von der Bundesregierung Reformen verlangt. Nachdem es nun entsprechende Entwürfe gibt, laufen die gleichen Leute wieder durch die Gegend und kritisieren, dass man vielleicht manche Besitzstände nicht halten wird. Das kann man so nicht machen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Ich bin ganz ehrlich, Herr Ministerpräsident: Mir wird bei der Diskussion über den Haushalt 2004 nicht allzu viel einfallen; denn - jetzt greife ich Ihren Spruch auf; diesbezüglich haben Sie Recht -: Sie regieren jetzt schließlich. Ich weiß, dass ich zur Rückführung der Nettoneuverschuldung Programme in Größenordnungen treffen müsste. Sie sind nämlich insofern inkonsequent und nicht ehrlich, wie Sie es heute verkaufen wollten, weil zum Beispiel die Kommunalwahl bevorsteht.

Sie wollen einen Zweijahreshaushalt machen. Ich habe in Ihre mittelfristige Finanzplanung hineingeschaut. Sie wollen die Nettoneuverschuldung in Höhe von 950 Millionen € auf ungefähr 450 Millionen € bei gleich bleibenden

Steuereinnahmen senken. Nun kann sich jeder halbwegs Gebildete ausrechnen: Entweder reden wir in den nächsten Jahren über die gleiche Nettoneuverschuldung oder es werden im nächsten Jahr die Kommunalfinanzen und andere große Haushaltsposten gestrichen. Anders geht es nicht.

(Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Wer dauernd „Ehrlichkeit“ in seinen Reden führt, der sollte das ehrlicherweise den Leuten auch jetzt schon sagen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Herrn Kosmehl, FDP)

Oder, Herr Kosmehl, weil Sie sich laufend echauffieren, Sie rechnen mir einmal vor, woher Sie allein die 450 Millionen € für die Halbierung der Nettoneuverschuldung nehmen wollen. Das könne Sie mir auch bei einem Kaffee erklären. Wenn Sie dafür einen Einfall haben, dann greife ich diesen gern auf.

Ich sage das deswegen: Wer in das eine Loch hineinpustet, wie vorhin - ich habe fünf oder sechs Mal das Wort „Ehrlichkeit“ gehört -, der wird es sich in den nächsten Jahren gefallen lassen müssen, dass man ihn daran misst. Es wird in diesen Zeiten immer schwieriger, bestimmte Dinge gleichmäßig zu machen. Natürlich sind Sie auch ein bisschen in Ihren Wahlversprechen gefangen. Sie haben doch nach den Haushaltsberatungen im letzten Jahr gewusst, Herr Scharf und Herr Böhmer, dass das alles gar nicht aufgeht, weil Sie die Haushalts-situation des Bundes und des Landes kannten. Nun müssen Sie das irgendwann einmal abräumen. Dass Sie deswegen von der Opposition getrieben werden, ist völlig natürlich.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Manfred Püchel hat zu Recht auf den Ausspruch des Ministerpräsidenten hingewiesen: Wenn bis Weihnachten keine Bewegung erkennbar ist, dann muss ich mir gefallen lassen, dass Kritik kommt.

(Frau Budde, SPD: Schon das zweite Mal!)

Nun kommt die Kritik; nun kritisieren Sie den Püchel, weil der das auch noch sagt und sich traut, für die SPD-Fraktion diese Kritik anzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Nun will ich auf die heute schon oft zitierten Papiere von mir zu sprechen kommen. Wenn ich gewusst hätte, was das für Diskussionen hervorruft, hätte ich diese verkauft, noch dazu bei der momentanen Diäten-Diskussion. Man könnte wahrscheinlich richtig Geld damit machen. - Aber Spaß beiseite. Ich habe einmal gerechnet. Das kann jeder andere auch machen, weil es öffentlich zugängliche Zahlen sind. Auch dabei sind Sie nicht ehrlich; denn wer über den Personalabbau redet, der redet heute nicht nur über 55 000 Stellen. Er weiß nämlich, dass diese Berechnung aufgrund der demografischen Entwicklung nicht aufgeht.

Herr Paqué, Sie können das immer sehr schön darstellen. Aber wenn Sie solche Sprüche auf den Lippen haben, dass, seitdem Sie in der Regierung sind, alles anders ist,

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

- die 2 % von 100 % des Gesamthaushaltes meinen Sie wahrscheinlich; nur diesen Anteil können Sie überhaupt

beeinflussen - dann sagen Sie den Leuten, dass wir heute nicht mehr über 55 000 Stellen reden, sondern über den Abbau von 30 000 Stellen, wenn der Zielkorridor für die nächsten 15 Jahre bei 18 Bediensteten auf 1 000 Einwohner festgelegt und dabei eine Einwohnerzahl von 2,1 Millionen Einwohnern zugrunde gelegt wird, die wir wahrscheinlich haben werden. Das wäre ehrlich.

Es würde eine ehrliche Diskussion im Hinblick auf die Zukunft ermöglicht werden, wenn eine Vision für das Voranbringen des Landes entwickelt werden würde, und nicht erst, seitdem es Böhmer gibt, sondern seitdem alle Regierungen versuchen - das nehme ich für alle in Anspruch -, dem Land trotz der schwierigen Ausgangsposition ein Profil zu geben.

Deshalb reden Sie mit den Leuten offen darüber, dass es bei bestimmten Ausgabegruppen keine Erhöhungen mehr geben wird, sondern dass man mit diesen Strukturen leben muss, und vereinbaren Sie gemeinsam, wie in Zukunft die Rücknahme der Mittel gestaltet wird. Dabei geht es um die Kommunalfinancen, um die Bildung und das ganze Drum und Dran.

Aber wenn hier suggeriert wird - ich habe das vorhin gehört -, dass man darüber nachdenke, den Ansatz für die Kommunalfinancen zu erhöhen, dann ist das schlichtweg gelogen und unehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden versuchen - diesbezüglich ist die SPD bereits im vorigen Jahr im Zusammenhang mit dem KiFöG andere Wege gegangen als die vorherige Opposition -, einerseits zu kritisieren, andererseits aber für die Zukunft - natürlich aufgrund einer klaren Wahlabsicht, aber auch für das Land insgesamt - unpopuläre Entscheidungen - das hat die CDU nie gemacht - mitzutragen und gleichzeitig eine Vision dafür zu entwickeln, wie man diesem Land hilft, um aus den Schwierigkeiten herauszukommen, und das über alle Parteigrenzen hinweg.

Ich sage nur: Die Redner der Regierungsfractionen haben es einem heute sehr schwer gemacht, dieses auch von der CDU und der FDP zu erwarten. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Bullerjahn. - Meine Damen und Herren! Weitere Redebeiträge sind nicht angemeldet worden. Ich merke aber der Fairness halber an, dass die CDU-Fraktion noch eine Restredezeit von 24 Minuten hat. Es gibt aber keinen Redewunsch. Die Debatte ist deshalb abgeschlossen.

Wir kommen zum Abstimmungsverfahren. Gemäß § 29 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtages werden Haushaltsvorlagen an den Ausschuss für Finanzen zur federführenden Beratung sowie an die übrigen Fachausschüsse außer an den Petitionsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

Wir stimmen im ersten Abstimmungsvorgang zunächst über den Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 in der Drs. 4/1022 ab. Wer einer Überweisung des Entwurfes eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 in die genannten Ausschüsse zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist der Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes mit großer Mehrheit in die genannten Ausschüsse überwiesen worden.

Wir kommen zu der Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2004 in der Drs. 4/1021. Wer einer Überweisung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 2004 seine Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Keine Enthaltung. Damit ist der Entwurf des Haushaltsgesetzes 2004 ebenfalls mit großer Mehrheit in die entsprechenden Ausschüsse überwiesen worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie noch einen Augenblick um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit. Wir sind am Ende der 14. Sitzungsperiode des Landtags angelangt.

Ich bitte Frau Dr. Sitte, Herrn Dr. Polte, Herrn Kolze und Herrn Kosmehl, nach der Sitzung zur Klärung einer Angelegenheit zu mir zu kommen.

Ich berufe den Landtag zu seiner 15. Sitzungsperiode für den 23. und 24. Oktober 2003 ein. Die Sitzung des Landtages ist damit geschlossen.

Schluss der Sitzung: 19.20 Uhr.